

Deutsche Kinderhilfe –  
Die ständige Kindervertretung e.V.  
*spezial*



# ***Kinderrechte*** ***in*** *Häusliche Gewalt \_ Krieg \_ Energiekrise \_ Corona-Pandemie* *Klimakrise \_ sexuelle Gewalt \_ Verwahrlosung \_ Kinderarmut* *Bildung und Teilhabe \_ Inklusion* ***Krisenzeiten***



[www.kindervertretung.de](http://www.kindervertretung.de)

# Reinert Bärchen



gehört zur Familie.  
Seit 25 Jahren.



## Für eine bärenstarke Zeit.



reinert-bärchen.de

Entdecke uns auch hier:    

## Inhalt



4 Editorial

6 Kinder in Krisenzeiten

3 Impressum

10 Gewaltschutz in Krisenzeiten

12 Gefahren im Netz

16 Corona-Krise und ihre Folgen

18 Die Flutkatastrophe

22 Recht auf Bildung

26 Gestärkt aus der Krise?

28 Gesellschaft im Dauerkrisenmodus

30 Programmieren lernen

32 Kinderarmut in Krisenzeiten

34 Kinderarmut wirksam bekämpfen

38 Ernährungsarmut

42 Klimagesunde Mensa

46 Gesundheitsförderliche Politik

48 Kinderrechte in Krisenzeiten

50 Wahrung der Kinderrechte

52 Kindern zuhören

54 Fazit

## Impressum

### Herausgeber

Deutsche Kinderhilfe –  
Die ständige Kindervertretung e.V.  
Haus der Bundespressekonferenz  
Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin  
Telefon 030 2434294-0  
Fax 030 2434294-9  
E-Mail [info@kindervertretung.de](mailto:info@kindervertretung.de)  
Web: [www.kindervertretung.de](http://www.kindervertretung.de)  
Vorstandsvorsitzender: Heino Qualmann  
Vereinsregister des AG Charlottenburg VR-Nr.  
19957 B  
Anerkannt als gemeinnützig im Sinne  
der AO  
Finanzamt Berlin St.-Nr. 27/027/38503

### Redaktion

Yade Lütz

Chef vom Dienst: Beate Klinz

### Layout

Michael Geisler\_Factory Kommunikation  
[www.factory-kommunikation.de](http://www.factory-kommunikation.de)

### Druck

Schneider Druck GmbH  
Erlbacherstr. 102  
91541 Rothenburg ob der Tauber

### Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag Herrmann & Stenger GbR  
Soziales Marketing  
Dietrich-Bonhoeffer-Weg 1  
D-61273 Wehrheim  
Telefon: +49 (0)69 / 49084111  
Mobil: 0179 9751570  
E-Mail: [info@sozialesmarketing.de](mailto:info@sozialesmarketing.de)  
Web: [www.sozialesmarketing.de](http://www.sozialesmarketing.de)

Anzeigenleitung (V.i.S.d.P.):  
Volker Herrmann

# Liebe Kindervertreter\*innen, Freund\*innen und Unterstützer\*innen der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung, liebe Kinder,

Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine, Energiekrise und die damit verbundene hohe Inflation, Klimawandel – wenn in Zeiten wie diesen, wo sich weltweite Probleme von großer politischer, sozialer, ja sogar existenzieller Tragweite zu einer multidimensionalen Krise verdichten, dann leiden auch und besonders unsere Kinder und Jugendlichen.

Krisenzeiten, so wie wir sie gerade erleben, üben einen enormen Einfluss auf das Leben der Jüngsten unserer Gesellschaft aus und die Folgen für die Rechte der Kinder sind gravierend: eine Zunahme von sexualisierter Gewalt, wochenlange Schulschließungen, die zu einer deutlichen Verschärfung von Bildungs- und Gesundheitsungleichheiten führten, eine gestiegene Kinderarmutsgefährdungsquote sowie die zunehmende Bedrohung elementarer Grundbedürfnisse von Kindern durch Krieg, Flucht und die Auswirkungen des Klimawandels sind nur einige Beispiele, die in diesem Magazin einer genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Wie die verschiedenen Beiträge zeigen, stellen Kinder und Jugendliche eine besonders verletzbare Gruppe dar, deren Bedürfnisse daher vorrangig berücksichtigt werden müssen. Doch die Corona-Krise führte uns besonders deutlich vor Augen, wie weit die Rechte und Interessen der Kinder zurückgestellt wurden: Sie mussten in der Pandemie sogar die Hauptlast der Krise tragen. Das darf sich keinesfalls so wiederholen! Im Gegenteil: die Wahrung der Kinderrechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung muss gerade in Krisenzeiten oberste Priorität haben. Hier ist in erster Linie die Politik

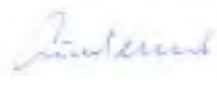
gefordert, Maßnahmen umzusetzen, durch die unsere Kinder und die Verwirklichung ihrer Rechte in allen Bereichen dauerhaft im Fokus stehen und als Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns verfolgt werden. Die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz duldet keinen Aufschub und darf auch nicht hinter den Anforderungen der UN-Kinderrechtskonvention zurückbleiben.

Selbstverständlich müssen jedoch die Verwirklichung und Förderung der Kinderrechte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden. Jede\*r Einzelne von uns steht in der Pflicht, gerade auch in Krisenzeiten, die Rechte der Kinder zu achten und zu „leben“ – jeden Tag! So können wir unser gemeinsames Ziel einer kinderfreundlicheren Gesellschaft erreichen. Wir – Die ständige Kindervertretung – freuen uns darauf, Sie auf diesem Weg zu unterstützen und zu begleiten.

Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei unseren Expert\*innen für die großartige Unterstützung bei der Realisierung dieses Magazins bedanken. Ihre Beiträge haben entschieden zum Gelingen dieser Ausgabe beigetragen.

Wir wünschen Ihnen allen eine interessante Lektüre, freuen uns über Ihre Rückmeldung zu diesem Magazin und darauf, mit Ihnen den gemeinsamen Dialog im Sinne der Kinder fortzusetzen.

Herzliche Grüße

  
Heino Qualmann  
Vorstandsvorsitzender

  
Jan Havemann  
stellv. Vorstandsvorsitzender

  
Yade Lütz  
Projektmanagerin



## VOGELS KLIMACHECK: WAS IST BESSER – BIOGAS ODER STROM?

„Beides. Da, wo E-Mobilität an ihre Grenzen stößt, gehen die bei Post und DHL noch einen Schritt weiter auf dem Weg zum grünen Konzern. Alternativen wie biogasbetriebene LKW sind dabei superwichtige Bausteine, die schon jetzt im Einsatz sind. **Läuft.**“

# GELB IST GRÜN.

Selber checken auf: [VogelCheckt.de](https://www.vogelcheckt.de)

Deutsche Post 



# Wie gehen wir mit unseren Kindern in Krisenzeiten um?

**Dana Zelck von der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V. im Gespräch mit Dr. Inken Balla, Leiterin der AWO Soziale Dienste gGmbH in Güstrow**

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Frau Dr. Inken Balla, Sie leiten das Familien- Freizeit-, Lern- und Beratungszentrum der Arbeiterwohlfahrt in Güstrow und das seit mehr als 30 Jahren. Wir leben schon seit zwei Jahren in Zeiten der Krise, geprägt von der Corona-Pandemie und nun vom Krieg in der Ukraine. Der Ethikrat hat kürzlich kritisiert, dass das zu einer Benachteiligung Jüngerer, konkret von Kindern und Jugendlichen, geführt hat. Es gibt demnach deutliche Einschränkungen für Kinder im sozialen Bereich, im Freizeitbereich, im Lebensbereich. Wie haben Sie das in den vergangenen Jahren wahrgenommen?

**Dr. Inken Balla:** Die Kinder und Jugendlichen sind in den letzten zwei Jahren ganz anders sozialisiert worden. Sie hatten einfach nicht die Erfahrungswelt, wie sie die Generation davor hatte, wie es eigentlich zu unserem gesellschaftlichen Miteinander gehört. Es gab plötzlich eine Einschränkung, beziehungsweise eine Vorschrift dazu, wie soziale Kontakte gepflegt werden dürfen, und es gab dadurch eine ganz starke Verunsicherung. Wenn man sich mit Freunden treffen wollte, oder gemeinsam in der Schule gelernt hat oder im Jugendtreff war, gab es immer Auflagen, die anmahnten keine zu engen Kontakte zu haben, nicht mehr als ein bis maximal drei Personen zu treffen. Das macht schon etwas mit jemanden, wenn man vorgeschrieben bekommt, wie man sich im sozialen Miteinander bewegen soll und natürlich auch immer dieses Gefühl: „Ich mache etwas falsch.“ Diese Verunsicherung, die sowohl in den Familien als auch in den Freizeitbereichen in den Peer Groups vorhanden war, hat bei den Kindern und Jugendlichen auch immer das Gefühl erzeugt: So wie ich bin, bin ich nicht richtig. Wenn man mit solcher Unsicherheit aufwächst, ist das natürlich etwas, das belastet und das vor allem die seelische und psychische Gesundheit beeinträchtigt.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Sie haben in unserem Vorgespräch gesagt, dass Kinder nach der langen Homeschooling-Phase Schwierigkeiten haben, sich im Klassenverband zurechtzufinden, spüre man jetzt, wo die Kinder wieder stringent zur Schule müssen. Woran machen Sie das konkret fest?

**Dr. Inken Balla:** Zunächst glaube ich, dass es für die Kinder gut ist, dass jetzt wieder ein normales Unterrichten möglich ist. Wenn ein Kind zu Beginn der Pandemie eingeschult wurde oder in die weiterführende Schule gekommen ist hat es in den letzten zwei Jahren ganz andere Erfahrungen mit Schule gemacht als

beispielsweise die Kinder, die früher eingeschult worden sind. Auch in der fünften und sechsten Klasse, wo es schon sehr um das selbstständige Agieren geht, ist durch den Fernunterricht vieles auf der Strecke geblieben. Die sind jetzt noch nicht so weit, wie es sonst ein\*e Siebtklässler\*in wäre, der\*die sich seine\*ihre eigenen Lerngruppen sucht, der\*die sich seinen\*ihren Freundeskreis sucht. Sie haben einfach den Eindruck: „Wenn ich jetzt selbst bestimme, dann mache ich etwas falsch“, und das kann sehr belastend für die Kinder und Jugendlichen sein.

Auch der regelmäßige Schulbetrieb hat nicht mehr den Stellenwert, den er für die Schüler\*innen vorher hatte. Schule hatte früher oberste Priorität – jetzt konnte/kann der Unterricht einfach mal ausfallen. Das hat Folgen für die Bedeutung von Schule. War die Teilnahme am Präsenzunterricht bislang die Hauptaufgabe von Kindern und Jugendlichen, so erfolgte kurzerhand eine Prioritätenverschiebung weg von der Schule hin zum Pandemieschutz. Das ist auch für Eltern nicht immer nachvollziehbar. Wir haben damit die Grundstruktur für Kinder und Jugendliche ausgehebelt.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Was, denken Sie, kann man da tun?

**Dr. Inken Balla:** Wir Erwachsene sollten den Kindern Mut machen, wieder einen Freundeskreis aufzubauen, in sozialen Gruppen zu agieren, in der Schule normal miteinander umzugehen. Während der Pandemie wurde plötzlich auf Sachen geachtet, die nicht unbedingt unser Lebensmittelpunkt sind: Hätte jetzt Maske getragen werden müssen? Wer ist geimpft, wer nicht? Jetzt können und sollten die Kinder und Jugendlichen sich wieder auf für sie elementare Fragen konzentrieren können: Wer von den Freunden tut mir gut? Wo sind meine Interessen und mit wem möchte ich die Interessen gemeinsam ausüben? Auch im Unterricht sollte es wieder um die Inhalte gehen und nicht um die Methoden des neu organisierten Fernunterrichts. Das Lernen selbst braucht wieder Priorität und gehört in den Focus.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Der Ethikrat empfiehlt hier ganz klar den Ausbau psychologischer und sozialer Angebote, um genau diese Probleme zu beheben sowie eine entsprechende Fortbildung für Pädagog\*innen und Erzieher\*innen, um der Belastung der Jugendlichen und Kinder, die Sie geschildert haben, gerecht zu werden. Wie sieht es damit in der Praxis aus?

**Dr. Inken Balla:** Der Ausbau von psychologischen und sozialpädagogischen Angeboten ist sicherlich ein guter Gedanke. Der war aber auch schon vor der Pandemie notwendig. Es wäre jetzt

falsch zu sagen, dass die Krisen – Corona oder Zuwanderung oder die Sorge der Eltern um die Sicherung der grundlegenden Lebensbedürfnisse, der Krieg in der Ukraine – ganz automatisch zu psychischen Schäden bei den Kindern führen. Das ist eher eine Frage der Resilienz bei uns allen. Wir müssen lernen, mit besonderen Situationen gesamtgesellschaftlich und individuell umzugehen.

Wenn wir nur aufgrund der aktuellen Lage mehr Angebote schaffen, wäre das eine Stigmatisierung. Ich finde, wir müssen einfach gesamtgesellschaftlich ein Begleitungs- und sozialpädagogisches Angebot schaffen. Das ist aus meiner Sicht nötig, damit wir wieder zu einem normalen Leben kommen und das in den Vordergrund rücken können. Sonst stellen wir die Störungen in den Vordergrund und die Behandlung der Störung. Die fatale Schlussfolgerung wäre: nur wer eine Störung entwickelt hat, der kriegt auch Unterstützung.

Es ist notwendig, dass wir alle für das soziale Miteinander ein Stückchen Sorge tragen und darauf achten, dass wir sozial gesund bleiben. Wir sind soziale Wesen, wir wollen dazugehören und nicht ausgegrenzt werden. Während der Corona-Zeit wurde und wird ganz viel ausgegrenzt, die Unterstützung und Förderung für nur bestimmte Zielgruppen macht da keine Ausnahme. In besonderen Situationen kommt es aber darauf an mit Ruhe und Bedacht zu reagieren: Was gilt es zu sichern und wie gelingt es uns Alltagsstrukturen, -abläufe zu erhalten, weil sie uns Sicherheit und Stabilität geben. Nicht die Krise sollte im Vordergrund stehen, sondern die Fortsetzung der Normalität. Eigentlich ein ganz normaler Vorgang, bekannt aus dem Katastrophenschutz.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Sie sprachen von Ausgrenzung durch Förderung. Was meinen Sie konkret?

**Dr. Inken Balla:** Das ist schon ein etwas älteres Thema: Unterstützung und Lernförderung gibt es nur für bestimmte Gruppen. Das bedeutet eine defizitorientierte Herangehensweise an Kinder, die Störungen oder Auffälligkeiten haben. Lernunterstützung gibt es für diejenigen, deren Eltern das nicht selbst leisten können.

Wir fördern also nur Kinder, die ein Defizit haben oder in einem defizitären Umfeld aufwachsen. Mal abgesehen davon, dass wir von außen bewerten, was defizitär ist und was nicht, grenzen wir einen Großteil der Kinder von Unterstützung aus, nämlich die mit einer (noch) guten Resilienz. Fazit: Ich muss eine Störung entwickeln bzw. haben, um Unterstützung zu bekommen oder sogar gesehen zu werden. Ein bekanntes Motiv aus dem Bereich Verhaltensoriginalität. Ich finde, man sollte da jetzt keine Abstufung vornehmen, sondern wirklich gucken, wie wir gesamtgesellschaftlich für alle Sorge tragen können.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Wenn ich das richtig verstehe, dann sehen Sie die Notwendigkeit der Unterstützung auch bei allen nach diesen Jahren, ohne den Nachweis von Defiziten.

**Dr. Inken Balla:** Ja, das ist ganz eindeutig so. Es ist immer schwierig, wenn man sich erst erklären muss und es keine Selbstverständlichkeit ist, dass ich ein Unterstützungsangebot nutzen kann.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Sie haben in unserem Vorgespräch ein wichtiges Thema angesprochen: Die Angst und die Unsicherheit der Kinder, alltägliche Situationen zu bewältigen. Diese Angst resultiert verstärkt aus dem, was ihnen in den letzten beiden Jahren widerfahren ist. Sie machen Beratungsangebote für Familien, begegnen täglich Kindern in den Freizeitgruppen, in ihrer Kita. Wie nehmen Sie diese Angst und Unsicherheit wahr?

**Dr. Inken Balla:** Die Angst und Unsicherheit merkt man nicht nur bei den Kindern, sondern die merkt man auch bei den Eltern. Ich behaupte, dass sie besonders dann bei den Kindern auftreten, wenn die Erwachsenengeneration auch darunter leidet. Kinder sind es gewohnt, mit Unsicherheiten aufzuwachsen. Als die Kleinsten in der Gesellschaft beobachten sie die Großen und orientieren sich daran. So entwickeln sie sich weiter. Aber diese Orientierung hat in den letzten Jahren gefehlt, weil die Erwachsenenwelt genauso verunsichert war.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Und woran wird das sichtbar? Die Angst und Unsicherheit bei den Kindern?

**Dr. Inken Balla:** Daran, dass sie teilweise wie gelähmt sind, dass sie abwarten, dass ihnen gesagt wird, was sie machen sollen. Dass sie viel Anleitung brauchen und fragen: Wie soll ich das denn machen? Wo soll ich denn anfangen?“ Dass sie teilweise rebellisch werden und ersteinmal in den Widerstand gehen, wenn sie bestimmte Notwendigkeiten nicht verstehen. Da muss man dann nachfragen: „Was ist das denn jetzt? Wo kommt deine Rebellion oder dein Ärger her?“

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Was können und müssen wir aus alledem lernen Frau Dr. Balla?

**Dr. Inken Balla:** Aus den Erfahrungen alleine können wir lernen, dass wir vieles dadurch eindämmen konnten, dass wir einfach achtsam miteinander umgegangen sind. Hinzu kommen diese allgemeinen Kriterien, wie etwa in der Erkältungszeit Maske zu tragen, oder wenn wir erkältet sind, zu Hause zu bleiben. Das ist etwas, das galt vorher auch schon, wir haben es nur nicht so ernst genommen. Diese Übernahme von Eigenverantwortung ist sehr wichtig und die entlastet auch unsere Kinder. Auch sie sind bereit, in diesem Bereich Eigenverantwortung zu übernehmen – aber nicht noch die Verantwortung für die anderen.

Außerdem erscheint es mir wichtig, Rituale des Alltags mehr wertzuschätzen. Diese helfen mir, wenn Unvorhergesehenes kommt und droht, mich aus der Bahn zu werfen. Durch die Rituale bleibe ich zunächst handlungsfähig und behalte den Blick nach vorn. Zum Dritten sind die Kontakte unter den Menschen wichtig, ich kann andere Mittel, Methoden wählen, aber ich brauche als soziales Wesen meine Freunde, Familie, Bekannte, Arbeitskollegen – Kontakte in unterschiedlicher Form und Ausprägung, um mich selbst zu spüren. Und so lässt sich noch vieles finden. Eine solche Erfahrung wie die Pandemie oder generell eine Krise bringt mich auch immer ein Stück weiter und hilft zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden. Der Alltag muss funktionieren, dann gibt es auch wieder Events – eine Lehre für die Spiel- und Spaßgesellschaft.



Dr. Inken Balla, Leiterin der AWO Soziale Dienste gGmbH, Güstrow

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Vielleicht nochmal aus Ihrer Sicht: was muss jetzt am dringendsten passieren? Wir haben die nächsten Krisen. Jetzt geht es, wie Sie schon gesagt haben, um Daseinsvorsorge, also um die Sicherung existenzieller Grundlagen für viele, weil die Kosten explodieren. Gleichzeitig gibt es die ständigen Meldungen von einem Krieg, der ganz in der Nähe stattfindet. Was müssen wir tun, um den Kindern eine Stütze zu sein in den aktuellen Krisen?

**Dr. Inken Balla:** Ja, diese neuen Herausforderungen der Daseinsvorsorge und vor allem den sehr präsenten Gedanken an den Krieg dürfen wir nicht unterschätzen. Denn der bedeutet wieder Verunsicherung auf der Erwachsenenenebene. Kinder nehmen unsere Verunsicherung auf. Das heißt, wir als Erwachsene müssen für uns einen sicheren Umgang mit den aktuellen Krisen erlernen. Das Leben ist nicht vorausbestimmt. Es gibt immer wieder Neuerungen. Wir brauchen dazu ein eigenes, sicheres, kleines Umfeld und auch ein sicheres weiteres Umfeld. Das heißt, es braucht die gesellschaftliche Absicherung auf politischer Ebene, dass auch wirklich an jeden gedacht ist, dass beispielsweise auch für Sicherheit, was den Krieg anbetrifft, gesorgt wird. Dazu gehört für mich beispielsweise auch die Frage, wie wir uns an der Aufrechterhaltung von Krieg beteiligen und wo wir wirklich dafür sorgen, dass die Menschen gesichert und geschützt sind. Das zur politischen Ebene.

Im Kleinen braucht es die Solidarität und das Miteinander in der Nachbarschaft, den Zusammenhalt in der Familie. Ich muss mir überlegen: Auf wen kann ich mich verlassen? Mit wem kann ich auch Beziehungen knüpfen, die mich unterstützen und wo kann ich Unterstützung geben? Das scheint egoistisch, aber es braucht eine große Selbstachtsamkeit und Achtsamkeit auf meinen Nebenmann/meine Nebenfrau im Rahmen meiner Möglichkeiten. Wenn ich im Großen etwas ändern will, muss ich im Kleinen, für mich Machbaren beginnen. Sonst ereilt mich das Gefühl der Ohnmacht – und damit wieder der Hilflosigkeit.

Es ist wichtig, dass die Kinder beispielsweise wissen, dass sie in bestimmten Situationen nicht allein sind. Das kann ich für mich als Elternteil oder als Erwachsene\*r überlegen. Ich kann das mit den Kindern besprechen, diskutieren, Notfallpläne absprechen. Aber dann ist es auch genug, dann braucht es wieder den normalen Alltag, das normale Leben. Unterhalten Sie sich jetzt mal mit der Elterngeneration, die noch Krieg erlebt hat. Deren Eltern haben auch versucht einen ganz normalen Alltag weiterzuleben – für die Kinder.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Warum ist das wichtig für die Kinder?

**Dr. Inken Balla:** Das ist wichtig, um durchzuhalten, um Kraft zu haben für das alltägliche Leben und Lernen, für die Sicherung der Lebensgrundlage und auch für die Zukunftsplanung. Wichtig ist es auch, sich nicht verrückt machen zu lassen von Sensationsschlagzeilen, dabei rede ich nicht nur von Fake News, aber auch von denen. In solchen Schlagzeilen geht es immer wieder um das Leid von Menschen und weniger ums Positive, z.B.: Wie schaffen es die Menschen, sich zu schützen, was tun sie, um zu überleben oder die Situation zu meistern? Und natürlich auch: wo kann man selbst unterstützen. Das sind Überlegungen, die Handlungsfähigkeit schaffen und ziel- und sinnlosen Aktionismus unterbinden, der eher behindert als nützt. Wir müssen auch das Positive betonen, um die Kraft des Menschen herauszustellen, zu zeigen, wozu der Mensch in der Lage ist: Was kann eine\*r, können wir schaffen, um im Miteinander füreinander zu sorgen? Das muss die Erwachsenenwelt organisieren, damit die Kinder sich aufgehoben fühlen können. Das schafft Sicherheit.

**Dana Zeck/Deutsche Kinderhilfe:** Ich danke Ihnen für dieses Gespräch, Frau Dr. Balla.

**BIG Bobby Car Classic Eco**

# Damit die Welt unser Spielplatz bleibt:

made from recycled plastic

**Made in Germany.**  
Im BIG Werk wird aus dem Granulat das BIG Bobby Car Classic Eco.

Mit dem Recyclinggranulat werden die BIG Bobby Cars direkt am Standort Deutschland hergestellt. Das erspart unnötige CO<sub>2</sub> Belastung durch lange Transportwege.

Recycling von PET ...  
... wird zu Kunststoffgranulat.

Altpapier und -verpackung ...  
... wird die Verpackung für das BIG Bobby Car Classic Eco.

Produktionsabfälle werden z.B. für die Räder wiederverwendet.

**ISO 50001:2018 INTECHNICA**  
Die BIG-SPIELWARENFABRIK ist gemäß ISO 50001 zertifiziert.

Jetzt Video ansehen und mehr erfahren.

Das BIG Bobby Car ist ein Spielzeug das von Generation zu Generation weitergeben werden kann ohne Spielwert und Qualität zu verlieren – das alleine ist schon nachhaltig!

Mit dem neuen **BIG Bobby Car Classic Eco** gehen wir noch einen Schritt weiter und produzieren aus Recycling Materialien – damit die Welt ein Spielplatz bleibt! 🌱

📷 bigbobbycar\_official  
 📺 BIG-BOBBY-CAR  
 📺 BIGSPIELWAREN

**big.de**

# Gewaltschutz in Krisenzeiten – Krise braucht Prävention

Gewalt im familiären Umfeld oder in familiären Zusammenhängen ist besonders problematisch. Denn beim familiären Bereich handelt es sich um einen emotional besonders geschützten Raum, in dem man uneingeschränkt Vertrauen genießen will. Hier muss man sich fallen lassen können und angenommen fühlen. Der familiäre Raum ist aber nicht nur der Bereich zum „Abschalten“. Er dient auch als Schutzraum und Raum der Stärkung. Wenn etwa ein Mitglied der Familie im „Außen“ versagt hat, sollte es sich in diesen Bereich zurückziehen können und hier einfach „aufgefangen“ werden. Doch leider entspricht die Realität oft nicht diesem Ideal der „heilen Familie“.

Gewalt im familiären Bereich ist imstande, die Betroffenen besonders schwer und besonders nachhaltig zu traumatisieren. Krisen, wie zuletzt die Corona-Pandemie, befördern die Konflikte innerhalb dieses Bereichs in vielen Fällen massiv. Der Schutzraum wurde vielfach zum Gefängnis aufgetauter Emotionen.

## „Eingesperrtsein“ als Eskalationsgrund

So begünstigen besonders unfreiwillige, länger andauernde Aufenthalte in einem nicht selten räumlich begrenzten Wohnumfeld das Entstehen von Konflikten und Aggressionen, so wie während der Corona-Lockdowns. Wohin mit den aufgetauten Spannungen, wenn man nicht einmal mehr weglaufen kann, wenn Treffpunkte wie Gaststätten, Sportplätze u.ä., warum auch immer, geschlossen sind? Es ist schlicht ein Problem, wenn außerhäusliche Ausweichmöglichkeiten sowohl Eltern als auch Kindern nicht zur Verfügung stehen. Es mangelt an äußeren Eindrücken, Anforderungen, sozialen Außenkontakten, alles Basis eines funktionierenden innerfamiliären Austausches. Diese Situation des Mangels an beruflichem, schulischem und damit sozialen Leben destabilisiert Eltern und Kinder nachhaltig.

Aus Sicht der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V. bedeutet dies, dass auch und gerade in Krisenzeiten Schulen, Sportstätten, aber auch Gaststätten usw. so lange wie möglich offengehalten werden sollten, um Ausweichmöglichkeiten zu schaffen und so den psychischen Druck zu senken, der auf den Familien lastet. Das könnte darüber hinaus mit dazu beitragen, dass in der aktuellen Energiekrise gerade Kinder und Jugendliche aus finanziell schwächer aufgestellten Familien das notwendige Lernen und Üben von Sozialverhalten in der Gruppe mit dem nützlichen Aufenthalt in gut beheizten Räumen verbinden können, wenn es etwa zu Hause aus Kostengründen zu kalt ist.

Insbesondere für Risiko-Familien und Kinder aus diesen Familien sollten diese Angebote vorgehalten werden. Denn die Krise an sich zehrt schon mehr als genug an den Eltern, wie die Corona-Zeit eindrucksvoll bewiesen hat – nicht alle Menschen sind gleich gut in der Lage den Belastungen und negativen Einflüssen standzuhalten, was sich wiederum auf ihre Kinder auswirkt.

Im November 2022 räumte der Ethikrat der Bundesregierung ein, dass Kinder, Jugendliche und junge Menschen mit ihren besonderen Problemen in der Pandemie-Zeit dem Grunde nach übersehen und überhört worden sind, und dass sich dies nicht wiederholen dürfe. Ein Statement, dem sich die Deutsche Kinderhilfe vollumfänglich anschließt.

Kinder brauchen Sicherheit, aber wie sollen sie sich sicher fühlen, wenn selbst ihre Eltern verunsichert sind und sich Sorgen machen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen wie den Folgen der Pandemie, den Klimaveränderungen, der Angst vor einer Ausweitung des Krieges, den Energieversorgungsproblemen, Inflationsfolgen und Arbeitslosigkeitsrisiken, ist das Vermitteln einer sicheren Umgebung für Kinder durch ihre Eltern keine leichte Aufgabe.

## Die dunkelste Seite der Krise

Wie bereits angesprochen, verstärken Krisen, wie zuletzt die Corona-Pandemie, die Konflikte innerhalb der Familien deutlich. Dies belegt auch ein Blick auf die Straftaten im häuslichen Umfeld. Im Jahr 2021 kam es in Deutschland zu 143.604 Fällen von häuslicher Gewalt. Dabei wurden 108 Frauen und 12 Männer gewaltsam getötet. Rund ein Drittel der Taten erfolgte nach einer Trennung. Die Zahl hochstrittiger Trennungen nahm Expert\*innen zufolge deutlich zu, darunter leiden die Kinder besonders. In mindestens jedem zweiten Fall von häuslicher Gewalt gehörten Kinder zum Haushalt, die die Gewalt miterlebten. In rund 25% aller Tötungsdelikte gegen Kinder gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang mit einer Trennung der Eltern bzw. sorge- und umgangsrechtlichen Auseinandersetzungen.

Alarmierend aus Sicht der Deutschen Kinderhilfe ist auch der Anstieg im Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Kinder in der Corona-Pandemie. So stieg die Zahl der Missbrauchsfälle um 6,3% auf 15.507 Fälle. Noch drastischer entwickelten sich die Fallzahlen bei der „Verbreitung von Kinderpornografie“. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (plus 108,8%). Das bedeutet einen Anstieg um mehr als 20.000 Fälle. Bei „jugendpornografischen Schriften“ stieg die Zahl der Delikte um knapp 2.000 auf 5.105. Ersatzhandlungen wie der Konsum von pornografischem und kinderpornografischem Material nahmen in der Corona-Pandemie nachweislich zu.

## Mit den Menschen vor Ort arbeiten

Wir sollten aus der Pandemie mit ihren Lockdowns lernen und neue, ähnliche Probleme vordenken, bevor wir, wie aktuell, ihre weitreichenden Folgen zu spüren bekommen. Bedenkenswert wäre aus Sicht der Deutschen Kinderhilfe z.B. eine Taskforce aus gut geschulten Ehrenamtlichen aufzustellen, die Fachkräfte bei ihrer sozialen Arbeit und auf dem Gebiet der Prävention befristet unterstützen könnte.

Nichts gegen die hohen Qualitätsansprüche in der sozialen Arbeit im Alltag, aber außergewöhnliche Belastungen in Krisenzeiten erfordern außergewöhnliche Lösungsansätze, die zumindest mehr bieten als gar keine oder stark reduzierte Angebote der Helfer\*innen von Berufs wegen. Menschen brauchen Kontakt und Kommunikation in Präsenz, und dies lässt sich in aller Regel nicht digital auffangen, wie die Corona-Zeit uns gezeigt hat.

## Schutzkonzepte für alle

Wir benötigen nicht nur Schutzkonzepte zur Prävention sexualisierter Gewalt in Kitas, Schulen und Vereinen, wir brauchen ebenso Schutzkonzepte zur Bewältigung von Krisen. Diese Konzepte mit ihren Maßnahmen sollten insbesondere bei den Familien beginnen, die am schwersten betroffen sind, weil sie vorher schon Probleme hatten, ihren Alltag zu bewältigen.

Dabei sind Menschen, die diese Konzepte in ihrem Umfeld, in den Kitas, Schulen usw. leben, fast noch wichtiger als die Konzepte selbst. So etwas sollte daher in der jeweiligen Kommune und unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten organisiert und nicht etwa von oben angeordnet werden. Hier ist Engagement gefordert.

## Was zu tun ist

Wir haben in den vergangenen Jahren infolge der Pandemie neuartige Krisen erleben müssen und, wie ausgeführt, stehen die

nächsten an. Nutzen wir also die Zeit, Schutzkonzepte in unseren Kommunen zu entwickeln und vorzuhalten, und zwar für alle. Krise braucht zielgerichtete Prävention. Die beste Vorbeugung in und vor Krisen ist die nachhaltige Stärkung der Basisstruktur – nämlich der Familie.



### Die Autor\*innen

**Rainer Becker**  
Ehrenvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.,  
Polizeidirektor a.D.



**Dana Zelck**  
PR- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.

# Gefahren im Netz – wie schütze ich meine Kinder?

## Ein Gespräch mit Prof. Dr. Thomas-Gabriel Rüdiger

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Sehr geehrter Professor Dr. Rüdiger, ich möchte mich mit Ihnen gern über ein sehr wichtiges und aktuelles Thema unterhalten. Und zwar die Mediennutzung in Krisenzeiten und die daraus entstehenden Herausforderungen für den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Vielleicht als erstes zum Stichwort Internetnutzung: Expert\*innen aus dem Bildungsbereich sagen, dass Home-Office und Fernunterricht während der Corona-Pandemie die Kinder zu stark konditioniert haben, und dass diese ihre Rechner gar nicht mehr aus der Hand legen. Ist das so?

**Prof. Dr. Rüdiger:** Das hat sich nicht erst in den vergangenen zwei Jahren so entwickelt, sondern eigentlich schon seit fast zehn Jahren. Denn Kinder bekommen immer früher Smartphones. Das bedeutet, dass die Kinder und Jugendlichen mit dem Smartphone auch den Zugang zu einem globalen Kommunikations-, Interaktions- und damit auch Kriminalitätsraum bekommen haben.

Und ja, was man sagen kann, ist, dass die Nutzungshöhe im Rahmen von Corona-Situationen noch einmal gestiegen ist und damit auch die Wahrscheinlichkeit für die Kinder auf digitale Risiken zu treffen. Dazu kam, dass viele Schulen, Eltern und Kinder im Rahmen der Corona-Situation auf einmal Homeschooling umsetzen sollten. Ob man das als Eltern wollte oder nicht, die Kinder waren damit online. Beim Homeschooling gab es aber zum Beispiel Berichterstattungen, dass, weil das nicht richtig abgesichert war, pornographische Elemente in Homeschooling-Videokonferenzen eingestellt wurden, in denen die Kinder unterwegs waren.

Ich vermute aber auch, dass durch die Corona-Situation der Blick auf die Mediennutzung durch Kinder und die damit verbundenen Risiken gesellschaftlich noch einmal bewusster wurde. Mir ist aber immer wichtig zu betonen: Dass Kinder mit digitalen Risiken konfrontiert werden, hat nicht mit der Pandemie angefangen, sondern ist wesentlich älter. Wenn es durch diese zwei Jahre jetzt aber dazu führt, dass diese Risiken ernster genommen werden, ist es natürlich erstmal eine gute Sache.

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Das heißt aber auch, da ist ein Ansporn, jetzt endlich etwas zu tun. Ich habe mich darüber informiert, welche Möglichkeiten es gibt, damit sich Kinder besser abgesichert ins Internet begeben können. Nach meinen Recherchen ist es beispielsweise in Österreich so, dass es Informatikunterricht ab der ersten Klasse gibt.

**Prof. Dr. Rüdiger:** Tatsächlich wurde im Schuljahr 2022/2023 in Österreich das Pflichtschulfach „digitale Grundbildung“ ab

der 5. Klasse eingeführt. Man kann sich schon fragen, warum es Deutschland bisher nicht geschafft hat, die verpflichtende Vermittlung von Medienkompetenz an jeder Schule einzuführen. Im Gegensatz zu Österreich würde ich sogar zur Einführung ab der 1. Klasse raten. Man könnte sogar überlegen bereits im Kindergarten oder der Vorschule mit einer reflektierten Vermittlung zu beginnen, da Kinder auch schon in diesem Alter digitale Geräte nutzen.

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Können Sie konkret begründen, warum Sie die Vermittlung von Medienkompetenz ab der ersten Klasse sinnvoll finden?

**Prof. Dr. Rüdiger:** Wenn Sie sich Medienstudien in Deutschland anschauen, dann sehen wir die Tendenz, dass in den letzten vier bis fünf Jahren Kinder immer früher Zugang zu einem Smartphone erhalten. Nach einer Studie der Bitkom nutzten beispielhaft 2014 nur 20% der 6–7-Jährigen zumindest gelegentlich ein Smartphone, 2019 waren es aber bereits 54% der Erstklässler\*innen. Ab 10 Jahren haben nach dieser Studie sogar 75% der 10-Jährigen ein eigenes Smartphone. Diese Erkenntnis sollte man noch mit einem anderen Umstand zusammen betrachten, nämlich, dass viele Eltern offenbar überfordert sind mit der Mediennutzung und den damit einhergehenden Risiken für die Kinder. Eine Studie des deutschen Kinderhilfswerks spricht beispielhaft davon, dass einige Eltern davon ausgehen würden, dass bei der Mediennutzung der Kinder schon alles gut gehen würde. In dem Zusammenhang spricht die Studie zu Recht davon, dass die Verantwortung damit von den Eltern auf die Kinder verschoben wird. Zudem muss man bedenken, dass es immer auch Eltern gibt, die ihren Kindern offenbar ein Smartphone ungesichert in die Hand drücken. Meiner Erfahrung nach sind es ja häufig auch die gebrauchten älteren Smartphones der Eltern.

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Was schlussfolgern Sie jetzt daraus?

**Prof. Dr. Rüdiger:** Für mich heißt das, Kinder sind immer früher mit Smartphones ausgestattet und erhalten damit Zugang zu einem globalen digitalen Raum. Gleichzeitig sind Eltern mit den damit verbundenen Herausforderungen offenbar zumindest teilweise überfordert und an den Schulen wird Medienkompetenz ebenfalls nicht flächendeckend vermittelt. Zu diesem Umstand kommt noch hinzu, dass auch die Sicherheitsbehörden Kinder im digitalen Raum nicht effektiv vor der Konfrontation mit Risiken wie digitaler Hasskriminalität, pornographischen Inhalten oder dem Kontakt mit Sexualtäter und Sexualtäterinnen – also dem sog. Cybergrooming – schützen. Gerade Cybergrooming halte ich hierbei für eines der grundlegenden Risiken für Kinder im digi-

talen Raum. Nach einer aktuellen Studie der LFM NRW zu Cybergrooming hat sich die Zahl der 8–9-Jährigen (!), dies entspricht etwa der ersten bis zweiten Klasse, die von Erwachsenen im Netz Kontaktabbahnungen erlebt haben, verdoppelt, und zwar von etwa 8% auf mittlerweile 20%. Das heißt, dass knapp jedes fünfte Kind in dieser Altersstufe von einer Konfrontation mit erwachsenen Tätern oder Täterinnen berichten kann. Etwa jedes 10. Kind von 8–9 Jahren berichtet zudem davon, dass sie von Erwachsenen aufgefordert wurden, freizügige Medien von sich anzufertigen. Hier muss noch bedacht werden, dass Cybergrooming nicht nur durch Erwachsene begangen werden kann, sondern ein großer Anteil der Tatverdächtigen auch selbst Minderjährige sind, die in dieser Studie nicht als Täter und Täterinnen abgefragt wurden. Weitere Dunkelfeldstudien deuten zudem daraufhin, dass, je älter die Kinder werden, sie umso häufiger mit Cybergrooming konfrontiert werden. Teilweise scheint es auch eine Art Normalisierungs- oder Gewöhnungstendenz zu geben, dass die Konfrontation mit solchen Phänomenen für Minderjährige also so normal ist, dass sie diese nicht einmal als unnormal oder gar strafbar erkennen.

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Aber müssen dann nicht die Eltern die Kinder darauf vorbereiten?

**Prof. Dr. Rüdiger:** Natürlich ist es Aufgabe der Eltern, die Kinder auf diese Risiken vorzubereiten, nur wer redet schon gerne oder überhaupt mit seinem achtjährigen Kind darüber, dass es keine Nacktbilder von sich herausgeben darf, weil es Leute gibt, die das im Netz fordern? Alle Kinder müssen aber unabhängig vom Elternhaus die Möglichkeit haben auf diese Risiken vorbereitet zu werden. Hier sehe ich nur eine Institution, die das bewerkstelligen kann, das ist nun mal die Schule. Hierbei muss man immer auch bedenken, es gibt halt Eltern, die sagen: „Da muss ich nichts machen, was soll schon passieren?“, und dann passiert dem Kind doch etwas. Genau deswegen müssen wir die Vermittlung von Medienkompetenz auch als eine Form der Kriminalprävention verstehen und spätestens ab der 1. Klasse ansetzen. Hierbei sollte dann vermittelt werden, was der Besitz des Smartphones eigentlich bedeutet, wie man damit umgeht, welche Verantwortung damit einhergeht und man muss auch vermitteln, was man gerade nicht im digitalen Raum darf. Ich weise immer wieder darauf hin, dass im Jahr 2021 erstmalig die Mehrheit aller Tatverdächtigen bei kinderpornographischen Inhalten über das Internet laut Polizeilicher Kriminalstatistik selbst Kinder und Jugendliche waren.

Aus meiner Sicht ist diese Entwicklung auch möglich, weil niemand mit ihnen frühzeitig darüber redet, was passieren kann. Viele der bisherigen Präventionsprojekte setzen hier meines Erachtens zu spät an. Es muss aber so sein, dass in dem Moment, wo es Kinder gibt, die über ein Smartphone den Zugang in einen globalen Raum haben, diese auch über die Risiken und die Mechanismen in diesem Raum aufgeklärt werden müssen. Sie müssen an diesen digitalen Raum begleitend herangeführt werden. Genauso wie Sie ja die Kinder auch vorbereiten, wenn Sie in den Straßenverkehr gehen, und vermitteln, welche Regeln dort bestehen. Hier lässt man doch Kinder auch nicht einfach unvorbereitet und wundert sich dann, dass es zu einem Unfall kommt.

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Ich sehe da auch einen Irrtum der Eltern: man will seinem Kind Sicherheit geben und gibt ihm deshalb eine Handyuhr mit und bringt es so aber erst in eine Gefahrenlage...

**Prof. Dr. Rüdiger:** Ja, absolut.

**Dana Zelck /Deutsche Kinderhilfe:** Wie geht richtige Mediennutzung? Was kann ich, neben der von Ihnen beschriebenen digitalen Grundbildung in der Schule, als Elternteil tun, um mein Kind zu schützen?

**Prof. Dr. Rüdiger:** Ich habe da vier Tipps, obwohl ich natürlich kein Pädagoge bin. Aber das Erste, was ich immer rate, ist: Werde selbst Experte\*in. Das bedeutet, dass eine authentische Vermittlung von Medienkompetenz nur funktionieren kann, wenn man selbst diese Medien beherrscht und sicher unterwegs ist. Das vergleiche ich erneut gerne mit dem Straßenverkehr. Warum können Sie Ihrem Kind die Regeln im Straßenverkehr erklären? Weil Sie selbst im Straßenverkehr unterwegs waren, selbst Risiken und problematische Situationen erlebt haben und deshalb wissen, wie man sich dort verhalten sollte. Und das können Sie dann Ihrem Kind auch authentisch weitergeben.

Dementsprechend sind Sie die Ansprechpartnerin oder der Ansprechpartner für Ihr Kind und nicht umgekehrt. Im digitalen Raum ist das teilweise umgekehrt und daher ist es wichtig, selbst eine Art Experte\*in zu werden. Wenn ein Kind ein Online-Spiel spielen möchte, dann sollten sich die Eltern hinsetzen und das Spiel selbst eine Zeit lang spielen, um zu verstehen, wie die Mechanismen dahinter sind. Wenn die Eltern das gemacht haben, dann kann man mit dem Kind über die Risiken reden. Zudem können die Eltern dann beurteilen, ob sie möchten, dass das Kind das Game spielt oder nicht. Mir ist klar, dass es dann immer heißt: „Wann soll ich das machen? Dafür habe ich nicht die Zeit.“ Aber wenn man Elternteil ist, muss man sich diese Zeit nehmen. Ich halte das für wichtig, weil es auch dazu führt, dass ein Kind wahrnimmt, dass man sich als Eltern überhaupt damit auseinandersetzt und nicht einfach nur allgemein sagt: „Ich habe hier ein Interview gelesen oder ich habe einen Vortrag gehört und da hat er vor den Gefahren solcher Spiele generell gewarnt.“ Dann sagen viele Kinder: „...aber in meinem Programm, da ist es nicht so und das hat er ja auch nicht erwähnt.“ Daher sollte man sich selbst das Wissen aneignen.

Der zweite Tipp ist: Werde selbst Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin. Ich glaube, dass man selbst offen über die Erfahrungen reden muss, die man gemacht hat, die positiven wie die negativen. So wie Sie Ihrem Kind erzählen: „Ich wäre auch fast einmal überfahren worden“, oder: „Mich hat mal jemand angesprochen auf der Straße, auf dem Schulweg.“ Wenn Kinder den digitalen Raum betreten, sollte man ihnen auch vermitteln, dass es hier auch Leute gibt, die ihnen zu nahe treten können, indem sie z.B. Nacktbilder von ihnen wollen. Und wenn man das als Elternteil nicht will, weil man meint, dass die Kinder dafür zu jung sind, dann sind sie vermutlich auch zu jung für ein ungesichertes Smartphone. Und das führt zu meinem dritten Punkt: Sei eine Vertrauensperson.

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Was beinhaltet das?

**Prof. Dr. Rüdiger:** Leider gibt es Sachverhalte, bei denen Kinder, wenn sie mit digitalen Risiken konfrontiert werden, sich nicht trauen, die Eltern ins Vertrauen zu ziehen. Die Kinder haben Angst, dass, wenn die Eltern davon hören, sie ihnen das Smartphone wegnehmen oder ihnen das Spiel verbieten. Das heißt, wenn man dem Kind ein Smartphone überlässt, muss man auch vermitteln: „Wenn etwas passiert, bist nicht du schuld, sondern die Schuld liegt bei den Tätern oder Täterinnen.“

Das führt zu meinem vierten Ratschlag und der ist: Sei selbst ein digitales Vorbild. Wenn ich mein Kind auf Instagram oder bei WhatsApp im Profilbild oder im Status öffentlich poste, wird es schwierig meinem Kind authentisch zu vermitteln, warum es selbst keine Bilder von sich versenden sollte. Das heißt, das eigene Mediennutzungsverhalten ist für die Vermittlung von Medienkompetenz an Kinder ebenfalls wichtig. Das führt wieder zu meinem Tipp eins: Experte\*in werden. Denn nur, wenn du dich mit deinem Verhalten auseinandersetzt, kannst du diese Vorbildfunktion gewährleisten. Das sind also meine vier Tipps, die ich den Eltern für die Nutzung von Medien durch die Kinder gebe.

Einen Zusatztipp habe ich aber auch noch. Ab welchem Alter kann man seinem Kind eigentlich ein Smartphone überlassen? Ein festes Alter würde ich nicht fixieren, aber: wann lässt man sein Kind das erste Mal allein zur Schule gehen? Wenn man denkt, dass man es auf alle Risiken vorbereitet hat, es auf dem Weg vielleicht auch schon begleitet hat und die Verkehrsregeln vermittelt hat. Dasselbe sollte auch im digitalen Straßenverkehr gelten.

**Dana Zelck/Deutsche Kinderhilfe:** Vielen Dank Herr Professor Rüdiger für diese interessanten Einblicke und Hinweise.



**Prof. Dr. Thomas-Gabriel Rüdiger**  
Leiter des Instituts für Cyberkriminalologie  
an der Hochschule der Polizei des Landes  
Brandenburg

# Qualitäts-Informationen. Print/Online und Video.

Nutzen Sie die hochwertigen Angebote der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.!  
[www.kindervertretung.de](http://www.kindervertretung.de)



## Podcast



## Rumpis Abenteuer 1-8



## Publikationen

Bücher, Malbücher,  
Broschüren, Flyer,  
Themenmagazine,  
Jahresberichte



Hier geht's direkt zu unserem Webshop. Dort finden Sie auch interessante Publikationen zu unseren Themen: **Kinderschutz und Kinderrechte, Bildung, Ernährung und Bewegung.** Informieren Sie sich jetzt!



 Bund der Freien  
Waldorfschulen

## Machen Sie's gut!

Und machen Sie den Unterschied! Als Waldorfler:in arbeiten Sie selbstverantwortlich und die Entwicklung jedes einzelnen Kindes liegt in Ihren Händen. Sie haben viel Gestaltungsfreiheit und das bringt gleichermaßen großen Spielraum für die eigene Entfaltung wie auch eine Menge Verantwortung mit sich. Ihre Kreativität ist ebenso gefragt wie Ihre fachliche Kompetenz. Ziehen Sie Freude, Motivation und Zufriedenheit daraus, Erziehung aktiv zu gestalten und neben Ihrem Wissen auch Ihre Persönlichkeit einzubringen. Pädagogische Freiheit und die Arbeit in einer kreativen Atmosphäre frei von Noten- und Versetzungsdruck prägen Ihren Unterrichtsalltag. Werden Sie ein Teil dieser seit über 100 Jahren erfolgreich wirkenden und weltweit verbreiteten Pädagogik. Gestalten Sie Zukunft!



[waldorf-lehren.de](http://waldorf-lehren.de)  
[waldorfschule.de](http://waldorfschule.de)

# Die Corona-Krise und die gesundheitlichen Folgen bei Kindern



**Langfristige und schwere Folgen:** In der Corona-Krise wurden die Rechte der Kinder von der Politik zu sehr vernachlässigt. Das hat Spuren hinterlassen und die psychischen Belastungen junger Menschen bleiben in Zeiten multidimensionaler Krisen weiterhin hoch. Die Politik muss Antworten finden!

Vor 30 Jahren trat die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in Deutschland in Kraft. Damit verpflichtete sich Deutschland sämtliche Rechte der Kinder zu achten, zu schützen und zu gewährleisten.

Doch durch die Corona-Pandemie wurden die UN-Kinderrechte in einem bisher noch nie dagewesenen Maße verletzt und bedroht. Dies gilt insbesondere auch für das Recht des Kindes auf das höchste erreichbare Maß an Gesundheit aus Art. 24 UN-KRK sowie auf das Kindeswohlprinzip aus Art. 3 UN-KRK, nach dem das Wohl des Kindes bei allen staatlichen Entscheidungen, die Kinder betreffen, als „vorrangiger Gesichtspunkt“ berücksichtigt werden muss.

Unstrittig ist, dass sich auch Kinder mit dem Coronavirus infizieren und diesen auch verbreiten können, wenngleich bei ihnen der Krankheitsverlauf in der Regel milder als bei Erwachsenen ausfällt. Um die Gesundheit der Kinder in der Pandemie bestmöglich zu schützen, ist es daher selbstverständlich nach wie vor wichtig, politische Entscheidungen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus zu treffen. Problematisch wird es allerdings dann, wenn – wie in der Corona-Pandemie zeitweise geschehen – bei der Abwägung die Verhältnismäßigkeit nicht mehr gewahrt wurde, weil die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung

die Lebenssituation der Kinder nicht genügend berücksichtigt haben, bzw. das Kindeswohl zugunsten des Infektionsschutzes bedeutend zurücktreten musste.

Fakt ist, dass aufgrund der Pandemie zahlreiche Kinder keinen ausreichenden Zugang mehr zu Bildung, zu Gesundheitsversorgung oder Ernährung hatten. So resümierte Ende November 2022 auch der Deutsche Ethikrat, dass die Belange und insbesondere die psychische Gesundheit der Kinder in der Pandemie nicht genügend Beachtung erfahren haben. Daher sei in Zukunft umso mehr darauf zu achten, „dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht noch einmal derart einseitig in ihrer Lebensentfaltung beschränkt werden“, so heißt es in den Empfehlungen zu „Pandemie und psychische Gesundheit“ des Ethikrats.

Auch die Zahl der von Armut bedrohten oder betroffenen Kinder dürfte während der Pandemie gestiegen sein, wobei Armut wiederum auch einen enormen Einfluss auf die Gesundheit hat. Armut macht Kinder krank, so belegt es auch die KiGGS-Studie, eine bundesweite Erhebung zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Erschwerend kommt hinzu, dass die ohnehin schon am stärksten benachteiligten Kinder und ihre Familien am meisten unter den Corona-Beschränkungen leiden mussten.

Gemäß einer europäischen Vergleichsstudie des Ifo-Instituts waren Kinder in Deutschland vergleichsweise stärker von Schulschließungen betroffen als in anderen Ländern, wo Schulen deutlich kürzer geschlossen hatten. Erschwerend kommt hierzulande wiederum hinzu, dass sich Deutschland bei der digitalen Bildung auf den hinteren Rängen befindet und der Unterricht daher nicht flexibel – wie in anderen Ländern – auf Distanzlehre umgestellt werden konnte.

Dabei führten die Schulschließungen bei mangelhafter Digitalisierung und Ausstattung von digitalen Endgeräten bei den Schüler\*innen nicht nur zu einer Verschärfung von Bildungs- sondern auch von Gesundheitsungleichheiten. Der Deutsche Ärztetag resümierte 2022, dass die Schulschließungen für die meisten Kinder „toxisch“ waren. Gesundheitsprobleme, allen voran psychische Belastungen, Sorgen, Ängste, depressive Symptome, Essstörungen, psychosomatische Beschwerden und chronische Stresssymptome nahmen stark zu. So zeigte im ersten Pandemiewinter fast jedes dritte Kind psychische Auffälligkeiten, 70% der Kinder litten unter einer verminderten Lebensqualität, viele ernährten sich ungesünder als zuvor. Kinder aus sozial benachteiligten Familien waren besonders häufig betroffen. Ihnen fehlte nicht nur der regelmäßige Besuch ihrer Kitas und Schulen, sondern auch der Kontakt zu Freunden und Angehörigen, das Toben auf dem Spielplatz, das gewohnte Ausüben von Freizeitaktivitäten und Hobbys. Viele Kinder entwickelten demzufolge auch Übergewicht und litten unter Bewegungsmangel: Die Zahl der Kinder, die während der Pandemie gar keinen Sport mehr trieb, stieg um das Zehnfache, 16% der Kinder nahm an Gewicht zu – besonders häufig die 10- bis 12-Jährigen. Rund 60% mehr Kinder und Jugendliche wurden wegen starken Übergewichts stationär behandelt. Kinder aus finanziell schwächer aufgestellten Familien waren doppelt so häufig von einer ungesunden Gewichtszunahme betroffen.

Auch die Mediensucht bzw. krankhafte digitale Mediennutzung bei den 10- bis 17-Jährigen ist während der Pandemie in besorgniserregendem Maße gestiegen – um 52%! Dies belegt eine im Jahr 2021 veröffentlichte Studie der Krankenkasse DAK-Gesundheit und des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE).

Als besonders alarmierend ist die Zahl der Suizidversuche bei Jugendlichen zu bewerten, die während des 2. Lockdowns fast um das Dreifache anstieg. Suizide sind nach Unfällen die zweithäufigste Todesursache bei Kindern ab 10 Jahren.

Wie das Nationale Suizidpräventionsprogramm für Deutschland NaSPro berichtete, nahmen in der Pandemiezeit auch die Suizidzahlen im Ausland – besonders bei jungen Mädchen – deutlich zu. Besonders fatal in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass in Deutschland die Zahl der behandlungsbedürftigen Kinder die der vorhandenen Behandlungsplätze bei weitem übersteigt. Lange Wartezeiten von einem halben bis zu einem Jahr sind nicht ungewöhnlich, können jedoch bei ernststen psychischen

Problemen und Suizidalität katastrophale Konsequenzen haben, nämlich dann, wenn die Hilfe zu spät kommt. Den Mangel an zeitnah verfügbaren Angeboten zur psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen bemängelte Ende 2022 auch der Deutsche Ethikrat.

Diesbezüglich müssten dringend mehr niedrigschwellige Jugendhotlines, Beratungsdienste – auch online – mehr Möglichkeiten und ein erleichterter Zugang zu gezielten Hilfsangeboten und -einrichtungen sowie flächendeckende schulpsychologische Unterstützungsangebote bereitgestellt werden. Darüber hinaus gilt es Kinder vor dem Zugang zu tödlichen Suizidmitteln besser zu schützen und die Finanzierung von Angeboten zur Suizidprävention dauerhaft sicherzustellen. Suizidprävention muss dringend in der schulischen und außerschulischen Arbeit mit Jugendlichen Berücksichtigung finden, Lehrkräfte und Mitarbeiter\*innen der Kinder- und Jugendhilfe müssen dahingehend besser aufgeklärt und fortgebildet werden.

Medizinisch nicht vertretbar ist darüber hinaus der Umstand, dass während der Pandemie in vielen Bundesländern keine Schuleingangsuntersuchungen mehr durchgeführt wurden, weil das Personal anderweitig eingesetzt wurde. Inzwischen finden die Untersuchungen zwar in der Regel wieder statt, viele Ärzt\*innen stellten im Vergleich zu vor der Pandemie jedoch zum Teil dramatische Defizite fest, z.B. bei den motorischen Fähigkeiten sowie der Sprachfähigkeit und darüber hinaus weitere Probleme, z.B. Übergewicht. Zudem wurden viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht erkannt und ohne inklusive Betreuung eingeschult, was je nach Förderbedarf des Kindes fatale Konsequenzen für seine weitere Entwicklung und seinen weiteren Bildungsweg bedeuten kann. Schuleingangsuntersuchungen dürfen – auch in Pandemiezeiten – nicht ausfallen. Die Kinder- und Jugendärztlichen Dienste der Gesundheitsämter müssen ihrer ureigenen Aufgabe nachkommen können.

Auch das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ der vergangenen Bundesregierung greift bei weitem zu kurz, denn die bereitgestellte eine Milliarde Euro für Nachhilfe reicht keineswegs dafür aus, dass alle Schüler\*innen in Deutschland ihre pandemiebedingten Lerndefizite aufholen können. Dabei muss man auch in diesem Zusammenhang deutlich machen, wie sehr sich die in der Pandemie entstandenen enormen Lerndefizite und der Schulstress auf das psychische Wohlbefinden auswirken und nach wie vor die Gesundheit junger Menschen belasten. Die Mittelverteilung des Bundes zeigt dabei deutlich, was dem Staat die Bildung und das Wohlergehen unserer Kinder wert ist, führt man sich im Vergleich dazu vor Augen, dass die Bundesregierung achtmal so viel allein zur Rettung der Lufthansa bereitstellte.

Die genannten Ausführungen zeigen, dass die Rechte der Kinder, und insbesondere auch ihr Recht auf das höchste erreichbare Maß an Gesundheit, während der Pandemie übersehen und nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Selbst Bundesgesundheits-

minister Karl Lauterbach gab im November 2022 im Rahmen der Vorstellung der Corona-KiTa-Studie zu: „Die Kita-Schließungen waren unnötig.“ Vermutlich wird diese Aussage auch auf die Schulschließungen zutreffen, doch dazu hielt sich Herr Lauterbach bedeckt. Auch eine Entschuldigung blieb aus. Die im Zuge der Corona-Maßnahmen entstandenen gesundheitlichen Schäden bei Millionen von Kindern in unserem Land bestehen dagegen noch fort, bei einigen sogar ein Leben lang – und längst nicht jedem Kind wird die Hilfe zuteil, die es bräuchte.

Wir meinen daher, dass es dringend notwendig ist, die Kinderrechte endlich in den Fokus – auch politischen Handelns – zu rücken. Das ist die Politik unseren Kindern schuldig! Die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz duldet keinen Aufschub. Kinderrechte müssen auch und gerade in Krisenzeiten vorrangig berücksichtigt werden!

Die in Pandemiezeiten zu treffenden Maßnahmen müssen vollumfänglich den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention entsprechen!

Die Maßnahmen dürfen das Wohl der Kinder nicht nachhaltig beeinträchtigen!

Kinder sind von den politischen Verantwortungsträger\*innen bei ihren Entscheidungen zu beteiligen, ihre Meinungen zwingend zu berücksichtigen! Dies wäre auch insofern von Bedeutung, als im Falle neuer Pandemien oder Krisen etwaige Beschränkungen von vergleichbaren Dimensionen nicht mehr derart einseitig zu Lasten der Kinder beschlossen werden.

### In Bezug auf das Recht der Kinder auf das höchste erreichbare Maß an Gesundheit fordern wir die neue Bundesregierung eindringlich dazu auf:

- dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) von 2021 zur Einrichtung einer Enquete-Kommission Kindergesundheit im Kontext der Pandemie auf Bundesebene endlich Folge zu leisten,
- den entstandenen gesundheitlichen Folgen und Benachteiligungen von Kindern in der Pandemie mit einem „Masterplan Kindergesundheit“ entschieden entgegenzuwirken und
- das medizinische Versorgungsangebot für Kinder ausreichend zu finanzieren und sicherzustellen.



Die Autorin

**Yade Lütz**  
Projektmanagerin bei der  
Deutschen Kinderhilfe –  
Die ständige Kindervertretung e.V.  
Diplom-Politologin

## Mitten ins Herz

**Die Flut – eine der entbehrlichen breitgefächerten Katastrophen, in denen die mehrdimensionalen Rechte der betroffenen Kinder davongeschwommen sind.**

**Dank an unser Team – unsere Anforderungen nach dem Inferno**

Es ist mir ein Anliegen, unsere erfolgreiche Teamarbeit unmittelbar nach der Flut im Umkreis von Bad Münstereifel, Schleiden und Ahrweiler, in der ich gemeinsam mit Rainer Becker, Ehrenvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V., und Uwe Jahn vom DRK Mecklenburg-Vorpommern pausenlos konstruktiv tätig war, respektvoll zu würdigen. Aus dem fernen Berlin und unmittelbar vor Ort haben wir unsere Maßnahmen mehrere Monate lang engmaschig organisiert und lückenlos koordiniert. Wir sind weit über unsere gewohnten Anforderungen hinausgewachsen, denn insbesondere die vielen traumatisierten Kinder brauchten unmittelbar Hilfe. Es zählten jedes erreichbare Kind und jede Minute.

Eine schockierende Tatsache war das Problem, dass die überwiegende Mehrheit verantwortlicher Menschen vor Ort sprach- und handlungsunfähig war, entsprechend ihre Reaktionen nicht der Jahrhundertkatastrophe modifiziert kurzfristig angepasst werden konnten und sich somit unnötige Hindernisse für viele professionelle und private Helfende stapelten. Verständlicherweise entwickelten sich zunächst an jeder Straßenecke beispiellose immense Herausforderungen innerhalb kurzer Zeit. Dadurch mangelte es oftmals an der für gewöhnlich vorhandenen Handlungskompetenz, an soziologischem Scharfsinn sowie an Resilienz – in diesem Chaos eine zusätzliche verhängnisvolle Kombination mit blockierendem Charakter. Neue Regeln hätten nach einer ersten Schock-Bestandsaufnahme unzeremoniell Anwendung finden und eigenständiges, angepasstes Denken und Handeln die Parameter sein müssen.

Der Datenschutz stellte ein schier unüberbrückbares Problem in den Köpfen der Beamt\*innen dar und einige Male musste ich, um

weiterzukommen, (erfolgreich) eigene Ideen arrangieren. Der Himmel stand mir bei und natürlich Rainer Becker, täglich und nächtlich mit unendlich vielen Telefonaten, stets die sorgenvolle Frage nach den mehrdimensionalen Rechten der Kinder im Blick. Mich interessierte naturgemäß, wo genau Familien mit Kindern wohnten, gewohnt hatten oder sich nunmehr aufhielten. Aber weder Anschriften noch Mobilnummern durften mir von offizieller Seite mitgeteilt werden. Die blieben auch während der Jahrhundertkatastrophe unter eisernem Verschluss. Der Datenschutz ist eben eine unerschütterliche Konstante, die jeder Situation trotzt! Selbst dann, wenn die Welt gerade untergeht! Da bleibt dem\*der unpräzisen Helfer\*in in glatt der Verstand stehen.

Die logistischen Maßnahmen, die ich entsprechend zielführend aufnehmen musste, waren mit denen aus dem Mittelalter zu vergleichen. Das wurde mir sofort als einzige Möglichkeit bewusst. Was die Menschen damals in diversen Katastrophen geschafft hatten, würden wir ähnlich auch meistern müssen. Keine Infrastruktur, kein Wohnraum, kein Strom, keine elektronische Kommunikation, wenig zu essen, kein Wasser, keine Kleidung, Hilflosigkeit, weinende, verstörte Kinder, die unvermittelt aus ihrer heilen Welt in ein Inferno gerissen wurden. Ich musste eigene planvolle Lösungsstrategien entwickeln, kletterte über Trümmer und Berge von Müll, fragte auf Park- und Sammelplätzen sowie in schlammbedeckten Hausfluren viele Leute: Haben Sie Kinder, dann kann ich Ihnen helfen?!

In der Tat auch für mich eine beispiellos ungewohnte Herausforderung. Ich habe oft weinende fremde Menschen umarmt und versucht Trost zu spenden. Meine innere Triebkraft, die den Takt vorgab, waren unsere angsterfüllten, schutzbedürftigen Kinder – sowie Rainer Becker und Uwe Jahn! Tag für Tag ergänzte ich meine Listen und verteilte Flugblätter, damit sich betroffene Familien mit ihren Kindern bei unserem professionellen Team melden konnten, um zeitnah eine kostenlose Erholungsmaßnahme mit ablenkender Rundumbetreuung in Anspruch nehmen zu können. Insgesamt habe ich während meiner Recherchen über 800 km zurückgelegt und viele hundert Kinder mit Eltern oder Lehrer\*innen in die schützenden, psychisch stützenden Camps des DRK in Mecklenburg-Vorpommern einladen dürfen, um an deren mehrdimensionale Rechte in professionellem Kontext anzuknüpfen, deren Umsetzung vor Ort nicht gewährleistet werden konnten.

Bei der Arbeit mit Kindern heißt der entscheidende Indikator: Wollen – und: Es gibt immer Wege! Das war und ist der Antrieb unseres Teams, denn die Übernahme zielbewusster Verantwortung ist unser Kompass.

**Blick in den Abgrund – schutzlos und allein von Krise zu Katastrophe**

Ich habe mich oft gefragt, wie ich diese Fakten des Schreckens resümieren würde. Ich würde sie wie folgt erklären: Die Hölle hat ihren Schlund geöffnet und dabei billigend in Kauf genommen, dass auch Kinder hineinrutschen.

Parallel zu diesem Inferno dachte ich von der ersten Minute an bezüglich der vielen überlebenden, traumatisierten Kinder, ihrer extensiven Last und verlorenen Rechte: So viele Psychologen haben wir nirgends zur Verfügung! Wir müssen zügig andere Wege gehen! Selbst handlungsfähig sein! Hier und jetzt zählt jeder empathische Mensch!

Was z.B. in den Schulen den beschwerlichen Weg betroffener Kinder hin zu Stabilisierung und Normalisierung anbelangt und von der Politik nicht immer planvoll adäquat standardisiert unterstützt wird, das lenken wir Pädagogen liebevoll kompetent in unserem Mikrokosmos „Schule und Kinderrechte“. Und das schaffen wir in vielen Bereichen auch zielführend im Rahmen unseres Schulentwicklungsprozesses, denn wir sind in weiteren Krisen mit traumatisierten Kindern bereits erprobt, indem es uns nämlich Schritt für Schritt gelingt, durch Sicherheit, Bindung und Vertrauen ungeahnte Ressourcen zu mobilisieren. Ich denke dabei an die vielen Kinder, deren sorgenvolle Eltern nicht wissen, ob sie im kommenden Monat noch Arbeit haben. Ich denke an die facettenreichen, gravierenden Formen von Gewalt oder an diejenigen Kinder aus Syrien, der Ukraine oder aus vielen Ländern Afrikas, die ihr Land oftmals flüchtend verlassen mussten und deren Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket auf z.B. Förderung, Freizeit, Sport und Spiel nicht immer wünschenswert unterstützend in Anspruch genommen werden können.

### Augenzeugenbericht in Bezug auf die Befindlichkeiten der Kinder und ihrer Rechte im Kontext der Flutkatastrophe

Von Manuela M.

Der Tag, an dem die Flut das Leben unserer Kinder und unser Leben bis zum heutigen Tage im Dezember 2022 völlig auf den Kopf stellte, sollte eigentlich besonders schön werden, denn unsere Oma sollte wieder nach Hause zurückkehren.

Wir wohnen unmittelbar an der Erft. Schon morgens begann es sehr stark zu regnen. Aus Erzählungen vergangener Zeiten wussten wir, dass der Bach sich gelegentlich aus seinem Bett erhebt und bereits manch einer nasse Füße bekam. Diese Information hielten wir als maximale Möglichkeit in unseren Gedanken und verhielten uns entsprechend ziemlich arglos. Als wir jedoch mehr und mehr Feuerwehren im Einsatz sahen, wendete sich das Blatt und wachsende Unruhe machte sich breit, zumal wir darüber informiert wurden und auch unweigerlich selbst feststellen mussten, dass der Damm hoch über unserem Dorf, der eigentlich Wasser zurückhalten sollte, überlief und sich bald über unsere kleine Gemeinde ergießen würde. Dieses teuflische Szenario vermag sich niemand so wirklich vorzustellen. Schnell brachten wir unsere Tiere in Sicherheit, dann die Autos.

Schon strömte mehr und mehr Wasser über den Damm den Berg hinab auf uns zu und drückte von allen Seiten ins Haus. Ich fragte mich zunächst, wer wohl die Haustüre hatte offenstehen lassen – aber es war tatsächlich die Kraft des Wassers, welche alles aus den Angeln hob, nunmehr in unser Haus eindrang und in Sekunden alles zerstörte, was unsere Familie liebevoll aufgebaut hatte. Chaos und Tohuwabohu um uns herum. Planlosigkeit. Ratlosigkeit. Unsere Einrichtung schwamm im Wasser auf und davon. Unsere Kinder konnten die Sachlage nicht begreifen. Der Schock stand ihnen und uns ins Gesicht geschrieben. Wir rissen uns zusammen, mussten möglichst handlungsfähig bleiben. Wir kletterten ganz nach oben im Haus und drückten die weinenden Kinder an uns. Verzweifelt suchten wir nach tröstenden Worten: Morgen wird alles besser werden. Aber unserer Tochter reichte das nicht und sie fragte nach: Mama, wo kommt denn das viele Wasser her? Warum ist das Licht weg? Warum hilft uns die Feuerwehr nicht? Wo sind unsere Nachbarn? Was sind das alles für gruselige Geräusche?

Unsere Kinder hatten in dieser Extremsituation und haben auch heute noch das Gefühl, dass sie vollkommen überflüssig und nichts mehr wert sind. Eine psychisch desolante Situation. Sie verhalten sich ruhig und schüchtern, verstecken sich. Wer will das auffangen? Und wie? Jede Nacht fragen sie, wann das Wasser wieder kommt. Ihre Rechte in Form von z. B. Sonderbetreuung, Teilhabe an speziellen (psychologischen) Maßnahmen oder an finanzieller Zuwendung zwecks Anschaffung von Kleidung, Möbeln und Spielsachen, beachtet kaum jemand Verantwortlicher – außer nicht-staatlicher Organisationen und privater Helfer. Die sind in der Tat eine große Unterstützung.

Wir können immer noch nicht in unser Haus zurückkehren, arbeiten in Eigenleistung und müssen parallel dazu die Kinder betreuen. Für unsere Kinder eine Tragödie im luftleeren Raum – mit wenig Hoffnung auf baldige Normalisierung.

**Kinderrechte und Kinderschutz betreffen Fragen unserer moralischen Haltung – ganz offensichtlich ein überraschend problematisches Verhältnis**

Kinderrechte dürfen keinen Abwägungsentscheidungen unterliegen. Kinder haben einen Anspruch auf Wertschätzung und umfassenden wirksamen Schutz, auf psychische und physische Gesundheit, auf Beteiligung und Förderung in allen relevanten Bereichen und in jeder Situation. Besonders die kritischen Situationen häufen sich besorgniserregend. Die Folgen der Coronapandemie machen sich explizit bemerkbar. Oftmals schockieren uns die Dimensionen in den einzelnen Krisen und machen uns fassungslos – aber nicht handlungsunfähig.

Unsere Kinder unterliegen in allen Bereichen komplett der Abhängigkeit unseres Handelns! Sie befinden sich entsprechend in einem gewichtigen Abhängigkeitsverhältnis ohne jegliche Einflussmöglichkeiten durch Hinterfragung ihrer Rechte. Es ist ein Zeichen von Intelligenz und Reife unsererseits, wenn wir uns in die Anliegen und Bedürfnisse unserer Kinder hineinversetzen, denn sie selbst haben keine Lobby, unterstehen einzig unserem Protektorat!

Nicht nur im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe. Es handelt sich auch nicht um einsame Fragen auf lokaler Ebene im Regierungsbezirk Kleinkleckersdorf – dieser Anspruch erhebt sich vielmehr universell und bezieht sich auf ein (globales) gesamtgesellschaftliches Problem, das gelegentlich durch neue Gesetze zum Schutz von Kindern (wie z.B. seit März 2022 in NRW, Änderung des Schulgesetzes gem. § 42 Absatz 6) hoffnungsfrohe Ansätze erkennen, eine zügige konsequente Umsetzung mit einer hohen Rechtssicherheit aber vermissen lässt.

Bedauerlicherweise lehrt uns die politische Historie eine gewisse prinzipielle stoische Ignoranz gegenüber den Kinderrechten, geprägt durch teils strukturschwache Inhalte. Man fragt sich unweigerlich, warum der Anspruch unserer Kinder auf Institutionalisierung und Wahrung ihrer Rechte so unterschiedlich wahrgenommen und divers diskutiert wird – und es erhebt sich die komplexe kritische Frage nach den verflochtenen Motiven der Verantwortlichen.

Die Dimension der Wahrnehmung sowie der Verständigungswille fehlen, wenngleich die Fürsorge bezüglich unserer Kinder seit 1989 in der UN-Kinderrechtskonvention auf der Grundlage von 54 Artikeln detailliert festgelegt wurde. Insgesamt betrachtet eine höchst unbefriedigende Situation ohne aussichtsreiche Chancen, die insbesondere überwiegend durch eine politische Placebo-Beteiligung gekennzeichnet ist. Nur wenige charismatische Politiker, wie z.B. der Innenminister von NRW, Herbert Reul, mahnen die folgenreichen Probleme für unsere Kinder in Krisen und Katastrophen, wie z.B. im Gewaltbereich, an und verleihen den Rechten der Kinder eine laute Stimme.

Kinderrechte sind Menschenrechte! Wir erwarten, dass die Politik die Komplexität der Fürsorge angemessen verantwortungsbewusster in den Blick nimmt und einschätzt sowie einen breiten transparenten Prozess wirkungsvoller Maßnahmen und Reformen in Gang setzt, um diese Rechte zu institutionalisieren und jedes einzelne Kind in den Mittelpunkt dieser Maßnahmen zu stellen, vorzugsweise in einem absehbaren Zeitrahmen.

Mit wem identifizieren wir uns eigentlich, wenn nicht mit unseren Kindern? Kein Kind kann sich allein helfen! Kinderschutz und Wahrung der Rechte unserer Kinder lassen keine Kompromisse zu, verlangen vielmehr überparteiliche souveräne Entscheidungen. Kinderrechte müssen ein unumstößlicher integraler Bestandteil internationaler Menschenrechte sein. Wir streben alle eine neue, regelbasierte Weltordnung an, da wir uns der essenziellen Bedeutung bewusst sind – regelbasierte Kinderschutzrechte allerdings stehen bislang nicht auf der Agenda. Einer schnellen Lösung sehe ich auch mit Skepsis entgegen. Solange eine universell gültige politische Richtung, getragen von Verantwortung und Augenmaß, nicht unmissverständlich zu erkennen ist, wird umfassender Kinderschutz nicht funktionieren können. Eine überparteiliche zielgerichtete Evaluierung mit prägenden Faktoren muss deshalb zügig angestrebt und verbindlich institutionalisiert werden.

Wir Kinderschützer\*innen nehmen durch Überzeugungsbildung und durch unsere moralisch fundierten Prinzipien dem Schutzbedürfnis, inklusive aller Rechte unserer Kinder gegenüber, unumstößlich maximalen Einfluss auf deren Wohlergehen. Durch unser geistiges Equipment, durch Evaluation, durch Vernetzung und Kooperation bilden wir eine essenzielle, übergeordnete stabile Konstante. Wir sind autark, souverän organisiert, resilient, lenken Herausforderungen präventionsorientiert – und Krisen konsequent zuverlässig, unbeirrt und lösungsorientiert – und wir haben hinsichtlich unserer Ziele einen sehr langen Atem!



**Die Autorin**  
**Claudia Langendorff**  
Lehrerin, Autorin, Kinderschützerin  
[www.langendorff-konzept.de](http://www.langendorff-konzept.de)

**Leckermäulchen tut Leckermäulchen gut.**

**frischli**

frischli Milchwerke GmbH,  
Bahndamm 4, D-31547 Rehburg-Loccum  
frischli Milchwerk Weißenfels GmbH,  
Tagewerbener Str. 81, 06667 Weißenfels  
[www.frischli.de](http://www.frischli.de)

# Das Recht auf Bildung in der Krise



**Ins Abseits geraten:** Durch die Corona-Pandemie und den teilweise eingeschränkten Zugang zu Bildung konnten viele Kinder nicht mehr die Mindeststandards ihrer jeweiligen Schulform erreichen.

Das Recht auf Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht. Doch die Corona-Pandemie führte uns in den vergangenen drei Jahren besonders deutlich vor Augen, wie dieses in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ festgeschriebene Recht selbst in unserem hochentwickelten Deutschland missachtet wurde und die Belange von Kindern und Jugendlichen schlichtweg übersehen wurden. Der Zugang zu Bildung wurde ihnen zeitweise erschwert oder sogar gänzlich verwehrt, wodurch sich die Bildungsungerechtigkeiten in unserem Land verschärften.

Zu den akuten Problemen unseres Bildungssystems, die wie durch ein Brennglas in der Corona-Krise zutage traten, zählen insbesondere die mangelnde Digitalisierung und der Umstand, dass hierzulande der Bildungserfolg der Kinder stärker als in vielen anderen Staaten von der sozialen Herkunft, dem Bildungsniveau und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängt. Mangelnde Schulqualität und Integration sowie Bildungsarmut, ein akuter Lehrkräftemangel und Sanierungsstau runden die komplexe Krisenlage ab. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund des andauernden Ukraine-Krieges und der damit verbundenen Energie-Krise die Themen Bildung und Schule nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die sie eigentlich erlangen müssten.

## Dramatischer IQB-Bildungstrend

Es ist erstaunlich und bedauerlich zugleich, dass jeglicher Aufschrei ausblieb, als im Oktober 2022 die alarmierenden Ergebnisse des aktuellen IQB-Bildungstrends im Auftrag der Kultusministerkonferenz veröffentlicht wurden, demzufolge unfassbare 18–30% der Kinder – je nach Kompetenzbereich – die Mindeststandards in der Grundschule nicht (mehr) erreichen. Die Kompetenzen in Deutsch und Mathematik verschlechterten sich im Vergleich zur letzten Datenerhebung 2016 in fast allen Bun-

desländern, zum Teil dramatisch – der Anteil der Schüler\*innen, die am Ende der 4. Klasse die Mindeststandards verfehlen, nahm in den Kompetenzbereichen Lesen, Zuhören, Orthografie und Mathematik um 6–8% zu. Beim Erreichen der Regelstandards sieht es noch düsterer aus: 8–10% weniger Schüler\*innen erzielen diese Standards. Bildungsforscher Olaf Köller, Vorsitzender der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz erklärte im Dezember 2022, dass 20% der Schüler\*innen so geringe Kompetenzen haben, dass sie kaum Chancen im späteren Berufsleben haben. Dieser katastrophale Befund darf keinesfalls so hingenommen werden.

## (Zu) große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Ein Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer verrät, wie groß die Unterschiede beim Erreichen der Standards in den einzelnen Kompetenzbereichen sind: zwischen Bayern mit dem höchsten und Bremen mit dem niedrigsten Mittelwert liegt bis zu einem Jahr Lernzeit im Lesen und Zuhören, zwei Drittel eines Schuljahres bei der Orthografie und drei Viertel eines Schuljahres in Mathematik. Dieses Ergebnis offenbart, wie stark der Wohnort der Eltern über die Bildungs- und damit auch die Zukunftschancen unserer Kinder entscheidet. Mit welchen Problemen Eltern konfrontiert sind, die mit ihren schulpflichtigen Kindern in ein anderes Bundesland umziehen (müssen), sind da offenkundig. Braucht Deutschland 16 Schulsysteme? Die Antwort lautet: es muss funktionieren! Das bedeutet, dass die Bundesländer und die Kultusministerkonferenz ihrer Verantwortung endlich gerecht werden müssen, ansonsten ist es an der Zeit, den Bildungsföderalismus zukunftsfähig zu reformieren. Fakt ist, dass der Bildungserfolg zukünftiger Generationen nicht länger dem Zufall überlassen werden darf, sonst drohen weitere negative Folgen: der Verlust an Wachstum, Wohlstand und Innovationskraft unserer Wirtschaft. Das darf sich unser Staat nicht

erlauben, schon gar nicht in diesen ohnehin schon krisengebeutelten Zeiten! Die Gelassenheit, mit der die deutsche Bildungspolitik die Ergebnisse der dramatischen Kompetenzverluste unserer Kinder hinnimmt, ist daher kaum zu ertragen.

## Erhebliche Lerndefizite infolge der Corona-Pandemie

Es war zu befürchten, ist aber dennoch erschreckend: Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen bildungsbedingten Einschränkungen führten bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu erheblichen Lerndefiziten. Um ein Drittel bis zu einem halben Schuljahr ist der Lernstand bei den Schüler\*innen im Schnitt gesunken. Doch das Hals über Kopf verabschiedete Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ der vergangenen Bundesregierung griff bei weitem zu kurz. Nicht nur, dass gerade zu Beginn vielerorts die Strukturen fehlten, die eine bundesweit reibungslose Umsetzung des Programms ermöglicht hätten. Die bereitgestellte eine Milliarde Euro für Nachhilfe reichte darüber hinaus keineswegs dafür aus, dass alle Schüler\*innen in Deutschland ihre pandemiebedingten Lernrückstände aufholen konnten. Die Mittelverteilung des Bundes zeigt jedoch deutlich, was dem Staat die Bildung von Kindern wert ist, führt man sich im Vergleich dazu vor Augen, dass die Bundesregierung allein achtmal so viel zur Rettung der Lufthansa bereitstellte.

Ende 2022 lief das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ aus. Doch gerade jüngere und sozial benachteiligte Schüler\*innen, die unter der Pandemie besonders gelitten haben, müssten jetzt dringend mit zusätzlichen Aufholprogrammen unterstützt werden. Dass die Politik kein entsprechendes Fortsetzungsprogramm verabschiedete, ist ein bildungspolitischer Skandal. Lediglich einige wenige Bundesländer finanzieren solche Aufholprogramme, Schüler\*innen in den meisten anderen Bundesländern gehen dagegen leer aus. Wie aus dem Deutschen Schulbarometer von Januar 2023 hervorgeht, sind 78% der Schulleitungen der Ansicht, dass sie ihren Schüler\*innen keine angemessene Unterstützung bieten können – ein unhaltbarer Zustand!

## Große Versprechen der Ampelregierung im Verzug

Wirft man einen Blick auf das Startchancen-Programm – ein Prestigeprojekt der Ampelregierung, mit dem 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler\*innen gezielt gefördert werden sollen, so muss man feststellen, dass auch dieses Projekt schleppend vorankommt. Der Beginn verzögert sich um mehr als 1 Jahr und wird voraussichtlich erst zum Schuljahr 2024/2025 erfolgen.

Der vom Bund beschlossene Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule sollte im Jahr 2025 kommen. Doch auch dieses Vorhaben wurde auf frühestens 2026/2027 verschoben – und wird dann auch zunächst nur für Erstklässler\*innen gelten. Es fehlen zehntausende Fachkräfte und Betreuungsplätze sowie zusätzliche Räume an den Schulen. Die nötige Verwaltungsvereinbarung für das „Investitionsprogramm Ganztagsausbau“ wurde nach wie vor noch nicht unterzeichnet. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht aktuell sogar die flächendeckende Umsetzung des Rechtsanspruchs ab 2026/2027 in Gefahr.

Sicherlich ist die schleppende Umsetzung dieser wichtigen bildungspolitischen Vorhaben auch den vielen Krisen geschuldet, die wir derzeit erleben und die es zu überwinden gilt. Ungerecht ist allerdings, dass unsere Kinder und ihre Belange wieder hintenanstehen und von der Politik nach wie vor nachrangig in den Blick genommen werden. Dabei haben unsere Kinder schon unter den pandemiebedingten Beschränkungen besonders gelitten. Eine Überwindung der Bildungskrise ist unerlässlich. Sie darf nicht weiter stiefmütterlich behandelt oder beliebig verschoben werden – schon gar nicht durch unsere Bundesregierung, die beabsichtigte, mit einer groß angekündigten Bildungs-offensive „den Grundstein für ein Jahrzehnt der Bildungschancen“ zu legen.

## Mangelnde Digitalisierung

Wie der Nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2022“ zeigt, konnten durch den im Mai 2019 in Kraft getretenen DigitalPakt Schule während der Corona-Pandemie Fortschritte beim Ausbau digitaler Bildungsangebote erzielt werden. Damit stellte der Bund 5 Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen bereit, die Länder stockten diese Mittel mit einem Eigenanteil von weiteren 10% auf. Wirft man im Vergleich dazu einen Blick auf das Sondervermögen des Bundes zur Modernisierung der Bundeswehr wirkt der 5-Milliarden-Digitalisierungszuschuss für die Bildung unserer Kinder allerdings geradezu erbärmlich. Für die Bundeswehr wurden innerhalb weniger Tage ganze 100 Milliarden Euro freigeschaltet. Auf eine „Zeitenwende“ für die Bildung wartet man vergeblich.

Der Digitalpakt ist auch dahingehend problematisch, dass der Mittelabfluss an die Schulen mehr als schleppend verlief, so dass die Digitalisierung deutscher Schulen im internationalen Vergleich nach wie vor hinterherhinkt. Angaben des Bundesbildungsministeriums zufolge waren bis zum Stichtag 30. Juni 2022 von den 5 Milliarden Euro aus dem ursprünglichen DigitalPakt lediglich 591 Millionen abgeflossen. Das sind nur 10% der bereitgestellten Mittel. Weitere 3,1 Milliarden Euro waren darüber hinaus zwar bereits bewilligt, aber noch nicht ausbezahlt. Deutlich besser sieht die Bilanz bei den drei zusätzlich bereitgestellten Corona-Hilfen des Bundes in Höhe von jeweils 500 Millionen Euro aus (Corona-Hilfe I von Juli 2020: für mobile Endgeräte und Erstellung von Online-Lehrmaterial, Corona-Hilfe II von November 2020: für IT-Administration an Schulen von Online-Lehrmaterialien, Corona-Hilfe III von Januar 2021: für digitale Leihgeräte für Lehrkräfte). Die Corona-Hilfen I und III wurden nahezu vollständig ausgeschüttet, wohingegen aus dem 2. Fördertopf bislang lediglich ein Bruchteil der Gelder geflossen sind.

Die bürokratischen Hürden und zu komplizierten Antragsmodalitäten gelten als Hauptgründe für die schleppende Umsetzung des Digitalpakts Schule. Im Jahr 2024 wird dieser Pakt auslaufen, ein DigitalPakt 2.0 soll laut aktuellem Koalitionsvertrag mit einer Laufzeit bis 2030 folgen. Dabei müssen die Probleme des 1. Digitalpakts dringend überwunden und der neue Pakt krisenfest ausgestaltet werden. Auch gilt es zukünftig darauf zu achten, die Gelder bedarfsgerechter zu verteilen.

### Was braucht es noch für eine erfolgreiche Digitalisierung unseres Bildungssystems?

Selbstverständlich ist es wichtig, nicht nur die Ausstattung in den Blick zu nehmen. Ohne gut ausgebildetes Lehrpersonal ist kein guter digitaler Unterricht möglich. Daher muss digitales Lernen verpflichtend im Lehramtsstudium implementiert und diesbezüglich müssen regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte etabliert werden.

Informatik sollte an Schulen in ganz Deutschland als Pflichtfach – vorzugsweise bereits an Grundschulen – eingeführt werden. Digitale und informatische Kompetenzen sind unverzichtbare Bestandteile der Allgemeinbildung und daher allen Kindern zugänglich zu machen. Diesbezüglich braucht es dringend eine Ausbildungsinitiative für Informatiklehrkräfte, denn der Bedarf kann aktuell bei Weitem nicht gedeckt werden. Darüber hinaus sind die Lehrpläne an die Anforderungen der Digitalisierung anzupassen.

Auch Kitas dürfen beim Digitalisierungsprozess nicht außer Acht gelassen werden. Dazu gilt es medienpädagogische Konzepte für die frühkindliche Erziehung auszubauen und auch Erzieher\*innen gezielt zu schulen.

### Versorgungskrise durch fehlende Lehrkräfte

Der immense Lehrermangel in Deutschland sei „hausgemacht“, so formuliert es Andreas Schleicher, Bildungsdirektor der OECD. Fakt ist, dass in puncto Lehrkräftemangel schon seit Jahren eine sich zuspitzende Versorgungskrise festzustellen ist. Derzeit fehlen nach Angaben des Lehrerverbandes etwa 32.000 bis 40.000 Lehrer\*innen. Bildungsexpert\*innen zufolge könnten im Jahr 2030 mindestens 80.000 Lehrkräfte fehlen. Werden wichtige Bildungsvorhaben wie der Ganztagsausbau wirklich erfolgen, Inklusion endlich flächendeckend umgesetzt, Brennpunktschulen mit mehr Personal ausgestattet, die Digitalisierung der Bildung weiter vorangebracht, dann könnten bis 2035 sogar bis zu 160.000 Lehrer\*innen fehlen.

Selbstverständlich trug auch die Ukraine-Krise dazu bei, dass sich der Lehrermangel weiter verschärfte. Seit Februar 2022 wurden bereits etwa 200.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in Deutschlands Schulen aufgenommen – Tendenz steigend.

Um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, müssen das Lehramtsstudium und der Lehrerberuf wieder attraktiver werden. Dabei geht es nicht um die Vergütung, die ist verglichen mit den OECD-Ländern in Deutschland gut, vielmehr müssten hierzulande die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

### Modernisierungs- und Sanierungsstau

Der Sanierungsstau deutscher Schulen ist speziell in einigen Bundesländern katastrophal: bröckelnder Putz an den Wänden, Schimmel, Fenster, die sich nicht öffnen lassen, kaputte Fliesen, unzumutbare Toiletten, stinkende Abflüsse, gesperrte Turnhal-

len und eine Elektrik auf dem Stand von anno dazumal. Zahlreiche Kinder und Jugendliche müssen täglich stundenlang in maroden Schulen lernen und zurechtkommen. Apropos zu Recht kommen: Kindern muss auch das Recht auf eine gesunde Lernumgebung gewährt werden, denn das Lernumfeld übt einen großen Einfluss auf den Lernerfolg, die Motivation, die Kompetenzentwicklung und das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen aus. Daher sollten das Recht auf Bildung und auf eine gesunde Lernumgebung gleichermaßen – auch in Krisenzeiten – sichergestellt werden. Der Modernisierungsbedarf für kindgerechte Lernumfelder in Kitas und Schulen ist so groß wie lange nicht, die Planung entsprechender Umbau- und Erneuerungsmaßnahmen sollte jedoch nicht ohne die Partizipation der Kinder erfolgen. Ihre Wünsche und Vorstellungen gilt es bei Baukonzepten zu berücksichtigen, denn sie sind es, die in den Bildungseinrichtungen lernen (müssen).

### Mehr „Wumms“ gegen die Bildungskrise!

Deutschland braucht mehr Investitionen im Bildungsbereich – für Kinder und Jugendliche und ihre Chancen auf eine erfolgreiche und glückliche Zukunft. Wir brauchen einen „Triple-Wumms“ gegen die Bildungskrise! Seit Jahren liegen in Deutschland die öffentlichen Bildungsausgaben gemessen an der Wirtschaftsleistung unter dem OECD-Durchschnitt. Dabei sind Investitionen zur Verbesserung von Bildungssystem und Bildungschancen von Anfang an deutlich fruchtbarer, als wenn „gescheiterte Bildungsbiografien“ später mit Sozialleistungen unterstützt werden müssten.

Bildung braucht in Deutschland auch mehr Aufmerksamkeit und einen höheren Stellenwert in der Politik. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass unser Bildungswesen nicht genügend geschützt bzw. für wichtig erachtet wird, dabei sollte es auch und gerade in Krisenzeiten möglichst uneingeschränkt funktionsfähig bleiben. Denn gute Bildung kann auch dazu beitragen, dass Krisen und Katastrophen besser bewältigt werden können. Werden aktuelle Krisen wie der Klimawandel beispielsweise bundesweit an allen Schulen im Unterricht behandelt, lernt JEDES Kind, wie es klimafreundlicher leben und damit sich und unseren Planeten besser schützen kann.

Ein Nationaler Krisenplan für Schulen, der unter Beteiligung von Schüler\*innen entwickelt werden sollte und in Krisen wie einer Pandemie zum Tragen käme, wäre darüber hinaus zu begrüßen, damit diese Bildungseinrichtungen in Krisenzeiten zukünftig resilient aufgestellt sind.

### Die Autorin

#### Yade Lütz

Projektmanagerin bei der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.  
Diplom-Politologin



# Gestärkt aus der Krise? Einblicke in die Arbeit einer Schulsozialarbeiterin

Zahra ist 15 Jahre alt. Sie wohnt seit zehn Jahren in einer Unterkunft für Wohnungslose mit rund 70 anderen Personen, die sich gemeinsam die sanitären Anlagen teilen müssen. Zahras Familie kommt aus Afghanistan, sie spricht vier Sprachen und ist sehr gut in der Schule. Zahra hilft ihrer Mutter im Haushalt und bei der Betreuung der kleineren Geschwister. Ihre Brüder sollen später einmal gut Geld verdienen. Sie bewohnt mit ihren drei Brüdern ein Zimmer, verzichtet unweigerlich auf ihre Privatsphäre. Sie hat keinen Rückzugsort, keinen Ort, um in Ruhe und konzentriert für ihren mittleren Schulabschluss zu lernen. Freunde nach Hause einzuladen ist für keines der Familienmitglieder denkbar. Die ganze Familie teilt sich einen Laptop, den ihr großer Bruder meistens zum Lernen für das Abitur benötigt. In ihrer Freizeit engagiert sie sich ehrenamtlich für Kinder und Jugendliche, die neu in Berlin ankommen und hilft ihnen die Stadt und die nähere Umgebung kennenzulernen. Ihr größter Wunsch ist es, dass ihre Familie eine eigene Wohnung findet.

## Wohnraum muss gerechter verteilt werden

Ähnlich wie Zahra geht es anderen Kindern auch. Eine große Gruppe von Kindern wohnt mit vielen anderen Menschen auf sehr engem Wohnraum zusammen – auch an meiner Schule. Ich kenne eine Familie, die mit sechs Kindern zwischen ein und elf Jahren in einer 2-Zimmer-Wohnung wohnt. Als ein Junge dieser Familie vermehrt in der Schule einschlieft und die Leistungen deutlich abnehmen, erfuhren wir in einem Gespräch mit der Mutter, dass eines der Zimmer stark von Schimmel befallen ist. Sie seien nun gezwungen alle gemeinsam in dem verbleibenden Zimmer zu schlafen – acht Personen, inklusive Kleinkinder, Jugendliche und Erwachsene. In der Corona-Pandemie sollte dieser Junge (und seine Geschwister zeitgleich) in dieser Wohnung im Home-schooling lernen, wohlgemerkt selbstständig ohne Hilfe. Die Familie sucht seit vier Jahren eine Wohnung, und das in Berlin, wo sich der Wohnungsmarkt zunehmend verschärft. Als die Familie endlich eine Wohnung fand, wurde diese vom Sozialamt abgelehnt – die Wohnung war nach gesetzlichen Maßstäben zu klein!

**Viele Kinder und Jugendliche können ihre Kinderrechte aufgrund unterschiedlicher Lebensumstände nicht wahrnehmen. Das Recht auf Schutz und soziale Sicherheit oder das Recht auf Bildung und Teilhabe ist nicht für alle Kinder gleich ausgeprägt. Diverse Krisen beschleunigen diese Ungleichheit**

Als Schulsozialarbeiterin an einer Ganztagsgrundschule in Berlin Mitte beobachte ich täglich die Problemlagen der Kinder und ihrer Familien. An besagter Schule wachsen zwei von drei Kindern in Armut auf, viele Familien befinden sich in dauerhaften privaten Krisen. Die Schule liegt in einem Viertel, dessen Erscheinung und Nachbarschaft sich zwar im Wandel befindet (Stichwort Gentrifizierung und Verdrängung), das Klientel der Schule besteht aber weiterhin aus Familien mit stark belasteten Lebenssituationen. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bei über 90%, 65% der Schüler\*innen sind lernmit-

telbefreit – bekommen Transferleistungen, 30 Kinder leben in Unterkünften für Neuzugewanderte oder Wohnungslose, mindestens 20% der Kinder haben oder brauchen einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Es gibt viele dieser Schulen in Berlin, an denen sich die Problemlagen ballen, auch weil die bildungsnahen Eltern dafür sorgen, dass ihre Kinder eben nicht auf die Schulen in diesem Einzugsgebiet gehen. Letztlich sind es die Eltern aus der gutbürgerlichen Mittelschicht, die darauf achten, dass die Rechte ihrer Kinder gewahrt werden.

Im Schulalltag sehen wir täglich die Auswirkungen der Krisen am Verhalten der Kinder. Mehr und mehr Kinder und Jugendliche zeigen depressive Verhaltensweisen, tragen Wut und Frust mit sich herum und entwickeln Zukunfts- sowie Schulängste. Darauf wird seit der Corona-Pandemie von Seiten der Wissenschaft, von Fachkräften aus Schule und Kita, von Eltern und von Kindern selbst aufmerksam gemacht.

## Schuldistanz – eine deutliche Zunahme der Fallzahlen

Kinder kommen nicht in die Schule oder zeigen in der Schule ein deutlich schuldistanziertes, fast schon verweigerndes Verhalten. Viele Schüler\*innen, auch aus den ersten und zweiten Klassen, aber auch aus den Willkommensklassen, laufen oft einfach weg. Sie verstecken sich im Schulgebäude, stören andere Klassen, verlassen im schlimmsten Falle sogar das Schulgelände. In den ersten Klassen sitzen vermehrt schulunreife Kinder, die nicht sitzen können, die keine vorschulische Bildung mitbringen, die keine Kita besucht haben und die mit dem Schulalltag überfordert sind.

Beispiel Ricardo. Er ist in der fünften Klasse. Die Lehrer\*innen sind froh, wenn er überhaupt in die Schule kommt. Meistens kommt er völlig übermüdet eine halbe Stunde zu spät. Den Unterricht vermeidet er. Wenn er in der Klasse ist, bedeutet es, dass die restlichen Kinder weniger lernen bzw. der Unterricht erschwert wird, da sich die anderen Kinder von seinem Verhalten anstecken lassen („wieso soll ich mitmachen, Ricardo macht doch auch nichts“). Ricardo braucht eine andere Lernumgebung als der Rest der Klasse – eine kleinere Lerngruppe, sozialpädagogische Betreuung, vielleicht sogar eine Lerntherapie. Schuler ergänzende Projekte für schuldistanzierte Kinder beginnen jedoch meistens ab der siebten Klasse – das ist viel zu spät.

**Kinder aus bildungsfernen Familien können Bildungslücken nicht ausgleichen. Umso mehr sollten sich Schulen und Kitas nach neuen Bedarfen der Kinder ausrichten**

Leider ist oft zu beobachten, dass das Schulsystem für den erhöhten Betreuungsbedarf der Kinder nicht entsprechend ausgerüstet ist. Der Fachkräftemangel ist überall zu spüren – Inklusionskräfte, Sonderpädagog\*innen oder Integrationserzieher\*innen sind Mangelware. Das führt zu einer verminderten oder sogar zu

keiner Förderung der Kinder, die besondere Aufmerksamkeit bedürfen. Das sind Kinder mit Behinderungen, Kinder mit Deutsch als Zweitsprache, Kinder mit emotional-sozialen Entwicklungsstörungen, Kinder mit schuldistanziertem Verhalten, Kinder mit Traumata. Nach und nach wird diesen jungen Menschen bewusst, dass sie abgeschlagen sind. Sie erkennen, dass unter anderem auch die Zeit der Corona-Pandemie für sie zu einem Lernrückstand geführt hat, den sie nicht mehr aufholen können. Diese und andere Herausforderungen in ihrem Leben führen zu Mut- und Lustlosigkeit. Lehrkräfte werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass es noch schwerer geworden ist, die Kinder und Jugendlichen überhaupt dazu zu motivieren zu lernen: Zu sehen, dass das eigene Selbstbild so schlecht ist, dass sie nicht mehr daran glauben, dass sie etwas im Leben erreichen können. Es ist daher elementar wichtig, selbstwirksame Projekte mit den Kindern und Jugendlichen ins Leben zu rufen. Projekte, in denen sie etwas Positives bewirken, in denen sie Erfolge greifbar erleben können.

## Kinder brauchen Schutzräume, aber auch Möglichkeiten zum Rückzug

Generell gilt: Kinderrechte sind für alle Kinder da, das macht schon die UN-Kinderrechtskonvention deutlich. Es wird nicht unterschieden, aus welchem Land ein junger Mensch kommt, welchen Bildungsgrad die Eltern haben, ob das Kind krank oder gesund ist oder ob er\*sie viel oder wenig Unterstützung bedarf. Es ist egal, ob sie in konfliktreichen Familienverhältnissen aufwachsen, oder ob die Familie viel oder wenig Geld hat. Bei diesen Einordnungen wird es einem jedoch schnell klar, dass Kinderrechte eben für manche Kinder unerreichbar sind. In unserer täglichen Arbeit spüren wir deutlich: Diese Kluft wurde in den letzten Jahren noch größer, sei es durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen gestiegenen Lebenserhaltungskosten, den zunehmenden Mangel an Wohnraum, die Krise, in der sich das deutsche Schulsystem seit Jahren befindet, um nur einige Krisen aufzuzählen, die massive Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche derzeit haben.

Auch die Jugendhilfe schlägt Alarm. Täglich gelangen unbegleitete minderjährige Geflüchtete, hauptsächlich aus der Ukraine, nach Deutschland. In Berlin sind die Jugendämter über die Belastungsgrenzen hinaus vollkommen überfordert: Unterbringungsmöglichkeiten, sogar die Krisennotdienste, sind völlig überfüllt. Hinzu kommt, dass Kinderschutzmeldungen im Jugendamt seit 2020/21 rapide zunehmen. Schulleistungsstudien und Lernstandstests fallen beunruhigend schlecht aus. Mehr Familien sind von Armut betroffen als zuvor. Mehr und mehr Kinder benötigen therapeutische Hilfe.

Wie können wir in solch extremen Belastungssituationen das Recht auf Schutz für diese Kinder wahren? Das gilt nicht nur für geflüchtete Kinder, sondern auch für solche, deren Schutz in ihrer eigenen Familie nicht mehr gewahrt ist. Aufgrund personeller Engpässe sind stationäre Einrichtungen an ihren Grenzen und sehen sich gezwungen, Plätze für junge Menschen einzugrenzen oder verschiedene Angebote ganz zu schließen.

Die Autorin

Karolin Kroggel  
Schulsozialarbeiterin vom  
SOS-Kinderdorf Berlin

## Was können wir besser machen? Ein paar Gedanken dazu:

- Präventive Angebote wie Vorschulen
- Übergänge von der Kita zur Schule und in weiterführende Schulen gut gestalten
- Schuldistanzprojekte bereits auch ab der Grundschule
- Temporäre Lerngruppen, überhaupt kleinere Lerngruppen, um individuell auf die Kinder eingehen zu können
- Möglichkeiten der Therapie für Schüler\*innen innerhalb der Schule
- Mehr Schulsozialarbeit und Kita-Sozialarbeit, um frühzeitig zu identifizieren, welche Kinder und Familien Hilfe brauchen
- Frühzeitige Vermittlung zu Beratungsstellen und anderen Netzwerkpartner\*innen wie Jugendamt
- Für Familien in mehrfach belasteten Situationen braucht es niedrigschwellige Angebote (z.B. Angebote in Schulen und Kitas platzieren, die Eltern und Kinder täglich besuchen, dort wo sie bereits vertrauensvolle Kontakte zu Pädagog\*innen haben.)

## Fazit

Kinder haben ein Recht auf Schutz, Bildung und Teilhabe. Gerade in Notsituationen, bei Krisen muss das oberste Priorität haben. Bei all den Maßnahmen, Gesetzen, Überlegungen der Politik, sollte immer wieder auf die Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen Rücksicht genommen werden. Junge Menschen sollten an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, es sollte ihnen zugehört werden. Schüler\*innen- und Jugendparlamente sind eine Möglichkeit dafür, aber gibt es die Möglichkeit, dass junge Menschen Anträge in kommunalen politischen Ausschüssen stellen? Wenn ich in meiner Arbeit eines gelernt habe: Die Stimme und die Geschichte jedes einzelnen Kindes bewirkt mehr. So hören Entscheidungsträger\*innen wieder zu, wenn plötzlich ein Mädchen oder Junge ihre\*seine ergreifende Geschichte erzählt. Wissenschaftler\*innen mahnen seit Jahrzehnten den Klimawandel an. Es war jedoch der Protest eines einzelnen Mädchens namens Greta Thunberg, die eine Massenbewegung von Jugendlichen in Gang setzte, die nun die Weltpolitik unter Druck setzt.

Vielen Kindern ist die Tragfähigkeit ihrer einzelnen Stimme nicht bewusst. Erwachsene müssen Kinder mehr ermutigen, ihre Wünsche und Sorgen laut auszusprechen. Und wir Erwachsene

müssen Kindern ihr Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung verdeutlichen und ihnen die Möglichkeiten dazu bieten. Wenn wir den jungen Menschen zuhören, von ihren Sorgen und Nöten wissen, wüssten wir genau was zu tun ist, um sie auf die Zukunft vorzubereiten, wir wüssten besser, was in der nächsten Krise zu tun ist.



# Gesellschaft im Dauerkrisenmodus – Was können Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen für Kinder und Jugendliche tun?

Seit Jahren überschlagen sich die Medien mit der Berichterstattung über Krisen:

- Klimakrise
- Coronapandemie
- Schulschließungen
- Krieg in der Ukraine
- Energiekrise
- Lehrkräftemangel
- Armut
- Inflation

Wir Erwachsene sahen und sehen täglich Bilder von demonstrierenden Jugendlichen, von Infektionszahlen und Pandemiemaßnahmen, von zerstörten Häusern und dem Krieg in der Ukraine, von der Gefahr eines „black outs“ bei Gas und Strom, von fehlenden Lehrkräften und Unterrichtsausfall in den Schulen oder von steigenden Preisen und Inflation.

## Was machen diese Bilder und Nachrichten mit uns?

Wir spüren Ängste, Kontrollverlust, Hilflosigkeit, Wut und Aggressionen, Abwehr (wir wollen diese Bilder nicht mehr sehen, die Nachrichten nicht mehr hören) oder sozialen Rückzug. Unsere Kinder spüren unsere Ängste, sie sehen auch die Bilder in den Medien und erleben das Gleiche: Ängste, Kontrollverlust, Ohnmachtsgefühle, Abwehr und sozialen Rückzug. Die Medien suchen die Sensationen und berichten immer wieder neu über Gefahren und Risiken. Und unsere Ängste werden durch die tägliche Berichterstattung immer wieder neu aktiviert und verstärkt. Doch diese Krisen erzeugen nicht nur Ängste, sondern motivieren auch zu Engagement, Mitgefühl und Handeln bei vielen Jugendlichen, wie uns Fridays for Future und viele andere Klimaaktivist\*innen zeigen. Andere sammeln Spenden für die Ukraine oder unterstützen geflüchtete Mitschülerinnen und Mitschüler. Handeln reduziert Ohnmachtsgefühle und Ängste.

## Schulschließungen

Seit dem zweiten Weltkrieg, seitdem die deutschen Städte in Schutt und Asche bombardiert worden waren, gab es keine Schulschließungen mehr über einen längeren Zeitraum. Doch die Kontaktbeschränkungen während der Pandemie haben dafür gesorgt, dass die Bildung der Kinder und Jugendlichen massiv eingeschränkt wurde. Der Präsenzunterricht an den Schulen in Deutschland fiel für mindestens 5–6 Wochen vollständig aus, danach gab es Wechsel- und Kleingruppenunterricht. Insgesamt fehlt den Schülerinnen und Schülern in Deutschland der Unterricht eines halben Schuljahres. Besonders gelitten haben die Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen, der Abgangsklassen in der Grundschule und die Abiturient\*innen. Der Gesundheitsschutz von Risikogruppen wurde von der Politik höher bewertet

als das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bildung. Weltweit waren 1,5 Milliarden Kinder von Schulschließungen betroffen. In einigen Ländern in Afrika (Kenia, Uganda) waren die Schulen über ein Jahr geschlossen. In vielen Ländern hatten die Schülerinnen und Schüler keinen Zugang zu Onlineunterricht.

## Folgen der Schulschließungen

An den Haupt- und Gesamtschulen zeigten rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler (57%) Schwierigkeiten mit dem selbstorganisierten Lernen zu Hause. Diejenigen, die bereits vor der Pandemie Lernschwierigkeiten und schlechte Schulleistungen hatten, die in ihren Familien wenig Unterstützung fanden, entwickelten deutliche Lernrückstände (Institut für Demoskopie 2021). Der IQB-Bildungstrend 2021 zeigt einen massiven Anstieg auf rund 20% der Viertklässler, die die Mindeststandards im Lesen, Zuhören und Mathematik nicht erreichen. In der Rechtschreibung sind es sogar 30%. (IQB 2022)

Doch es gab auch positive Folgen der Schulschließungen: Die Schülerinnen und Schüler mussten lernen, mehr Verantwortung für ihr eigenes Lernen zu übernehmen. Rund die Hälfte hatte einen Zuwachs an Selbständigkeit, in der Selbstorganisation, im Zeitmanagement und im Umgang mit digitalen Medien. Das waren die Kinder und Jugendlichen, die ohnehin gute Leistungen in der Schule hatten und in ihren Familien unterstützt wurden. 80% der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien hatten keine oder nur geringe Probleme mit dem Lernen zu Hause (Institut für Demoskopie 2021).

Die Schulschließungen sorgten nicht nur für Lernrückstände. Schule ist auch ein wichtiger Ort der sozialen Kommunikation. Die Kontaktbeschränkungen während der Pandemie führten zu einer sozialen Isolation vieler Kinder und Jugendlichen. Psychische Auffälligkeiten verstärkten sich deutlich. Ängstlichkeit erhöhte sich von 15 auf 30% bei den befragten Kindern und Jugendlichen, depressive Symptome von 10 auf 15% (Ravens-Sieberer 2021 und 2022). Die Trendstudie „Jugend in Deutschland“ stellt fest, dass mittlerweile das Thema „Krieg in Europa“ neben allen anderen Krisen 68% der Jugendlichen stark beschäftigt und zusätzliche Zukunftsängste auslöst (Schnetzer 2021/22).

## Wie reagieren Kinder und Jugendliche auf Krisen?

Der Krieg in der Ukraine oder die Klimakrise sind für Kinder und Jugendliche nicht unmittelbar erlebbar, sondern stellen eine abstrakte Bedrohung dar. Eine abstrakte Bedrohung in einer Sicherheitsgesellschaft, die überwiegend Wohlstand, Frieden und Wachstum kennt. Auch die Pandemie war für viele nur dann konkret, wenn sie selbst erkrankt waren oder Erkrankte kannten. Für einen Großteil der Bevölkerung war auch die Pandemie eine abstrakte Bedrohung. Abstrakte Bedrohungen führen zu Kontrollverlust. Die Folge sind Unsicherheit, Hilflosigkeit, Ohn-

machtsgefühle, Ängste, Zukunftsängste, Resignation, Aggressionen und Depressionen. Die Ängste der Eltern und Lehrkräfte übertragen sich auf die Kinder und Jugendlichen.

Für Kinder sind zwei Jahre Pandemie die Hälfte oder ein Drittel ihres bisherigen Lebens, d.h. ein sehr langer Zeitraum. Für Jugendliche sind dies zwei oder drei Jahre in einer wichtigen Phase ihrer Persönlichkeitsentwicklung, der Pubertät, die ohnehin Persönlichkeitskrisen auslösen kann. Kinder und Jugendliche haben weniger Erfahrungen als Erwachsene, um Krisen und Ohnmachtsgefühle zu bewältigen und zu verarbeiten. Die Krisen wirken daher für sie noch bedrohlicher als für uns Erwachsene.

## Familie als Schutz- und Resilienzfaktor

Kinder und Jugendliche suchen bei ihren Eltern, in ihren Familien Halt und Orientierung, das Gefühl der sozialen Sicherheit, Anerkennung und Wertschätzung, Erfolge und Zukunftspläne. Besonders in Krisen, besonders dann, wenn Lebenssituationen verwirrend, schwer verständlich und angstausslösend sind, brauchen Kinder und Jugendliche Halt, Orientierung und soziale Sicherheit.

Was können Eltern tun? Im Leben eines Kindes gibt es viele Formen von Verunsicherungen, die Ängste auslösen können: Misserfolge und schlechte Noten in der Schule, Konflikte mit Mitschülern, soziale Isolation u.v.a. Hinzu kommen aktuell die großen, weltpolitischen Krisen. Bei Misserfolgen in der Schule brauchen Kinder und Jugendliche Akzeptanz und Wertschätzung, das Gefühl, „meine Eltern akzeptieren auch meine Schwächen und Fehler“. Eltern sollten den Blick auf die Stärken ihres Kindes richten und ihnen sagen: „Ich helfe dir, ich unterstütze dich“. Gerade in Krisenzeiten, wenn Kinder und Jugendliche verunsichert sind und Zukunftsängste haben, sollten Eltern Optimismus und Zuversicht zeigen und ihre eigenen Ängste nicht auf die Kinder übertragen: „Ich bin da, wir stehen das zusammen durch.“ Auch Zeit für die Familie und die Kinder ist jetzt besonders wichtig. Die Kinder müssen das Gefühl haben, dass sie in ihren Familien, bei ihren Eltern soziale Unterstützung finden. All dies sind wichtige Resilienzfaktoren und stabilisieren die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

## Familie als Schutzfaktor in Krisen



Der Autor

### Klaus Seiffried

Lehrer, Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut und Schulpsychologiedirektor i.R.  
www.klausseiffried.de

## Schule als Schutz- und Resilienzfaktor

Die Schule kann auch ein wichtiger Resilienzfaktor im Leben von Kindern und Jugendlichen sein, besonders für Risikogruppen. Die Bedeutung der Schule wird dann besonders wichtig, wenn Kinder in Familien mit suchtkranken oder psychisch erkrankten Eltern aufwachsen, wenn die Eltern unter Armut leiden, bildungsfern sind oder wenig Zeit für ihre Kinder haben. Auch Kinder und Jugendliche mit Traumatisierungen können in der Schule einen heilsamen, sicheren Ort finden.

Die Schule kann stabilisierende Alltagsstrukturen bieten, die oft in Familien fehlen. Die Schule kann die Selbstständigkeit dieser Kinder und ihre Ablösung von einer krankmachenden Familiendynamik fördern, sie kann diesen Kindern und Jugendlichen Lernerfolge vermitteln und soziale Erfahrungen durch positive, stützende Beziehungen, Wertschätzung und Anerkennung bieten, wenn diese in ihren Familien fehlen.

Voraussetzung ist, dass Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher persönliche, vertrauensvolle Bindungen zu ihren Schülerinnen und Schülern ermöglichen, soziale Kompetenzen zum Beziehungsaufbau und zur Konfliktlösung haben. Die Pädagoginnen und Pädagogen brauchen dafür Zeit und Raum für Reflexion und Kommunikation im Schulalltag, der Beziehungsaufbau sollte an erster Stelle stehen, die Anforderungen sollten individualisiert und differenziert werden, damit möglichst viele, möglichst alle Schülerinnen und Schüler Lernerfolge haben. Die Pädagoginnen und Pädagogen sollten sensibilisiert sein für psychische Auffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern und bei Bedarf externe Unterstützung und Beratung durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Erziehungs- und Familienberatung oder die Kinder- und Jugendpsychiatrie vermitteln.



Wenn dies gelingt, wenn die Schule ein Ort der wertschätzenden Beziehungen und der Anerkennung wird, können Kinder und Jugendliche gerade in Krisenzeiten Ohnmachtsgefühle und Ängste abbauen und Selbstsicherheit zum Handeln entwickeln. Dann können sie gestärkt aus Krisen hervorgehen. Denn es ist auch eine wichtige Lebenserfahrung für Kinder und Jugendliche, Krisen zu bewältigen.

## Quellen

Bertelsmann Stiftung (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. www.bertelsmann-stiftung.de. Zugriff 24.1.2023

Institut für Demoskopie Allensbach (2021): Lernen in Zeiten von Corona. Ergebnisse einer Befragung von Schülern und Eltern von Kindern der Klassenstufen 5 bis 10 im Frühjahr 2021. www.telekom-stiftung.de. Zugriff 24.1.2023

IQB: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (2022): IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe.

https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/ Zugriff 24.1.2023

Ravens-Sieberer, Ulrike (2021): Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie: Ergebnisse der COPSYS-Studie. Eröffnungsvortrag Bundeskongress für Schulpsychologie 2021.

Ravens-Sieberer, Ulrike u.a. (2022): Child and Adolescent Mental Health During the COVID-19-Pandemic: Results of the Three-Wave Longitudinal COPSYS Study. In: Journal of Adolescent Health 71 (2022) 570e578

Schnetzer Simon, Hurrelmann Klaus (2021/22): Jugend in Deutschland – Trendstudie Winter 2021/22. Datajockey Verlag, Kempten.

# Programmieren lernen – die Deutsche Kinderhilfe macht's möglich

Mit dem Ziel, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit niedrigerem sozioökonomischen Status zu verbessern, führt die Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V. seit 2016 ihre Aktion „Bildung für ALLE“ durch.

Schulkinder aus Grund- und weiterführenden Schulen, deren Eltern Sozialleistungen beziehen, die aber dennoch keine Lernförderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets erhalten, können bei der Deutschen Kinderhilfe einen Antrag auf außerschulische Lernförderung stellen. Schon über 100 Kindern konnten wir mit unserer Aktion zu einem erfolgreicheren Bildungsweg verhelfen und jeden Monat werden es mehr. Dieses Nachhilfeangebot können wir Kindern aus benachteiligten Familien dank unserer Kooperation mit der Schülerhilfe, Deutschlands größtem Nachhilfeeinrichtung, unterbreiten. Damit möchten wir dazu beitragen, dass diesen Schüler\*innen der bildungsbedingte Aufstieg in die Mitte der Gesellschaft erleichtert wird. Unser Nachhilfeangebot steht nach wie vor allen Kindern und Jugendlichen offen, mehr noch: Wir konnten die Aktion „Bildung für ALLE“ im Jahr 2022 sogar noch erweitern.

Seit Mai 2022 bieten wir im Rahmen unseres erfolgreichen und bereits prämierten Projekts „Bildung für ALLE“ auch Programmierunterricht für Kinder aus finanziell schwächer gestellten Familien an. Hintergrund für die Ausweitung unseres Angebotes ist, dass in Deutschland bislang nur in den wenigsten Schulen das Programmieren vermittelt wird und Familien mit Sozialleistungsbezug ihren Kindern kostenpflichtige außerschulische Programmierkurse meist finanziell nicht ermöglichen können. Wir meinen: JEDES Kind sollte die Chance haben, Programmieren zu lernen und die Spielregeln der digitalen Welt zu verstehen. Daher fördern wir mit der Aktion „Bildung für ALLE“ Kinder aus Familien mit Sozialleistungsbezug ganz gezielt mit Programmierunterricht, sodass den Familien hierfür keinerlei Kosten entstehen.



Die Möglichkeit der Programmierausbildung bieten wir in Kooperation mit codary, einem digitalen Bildungsanbieter, an. Codary bringt Kindern zwischen 7 und 16 Jahren durch studentische Coaches in wöchentlichen Videocalls spielerisch und anwendungsorientiert relevante Programmiersprachen bei, zum Beispiel mit dem Computerspiel Minecraft. Die digitalen Präsenzkurse werden durch eine Lernplattform und eine mobile Lernapp unterstützt, die zur individuellen Wissensvermittlung, vertiefung und Projektarbeit zwischen den Kursterminen genutzt werden können.

Programmieren zählt – neben Lesen, Schreiben und Rechnen – schon heute und wird in Zukunft noch viel mehr zu den Grundfertigkeiten des Menschen gehören. Nehmen Sie daher gern unser Angebot wahr und lassen Sie Ihr Kind das Abenteuer Programmieren beginnen!

Sollten Sie Sozialleistungen beziehen und Ihr Kind Interesse daran haben, spielerisch programmieren zu lernen, dann können Sie über unsere Aktion „Bildung für ALLE“ eine Förderung beantragen. Das entsprechende Antragsformular finden Sie auf der nächsten Seite. Sie können es uns ausgefüllt gern per E-Mail an [info@kindervertretung.de](mailto:info@kindervertretung.de) oder per Post zusenden.



**Wichtig:** Sofern Sie Sozialleistungen beziehen, wird zur Bearbeitung Ihres Antrags die Vorlage des gültigen Bewilligungsbescheids benötigt. Bitte fügen Sie diesem Antrag Ihren Bescheid in Kopie bei.

## Antrag auf Gewährung eines außerschulischen Programmierkurses\* im Rahmen der Aktion „Bildung für ALLE“ der Deutschen Kinderhilfe e.V.

Von dem\*r Antragsteller\*in auszufüllen

- Erstantrag  Folgeantrag

Ich beziehe / mein Kind bezieht:

- SGB II (Hartz IV)  SGB XII (Sozialhilfe)  Asylbewerberleistungsgesetz  Wohngeld/ Kinderzuschlag  KEINE Leistungen\*

\*Sofern Sie keine Leistungen beziehen, fügen Sie dem Antrag bitte eine Aufstellung über ihre monatlichen Einnahmen sowie Aufwendungen für Miete, Heizung etc. bei.

Persönliche Angaben zum*r Schüler*in	Name _____
	Vorname _____ Geburtsdatum _____ Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w
Erziehungsberechtigte*r	Name, Vorname _____ Straße/Hausnr.: _____ PLZ, Ort _____ Tel.: _____ E-Mail: _____
	Schule des Kindes Name _____ Anschrift _____
	Klasse _____

An der Schule meines Kindes werden Programmierkurse angeboten:  ja  nein

Zutreffendes bitte ankreuzen:

<input type="checkbox"/>	Mein Kind möchte einen außerschulischen dreimonatigen Programmierkurs zum Zweck des Erlernens zukunftsrelevanter Kompetenzen besuchen. Ich beantrage daher die Kostenübernahme für die Kursteilnahme.
<input type="checkbox"/>	Meinem Kind steht für die Kursteilnahme ein Computer (mindestens Windows 7, MacOS 10.9 Mavericks, oder ähnliches), eine stabile Internetverbindung sowie eine Webcam und ein Mikrofon zur Verfügung.
<input type="checkbox"/>	Computer und Internet, den/das mein Kind für den digitalen Kurs nutzen wird, sind in der Lage, mehrere Programme und Videotools gleichzeitig zu nutzen.
<input type="checkbox"/>	Ich bin damit einverstanden, dass mein Antrag/ meine Unterlagen von der Deutschen Kinderhilfe geprüft werden.
<input type="checkbox"/>	Ich bin damit einverstanden, dass im Falle einer Kostenbewilligung die Kostenzusage an Codary, die im Rahmen der Aktion „Bildung für ALLE“ die Kurse unterrichten wird, weitergeleitet wird.

Wichtige Hinweise zum Datenschutz: Wir achten stets auf den sorgfältigen Umgang mit Ihren persönlichen Informationen. Ihre Daten nutzen wir nur insoweit, als es für die zweckmäßige Durchführung der Aktion „Bildung für ALLE“ notwendig ist.

**Erklärung:** Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller\*in

\*Um an einem Programmierkurs von Codary teilzunehmen, benötigt Ihr Kind keine Programmierkenntnisse.

# Kinderarmut in Krisenzeiten Pandemie, Energiekrise und Inflation

Obwohl viele Minderjährige betroffen waren, wurde das Problem der Kinder- und Jugendarmut hierzulande in Fachwissenschaft, etablierter Politik und (Medien-)Öffentlichkeit jahrzehntelang eher stiefmütterlich behandelt. Bis zur Jahrtausendwende war „Armut“ im vereinten Deutschland ein Tabuthema, das die Öffentlichkeit höchstens in der Vorweihnachtszeit bewegte. Meist nahm man die Kinderarmut gar nicht wahr, vielleicht auch deshalb, weil die Altersarmut in der Nachkriegszeit eindeutig dominiert hatte und das bei uns vorherrschende Armutsbild von den Hungerbäuchen und eingefallenen Gesichtern unterernährter Kinder in Entwicklungsländern geprägt ist.

Nachdem die im Volksmund als „Hartz IV“ bekannte Grundsicherung für Arbeitssuchende am 1. Januar 2005 in Kraft getreten war und das Problem verschärft hatte, avancierte die Kinderarmut vorübergehend zu einem Modethema in den Massenmedien, ohne dass ihr auf der politischen Ebene allerdings konsequent entgegengewirkt worden wäre. Durch einzelne Reformen wie die Verbesserung des Kinderzuschlages, des Wohngeldes und des Unterhaltsvorschusses wurden viele Familien zwar leicht über die Armutsschwelle gehoben, aber nicht aus der Problemzone einer prekären Existenz herausgeführt.

Man hoffte offenbar, die Kinderarmut hauptsächlich durch bürgerschaftliches, zivilgesellschaftliches Engagement unter Kontrolle halten zu können. Schließlich erscheint die Armut von Kindern hierzulande weniger spektakulär als dort, wo Menschen auf der Straße verhungern. Man beruhigt sich denn auch meist damit und glaubt, dass es sich weniger um materielle Not als um fehlende Zuwendung, Verwahrlosung oder einen Zustand der Vernachlässigung durch die Eltern handle. Dabei haben es arme Kinder in einem reichen Land manchmal schwerer als in einer Gesellschaft, die ihren Mitgliedern nur das Allernötigste zu bieten hat: Wer in der Wellblechhütte eines Entwicklungslandes heranwächst, muss sich jedenfalls nicht für seine Armut rechtfertigen, wer hierzulande in einer Hochhaussiedlung aufwächst, aber schon.

Nur selten wird Kinderarmut als ein strukturelles Problem begriffen, das mit dem bestehenden Wirtschaftssystem, den privaten Eigentumsverhältnissen und den ungerechten Verteilungsmechanismen zu tun hat. Würde man es nicht aus seinen gesamtgesellschaftlichen Bezügen herauslösen, wäre für die Öffentlichkeit deutlicher erkennbar, dass es sich bei armen Jungen und Mädchen um Kinder der Ungleichheit handelt. Wer über die reichen Kinder nicht sprechen will, sollte auch über die armen Kinder schweigen. Und wer die Armut vieler Kinder wirksam bekämpfen will, muss den Reichtum antasten.

## Die jüngsten Entwicklungstendenzen und Wandlungsprozesse der (Kinder-)Armut

Seit dem Frühjahr 2020 haben sich die Lebensbedingungen zahlreicher Familien in Deutschland zum Teil drastisch verschlechtert, weil sich die Krisenphänomene häuften und verschärften. Mit der Covid-19-Pandemie setzten inflationäre Tendenzen ein,

die sich mit dem Ukrainekrieg verschärften. Lebensmittelteufeln, Pfandleihhäuser und Schuldnerberatungsstellen sind dem Ansturm kaum noch gewachsen. Und die Angst vor einem sozialen Abstieg oder Absturz breitet sich längst auch in weiten Teilen der Mittelschicht aus.

Aufgrund der Energiepreisexplosion, der anhaltenden Inflation und der sich abzeichnenden Rezession sind mit Blick auf die Familien bzw. deren Kinder folgende Trends festzustellen:

- 1) Als von relativer (Einkommens-)Armut betroffen oder bedroht gilt laut einer EU-Konvention, wer in einem Mitgliedsstaat weniger als 60% des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Diese sog. Armutsrisikoschwelle lag 2021 hierzulande bei monatlich 1.148 Euro für Alleinstehende, bei monatlich 1.492 Euro für Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren und bei monatlich 2.410 Euro für ein Elternpaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren. Im zweiten Pandemiejahr wurden mit 16,6% der Bevölkerung oder 13,8 Millionen Betroffenen ein neuer Höchststand erreicht. Ein noch höheres Armutsrisiko wiesen Alleinerziehende mit 41,6% und Mehrkinderfamilien mit 31,6% auf. Von den knapp 13,9 Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland wuchsen über 2,9 Millionen in einer armutsgefährdeten Familie auf. Dies entsprach 20,8% aller Minderjährigen. Knapp 1,8 Millionen befanden sich im Sozialgeldbezug (Hartz IV), was 12,7% entsprach. Zu befürchten ist, dass die Zahl der armutsgefährdeten oder -betroffenen Familien aufgrund krisenbedingter Einkommensverluste in naher Zukunft weiter steigt.
- 2) Aufgrund der Energiepreisexplosion und anhaltender Mietsteigerungen dürfte die Zahl der Wohnungskündigungen, Räumungsklagen und Zwangsräumungen erheblich zunehmen. Steigen wird daher vermutlich auch die Zahl der Wohnungslosen, welche man für das Jahr 2020 auf 256.000, und die Zahl der Obdachlosen, welche man für das Jahr 2020 auf 45.000 schätzt. Falls relative Armut verstärkt in absolute, existenzielle oder extreme Armut umschlägt, werden Not und Elend deutlicher im Stadtbild sichtbar. Dazu gehören schon heute Bettler\*innen, Flaschensammler\*innen und Verkäufer\*innen von Straßenzeitungen. Darunter sind zwar nur relativ wenige Personen mit Kindern, aber auch die Zahl der sog. Straßenkinder, bei denen es sich meist um Jugendliche handelt, nimmt zu.
- 3) Gleichzeitig wächst die statistisch nicht erfasste und auch nur schwer erfassbare, weil eher verborgene, Armut solcher Familien, deren Einkommen zwar über der Armutsrisikoschwelle liegt, aber wegen steigender Ausgaben trotzdem nicht mehr ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Selbst wenn zwei Elternteile vollzeiterwerbstätig sind, ist es möglich, dass sie nicht mehr wie bisher über die Runden kommen. Energiearmut, von der man spricht, wenn die Kosten für Haushaltsenergie mehr als 10% des Nettoeinkommens verschlingen, kann zur neuen Normalität werden. Zu befürchten ist, dass sich Wohn-, Energie- und Ernährungsarmut zu der sozialen Frage schlechthin entwickeln, die Kinder noch härter trifft als Erwachsene.

## Maßnahmen zur Reduktion von Kinder- und Familienarmut

Zwar können Liquiditätshilfen und Entlastungspakete zur Bewältigung akuter Notlagen während einer Wirtschaftskrise, einer Pandemie oder einer Inflation beitragen, aber nicht für immer verhindern, dass finanzschwache Familien in Schwierigkeiten geraten. Nötig ist ein inklusiver Sozialstaat, der arme Familien wirksamer unterstützt und ihre Kinder stärker fördert. Um ein höheres Maß an Chancengleichheit zu verwirklichen, ist beispielsweise der freie Zugang zu sämtlichen Bildungseinrichtungen unabdingbar, was wiederum die Bereitstellung materieller Ressourcen für Familien voraussetzt, die darüber nicht selbst verfügen. Statt alle Eltern materiell besser zu stellen, müssen sozial benachteiligte Kinder stärker gefördert werden. Hierbei sollte ihre Unterstützung unabhängig von der Familienform wie von der Erwerbsbiografie der Eltern erfolgen.

Wer die soziale Ungleichheit der Kinder verringern und zugleich verhindern will, dass sich die Gesellschaft noch tiefer als bisher spaltet, muss für Umverteilung von oben nach unten sein, weil Armutsbekämpfung viel Geld kostet. Um die Handikaps der Kinder aus sozial benachteiligten Familien im Wohn-, Bildungs-, Gesundheits-, Sport- und Freizeitbereich ausgleichen zu können, braucht man erheblich mehr Finanzmittel, als sie ein Staat mobilisieren kann, der Steuererhöhungen unabhängig davon, wer sie aufbringen muss, dogmatisch ausschließt.

Um soziale Ungleichheit zu verringern, ist eine Neuordnung des Familienlasten- bzw. -leistungsausgleichs nach folgenden Kriterien nötig: Transferleistungen und steuerliche Freistellungen müssen sich an einem einheitlichen soziokulturellen Mindestbedarf für Kinder orientieren; sie dürfen nicht zu unterschiedlichen Entlastungs- und Unterstützungsleistungen führen, also Familien mit niedrigeren Einkommen benachteiligen; um die Verarmung von Kindern auszuschließen, bedarf es eines Transferleistungssystems, das niemanden diskriminiert oder stigmatisiert. Außerdem muss die soziale Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur so weit entwickelt werden, dass alle Kinder optimale Entwicklungsmöglichkeiten haben. Betreuungs- und Bildungsangebote für sozial benachteiligte Familien sind im Zweifelsfall wirksamer als eine weitere Anhebung des Kindergeldes bzw. steuerlicher Freibeträge.

Die knappen Finanzen vieler Städte und Gemeinden verhindern jedoch mancherorts eine solide Ausstattung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der sozialen Infrastruktur wie Sozialdienste, Anlauf- oder Beratungsstellen, während Investitionsstaus, Personalengpässe und Fachkräftemangel, ungedeckte Beratungsbedarfe und Wartelisten zunehmen. Eine um ihre Zukunft besorgte Gesellschaft darf nicht zulassen, dass kommunale Infrastrukturangebote aufgrund staatlicher Sparmaßnahmen und leerer öffentlicher Kassen weiter verringert werden. Finanziell ausgeblutete, oft dem Haushaltssicherungsrecht unterworfen Städte und Gemeinden, in denen der Kämmerer statt der zuständigen Fachdezernent\*innen die Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik macht, sind kaum in der Lage, armen Kindern bzw. Familien durch die Einrichtung kommunaler Lernmittelfonds oder Sozialtarife bzw. -tickets den günstigen Bezug von Gas und Strom, die freie Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie den regelmäßigen Besuch von Schwimmbädern, Zoos, Theatern und Museen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern.

Gemeinden sind gehalten, Ressourcen für die soziale und kindbezogene Infrastruktur gezielt in benachteiligte Quartiere zu lenken. Eine solche Strategie des Infrastrukturausbaus sollte idealerweise mit einer regionalen und Stadtentwicklungs- sowie Wohnungspolitik verknüpft sein, die darauf abzielt, durch Aufwertungsmaßnahmen in einigen Quartieren und Stadtteilen gleichwertige(re) Lebensverhältnisse in der Stadt, in der Region und im ganzen Land herzustellen, um das weitere Auseinanderdriften der kindlichen Lebenswelten zu stoppen.

Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie besser finanziert und ausgebaut werden sollten. Ganztagschulen, die preisgünstig oder kostenlos zur Verfügung gestellte Kindergärten-, Krippen- und Hortplätze ergänzen sollten, haben einen Doppelleffekt: Einerseits können von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert werden, andererseits ihre Eltern leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme besser meistern lässt. Außerdem muss das herkömmlich gegliederte Schulsystem durch ein inklusives Schulsystem ersetzt werden. Ziel wäre „eine Schule für alle“ von der ersten Klasse bis zur Jahrgangsstufe 10 bzw. 13 nach skandinavischem Vorbild, um damit den für die Entstehung von Bildungsungleichheit bedeutsamsten selektiven Übergang von Grund- auf weiterführende Schulformen ganz abzuschaffen.

Zwar ist Bildung kein Patentrezept im Kampf gegen die Armut, sie kann aber gerade im Zeichen der Globalisierung, wo eine hohe Qualifikation des Humankapitals als „Standortfaktor“ fungiert, zur Verbesserung der Aufstiegschancen von Kindern beitragen, allerdings nur dann, wenn sie nicht Marktgesetzen bzw. privaten Verwertungsinteressen unterworfen und für eine zahlungskräftige Kundschaft reserviert wird. Als konstitutiver Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss Bildung in staatlicher Hand und damit allen Kindern gleichermaßen zugänglich sein. Selbst dann ist sie jedoch nur ein begrenzt taugliches Mittel gegen Armut und soziale Ungleichheit, denn Bildung kann zwar durch soziale Diskriminierung entstandene Partizipationsdefizite junger Menschen mildern, allerdings nicht verhindern, dass materielle Ungleichgewichte auf deren spätere Arbeits- und Lebensbedingungen durchschlagen.



### Die Autor\*innen

#### Prof. Dr. Christoph Butterwegge

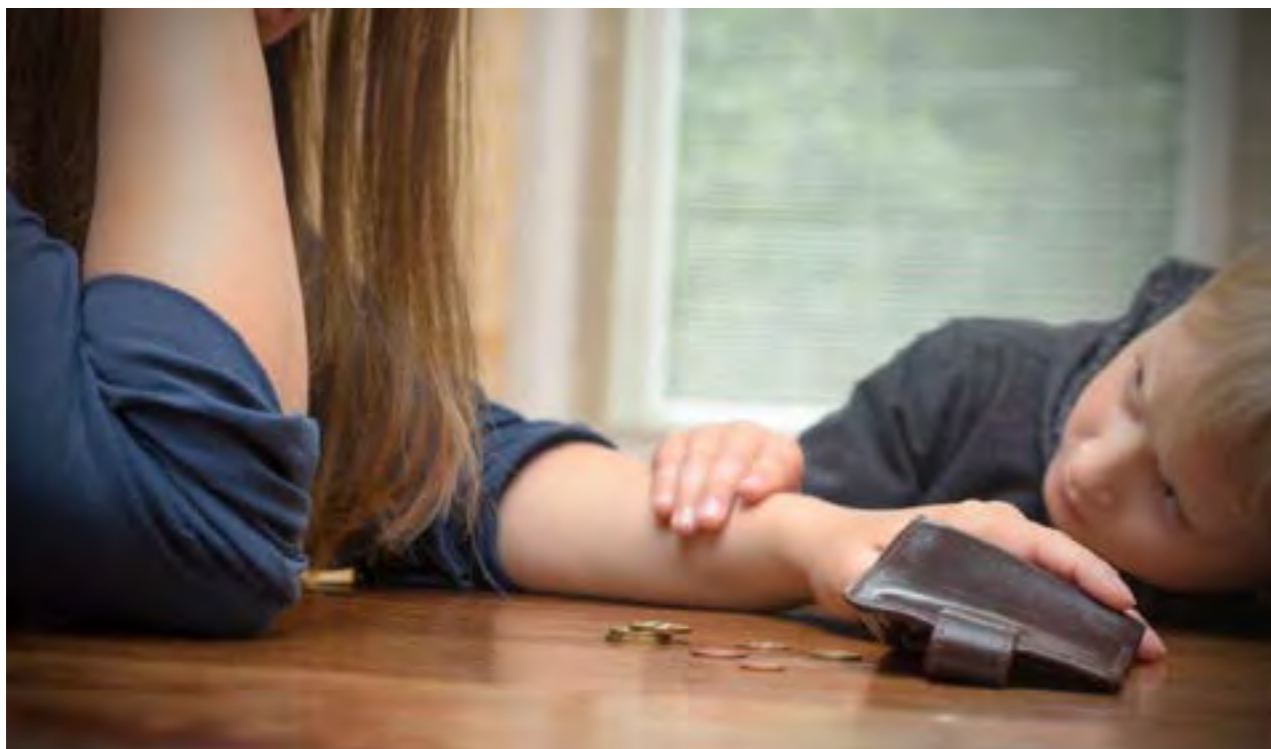
hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt.

#### Dr. Carolin Butterwegge

ist Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität zu Köln.

Zusammen haben sie das Buch „Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt“ veröffentlicht.

# Kinderarmut in Krisenzeiten wirksam bekämpfen



Artikel 26 der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterzeichnet hat, postuliert, dass jedes Kind das Recht auf soziale Sicherheit hat. Jedes Land, das die Konvention unterzeichnet hat, muss dafür sorgen, dass die in ihm lebenden Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen. Ergänzt wird dies durch Artikel 27 der UN-Kinderrechtskonvention, der das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard anerkennt. Hinzu kommt die Europäische Kindergarantie, der sich auch Deutschland verschrieben hat. Danach soll jedem Kind in Europa der Zugang zu Erziehung, Betreuung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnraum garantiert werden.

Und dennoch steigt die Kinderarmut in Deutschland weiter an. Jedes 5. Kind ist in Deutschland von Armut betroffen. Verglichen mit 2015 ist die Kinderarmutsgefährdungsquote in den Corona-Jahren 2020 und 2021 noch einmal deutlich gestiegen. Während die Armutsquote 2015 noch bei 19,7% lag, wuchs sie bis 2020 um 0,7% auf 20,4% und steigerte sich nochmals um 0,4% auf 20,8% im Jahr 2021.<sup>1</sup> Damit steigt nicht nur die Armut bei Kindern weiter an, sie schreitet vor allem schneller voran als in den Jahren davor. Das sind fast 3 Millionen Kinder in einem der reichsten Länder der Erde.

Kinderarmut, das ist vor allem Familienarmut. Das Armutsrisiko bei Kindern von Alleinerziehenden, Kindern in Mehrkinderfamilien, Kindern aus Familien mit nichtdeutscher Herkunft oder Kindern von Eltern mit einem niedrigen Bildungsgrad ist besonders hoch. Kinderarmut ist aber auch ortsabhängig. Ein Kind, das in Bremen lebt, hat ein deutlich höheres Armutsrisiko als

ein Kind aus Bayern. Kinderarmut ist häufig ein langanhaltender Zustand. Das heißt, die Kinder sind für mehrere Jahre oder sogar lebenslang von Armut betroffen.

SARS-CoV-2, die Inflation und die Energiekrise haben die Ungleichheit und Kinderarmut noch einmal verschärft. Das Risiko arm zu werden ist mittlerweile in die Mitte der Gesellschaft vorgestoßen. Armut betrifft nicht mehr nur Randgruppen, sondern bedroht eine breite und wachsende Zahl der (ehemals) zur Mittelschicht gehörenden Bevölkerung. Während der Pandemie arbeiteten viele Arbeitnehmer\*innen in Kurzarbeit, so dass das Einkommen spürbar sank und sich die finanzielle Lage in den Familien mit Kindern verschlechterte. Erkennbar ist dies auch an der wachsenden Zahl von Menschen, die zur Tafel gehen. Nach Angaben der Tafeln sind die Besucher\*innenzahlen seit Jahresbeginn bundesweit etwa um die Hälfte gestiegen. In Berlin, wo auch viele ukrainische Flüchtlinge zuerst eintreffen, sind es noch mehr. Anfang des Jahres 2022 kamen pro Monat noch etwa 40.000 Menschen zu den 47 Berliner Tafeln, im Herbst 2022 waren es deutlich über 70.000. Besonders häufig nutzen Alleinerziehende und Paare mit Kindern die Tafeln. Ein Viertel der Menschen, die von den Tafeln profitierten, sind Kinder.

Während des Lockdowns gab es viele kostenfreie Angebote nicht mehr, die Kindern in Armut normalerweise zur Verfügung stehen. So fiel von Mitte März bis Mitte Dezember 2020 das im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes kostenfrei zur Verfügung gestellte Mittagessen weg. Zwar konnte ab Mai 2020 das Essen auch nach Hause geliefert werden, doch das ließ sich nicht immer organisieren. Gerade bei Familien in ländlichen Gegenden

war es nicht immer möglich, das Mittagessen auch auszuliefern. Familien im Hartz-IV-Bezug konnten die zusätzlichen Kosten durch Hygieneartikel, wie zum Beispiel Masken, schwerer stemmen, da die Einmalzahlungen erst mit erheblichen Verzögerungen eintrafen.

## Wie sieht Kinderarmut in Deutschland aus?

Kinderarmut in Deutschland wird als relative Armut bezeichnet. Das heißt, das Einkommen der Eltern ist geringer als 60% des Durchschnittseinkommens oder die Eltern sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Armut lässt sich zuvorderst anhand der finanziellen Rahmenbedingungen darstellen. Der Regelsatz im Hartz-IV-Bezug pro Kind unter 14 Jahren beträgt 311 Euro monatlich. Hinzu kommt noch das Bildungspaket. So stehen beispielsweise für den persönlichen Schulbedarf einmal im Jahr 156 Euro zur Verfügung. Für Kultur, Sport und Freizeit stehen den Kindern 15 Euro pro Monat zur Verfügung. Das Kindergeld wird jedoch als Einkommen des Kindes auf den Bezug angerechnet. Dass damit eine Ungleichbehandlung entsteht und die Schere zwischen armen und reichen Kindern weiter aufgeht, wird schnell klar. Um der Energiekrise besser zu begegnen, wird seit Juli 2022 noch zusätzlich ein Sofortzuschlag von 20 Euro pro Monat ausbezahlt, mit dem Ziel von Armut betroffene Kinder besser zu unterstützen, bis die Kindergrundsicherung kommt. Das ist ein erster Schritt, aber viel zu wenig, um arme Kinder in der Krise zu unterstützen.

Armut ist aber nicht nur ein finanzielles Problem. Besonders problematisch sind die Folgeerscheinungen der finanziellen Mangellage.

**Armut schließt Kinder aus.** Für Kinder bedeutet Armut vor allem einen Mangel an sozialer Teilhabe. Kinder in Armut werden häufig sozial isoliert. Sie bekommen seltener Besuch von Freunden, weil die Wohnung zu klein ist oder das Kind kein eigenes Zimmer hat oder einfach aus Scham. Einladungen zu Kindergeburtstagen können nicht angenommen werden, weil kein Geld für Geburtstagsgeschenke zur Verfügung steht oder die Eltern sie nicht hinbringen können. Musikunterricht oder Sportaktivitäten sind oft zu teuer. Hinzu kommt auch hier, dass die Kinder oft von ihren Eltern nicht hingebacht werden können, da viele kein Auto besitzen. In den Sommerferien können sie nicht in den Urlaub fahren.

**Armut macht Kinder krank.** Arme Kinder sind häufiger krank und leiden in Folge häufiger an psychologischen Problemen. Das hat sich gerade während der Corona-Pandemie gezeigt.

**Armut raubt Kindern ihre Zukunft.** Kinderarmut bedeutet häufig einen Mangel an Bildung. Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, erzielen im Durchschnitt geringere Bildungsabschlüsse und haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Armut bedeutet einen Mangel an Zuversicht. Kinder, die in Armut aufwachsen, sehen keinen Ausweg und keine Perspektive für die Zukunft.

## Was sind die Ursachen von Kinderarmut?

Die Ursachen von Kinderarmut sind vielfältig. Vorrangig ist Armut durch die Arbeitslosigkeit der Eltern bedingt. Aber auch Eltern in einem festen Arbeitsverhältnis verdienen zum Teil nicht genug, so dass sie zusätzliche staatliche Leistungen beantragen. Es gibt aber auch geringverdienende Familien, die aus Scham oder aus Unkenntnis nicht auf Staatsleistungen zurückgreifen, so dass hier von versteckter Armut gesprochen wird. In der Forschung werden bestimmte Risikofaktoren genannt, die das Armutsrisiko von Kindern erhöhen. Dazu gehören das Bil-

dungsniveau der Eltern, der Migrationshintergrund, ob Kinder bei Alleinerziehenden und/oder in Mehrkinderfamilien aufwachsen. Je mehr Faktoren auf ein Kind zutreffen, umso größer ist das Risiko, in Armut aufzuwachsen. Die Pandemie und die Energiekrise wirken in diesen multikausalen Risikoketten von Armut wie Brandbeschleuniger. Familien mit Kindern, die bisher gerade über die Runden gekommen sind, sind nun auch von Armut bedroht. So ist es auch zu erklären, dass die Zahl der von Armut betroffenen Alleinerziehenden in den letzten zwei Jahren von 70% auf aktuell (2022) 86% gestiegen ist.

## Was ist zu tun?

Kinderarmut ist ein strukturelles Problem und lässt sich nur mit einem ganzheitlichen Ansatz bekämpfen. In Deutschland gibt es 150 verschiedene staatliche Familienleistungen. Dabei werden Kinder bisher sehr ungleich gefördert. Insbesondere Besserverdienende profitieren vom Kinderfreibetrag, während Familien im Hartz-IV-Bezug das Kindergeld auf ihre Bezüge angerechnet bekommen. Kein Kind darf aufgrund seiner Herkunft benachteiligt werden.

## 1. Säule Kindergrundsicherung

Bisher wurde vor allem durch Einzelleistungen versucht, Familien mit Kindern zu unterstützen. Nun plant die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode eine Kindergrundsicherung. Hier soll zum einen ein Großteil der Leistungen gebündelt und zum anderen jedes Kind sozial gerecht gefördert werden.

### Die Deutsche Kinderhilfe fordert...

- die Neuberechnung des Existenzminimums, da bisher bei der Berechnung nicht klar zwischen dem Bedarf von Kindern und Erwachsenen unterschieden wird.
- die Kindergrundsicherung bis zur Neuberechnung des Existenzminimums für Kinder dem Regelsatz des Bürgergeldes zu entsprechen. Der Betrag sollte einen Anpassungsmechanismus an die Inflation haben, um Preissteigerungen zeitnah zu berücksichtigen.
- die Kindergrundsicherung gerecht auszugestalten. Mit steigendem Einkommen der Eltern sollte die Kindergrundsicherung abgeschmolzen werden.
- die Leistungen für Bildung, Betreuung und Erziehung gebührenfrei zur Verfügung zu stellen.
- Mehrbedarfe für kranke und behinderte Kinder weiterhin zusätzlich zu gewähren.
- die Leistungen für alle Kinder bis zum 18. Geburtstag zu zahlen. Junge Erwachsene in Ausbildung erhalten wie beim Kindergeld bis zum 25. Geburtstag den Mindestbetrag der Kindergrundsicherung.
- allen Kindern einen Rechtsanspruch auf Bildung und Teilhabe zu gewähren.
- ein Kinderchancenportal zu etablieren, um allen Kindern eine Möglichkeit für eine Freizeitgestaltung zu geben.
- allen Kindern Zugriff auf das Chancenportal zu ermöglichen, indem in den Schulen eine Anleitung erfolgt.

## 2. Säule: Starke Infrastruktur

Parallel zur Kindergrundsicherung bedarf es einer starken Infrastruktur. Qualitativ hochwertige Bildungs- und Freizeitangebote vor Ort, ein Betreuungs- und Erziehungssystem, das allen Kindern die gleichen Chancen einräumt, stärken die Präventionsketten gegen Kinderarmut und schützen langfristig. Kinder, die eine hochwertige Bildung und Betreuung erhalten, entfalten ihre Potenziale besser und haben eine Chance, ihre Zukunft positiv zu gestalten. Zur Infrastruktur gehört aber auch Wohnraum für Familien. Gerade beengtes Wohnen belastete während der Corona-Pandemie Familien mit Kindern. Viele Kinder hatten und haben keinen Raum, in den sie sich zurückziehen können, um Hausaufgaben zu machen oder zu spielen. Noch dramatischer sieht es für Familien mit Kindern aus, die wohnungslos sind. Laut einer Statistik des Bundesamtes für Statistik lebten 2021 etwa 59.000 innerhalb eines gemeinsamen Haushalts als Familie oder Paar mit Kindern in einer Unterkunft. In einem Alleinerziehenden-Haushalt lebten weitere 23.000 Menschen ohne Wohnung.

### Die Deutsche Kinderhilfe fordert...

- dass die Kindergrundsicherung nicht zu Lasten eines geringeren Ausbaus der Infrastruktur gehen darf, sie muss Hand in Hand mit der Kindergrundsicherung voranschreiten.
- dass die Förderung des Programms Sprachkitas weiterfinanziert wird. Auch wenn der Bund das Gute-Kita-Gesetz in Angriff genommen hat, ist die Zukunft der Sprachkitas damit längst nicht gesichert. Gerade für arme Kinder sind der frühe Zugang zu Bildung, längere Betreuungszeiten und Kleingruppen in den Kitas wichtig, weil zu Hause die Möglichkeiten für die Förderung fehlen.
- bezahlbaren Wohnraum für Familien und damit Zugang zu Wohnraum auszubauen. Dafür braucht es dringend Investitionen in den sozialen Wohnungsbau.

## 3. Säule: Bürgergeld

Wie bereits erwähnt, ist die häufigste Ursache von Kinderarmut die Arbeitslosigkeit von Eltern, die in Krisenzeiten auch noch deutlich wächst. Deshalb kann Kinderarmut auch nicht losgelöst von den Familien betrachtet werden. Um Kinderarmut zu bekämpfen, bedarf es neben einer Kindergrundsicherung und einer starken Infrastruktur einer dritten Säule, nämlich starke Eltern. Wenn Eltern sich im Hartz-IV-Bezug befinden, wird es nicht reichen, die Kinder allein aus diesem Bezug herauszulösen. Nur ein ganzheitlicher Ansatz kann Armut bekämpfen. Die Bundesregierung plant die Sozialbezüge zu reformieren und Hartz IV in ein Bürgergeld umzuwandeln. Der Regelsatz des Bürgergeldes soll 502 Euro betragen. Das ist eine Erhöhung um 52 Euro. Weiterhin soll die Teilhabe und Würde geachtet werden und die Arbeitsmarktintegration im Vordergrund stehen. Die Eingliederungsvereinbarung soll von einem Kooperationsplan abgelöst werden und eine ganzheitliche Betreuung sichern. Mit Anreizen wie dem Bürgergeldbonus, der Weiterbildungsprämie und dem Weiterbildungsgeld soll ein besserer Zugang zur Weiterbildung gewährleistet werden. Aber entscheidend für den Erfolg der Re-

form wird sein, wie und ob Arbeitslose wieder in Arbeit gebracht werden können. Dazu bedarf es vor allem für Eltern, die über keinen Berufsabschluss oder keinen Bildungsabschluss verfügen, besserer Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

### Die Deutsche Kinderhilfe fordert...

- Ausbildung und Weiterbildung als vorrangig gegenüber der Eingliederung zu betrachten. Nur wer einen qualifizierten Abschluss hat, kann sich langfristig aus dem Bezugssystem lösen.
- die besonderen Herausforderungen und Anforderungen von Eltern bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Die Betreuungsfrage ist hier ein ebenso wichtiger Punkt wie zeitlich flexible Arbeitsmodelle, um die Erwerbsfähigkeit zu stärken.
- die Anhebung des Regelsatzes auf 502 Euro nur als einen ersten Schritt zu verstehen, der durch eine unterjährige Anpassung ergänzt wird, um auf starke Preissteigerungen schnell reagieren zu können.
- um eine persönliche und individuelle Betreuung der Arbeitssuchenden sicherzustellen, muss ein guter Betreuungsschlüssel bei den Jobcentern gewährleistet sein.
- die Aufhebung des Vermittlungsvorrangs als ein wichtiger Schritt, um Menschen nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- Bürgergeld und Kindergrundsicherung eng aufeinander abzustimmen.

Als Grundlage für die drei Säulen, die der Bekämpfung von Kinderarmut dienen, muss die europäische Kindergarantie umgesetzt werden. Hierin hat sich Deutschland mitverpflichtet, jedem Kind in Europa den Zugang zu Erziehung, Betreuung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnraum zu garantieren. Als zentrale Maßnahme wird hier das Recht der Kinder, ihr Potenzial unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund voll auszuschöpfen, gesehen.

## Auszug aus der europäischen Kindergarantie

**Recht der Kinder, ihr Potenzial unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund voll auszuschöpfen:** Die Kommission strebt eine Europäische Kindergarantie zur Bekämpfung der Kinderarmut und der sozialen Exklusion an. Die Kommission wird zudem auf Themen wie die mentale Gesundheit von Kindern eingehen und an der Förderung gesunder und nachhaltiger Lebensmittel in Schulen in der EU mitarbeiten. Die Kommission wird sich um bessere EU-weite Standards für frühkindliche Bildung und Betreuung und den Aufbau einer inklusiven, hochwertigen Bildung bemühen.

Für die Umsetzung wurde eine Chancenkoordinatorin ernannt, die sich vorrangig mit der Umsetzung der Kindergarantie befasst. Bis 2030 sollen sich die Bedingungen für in Armut lebende Kinder deutlich verbessert haben. Ob der Bundesregierung bis dahin eine Trendwende gelingt und die Kinderarmut deutlich sinkt, wird vor allem auch davon abhängen, wann die Kindergrundsicherung kommt. Deshalb fordern wir noch in dieser Legislaturperiode die Kindergrundsicherung einzuführen.

<sup>1</sup>Mikrozensus



Die Autorin:

Dr. Luisa Becker-Ritterspach

Referentin bei der Deutschen Kinderhilfe –  
Die ständige Kindervertretung e. V.,  
Dipl. Politologin

# Wer etwas zu sagen hat, wird gerne zitiert.

## Die Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e. V. in der Presse.

Mit über 350.000 erreichten Leser\*innen im Zeitraum von Januar bis August 2021 sind wir in den Medien Online und Print reichweitenstark präsent.

Qualitativ, hochwertig und aktuell.



# Ernährungsarmut – Ursachen und Folgen

Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (WBAE) hat in seinem kürzlich erstellten Gutachten zur nachhaltigen Ernährung die fehlenden Möglichkeiten armer Familien, eine ausgewogene und damit gesunde Ernährung sicherzustellen, als Ernährungsarmut bezeichnet (1). Diese Ernährungsarmut betrifft in erster Linie Kinder!

## Kinder in Armut

Zurzeit (2021) leben 20,8% (2,8 Millionen) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut. Die meisten dieser Kinder (je nach Bundesland zwischen 40 bis 55%) leben in alleinerziehenden Familien und dabei in den meisten Fällen mit zwei und mehr Geschwistern (2). Das bedeutet nicht nur soziale und psychische Probleme, sondern auch, dass eine gesunde Ernährung bei diesen Kindern kaum sichergestellt werden kann. Je nach Alter kann das Folgen für die physische wie psychische Entwicklung haben.

## Was ist eine gesunde Ernährung für Kinder?

Eine gesunde Ernährung bedeutet eine dem Alter entsprechende ausreichende Quantität (Kalorien) und Qualität (Mikronährstoffdichte: Vitamine, Minerale, Spurenelemente). Gesunde Ernährung ist eine Ernährung, die nicht krank macht, d.h., der nichts fehlt und die so eine altersentsprechende Entwicklung sicherstellt. Sind einige Mikronährstoffe in den wichtigen Entwicklungsphasen der Kinder nicht ausreichend und dauerhaft vorhanden, so kann dies Konsequenzen haben. Dies betrifft vor allem die Phase des 1.000-Tage-Fensters (vom Anfang der Schwangerschaft bis Ende 2. Lebensjahr), gilt aber auch in den Jahren danach (3).

## Was hat das mit dem Einkommen zu tun?

In verschiedenen wissenschaftlichen Studien konnte gezeigt werden, dass preisgünstige Lebensmittel oft energiereich, aber gleichzeitig relativ arm an essenziellen Nährstoffen sind, und eine Zunahme der Mikronährstoffdichte mit sinkender Energie und steigenden Preisen verbunden ist (4–7). Was billig ist bringt viel Energie und wenig Mikronährstoffe, was weniger preiswert ist umso mehr Mikronährstoffe und weniger Energie.

Ernährung von Kindern in Familien mit ALG II-Bezug ist häufig arm an essenziellen Mikronährstoffen, aber reich an Energie. Am häufigsten finden sich vor allem in der ärmeren Bevölkerung weltweit Defizite an Vitamin A, D, Folsäure sowie Eisen, Zink und Jod (8). Eine vor kurzem veröffentlichte Studie, die die Mikronährstoffversorgung gesunder deutscher Kinder zwischen 10 und 36 Monaten untersucht, zeigt, dass die Versorgung mit einer Reihe von Mikronährstoffen (Vitamin D, Eisen, Zink, Jod) teilweise deutlich unterhalb der Empfehlungen für diese Altersgruppe liegt (9). Eine Studie in fünf europäischen Ländern (Deutschland, Belgien, Italien, Polen und Spanien) kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem die Versorgung von Kindern bis zum 8. Lebensjahr mit Kalzium, Eisen, Jod, Zink, Folsäure, Vitamin D und B12 suboptimal bzw. nicht adäquat ist (10).

Die VeChi Studie (Kinder und Jugendliche) beschreibt eine häufige Unterversorgung mit den Vitaminen D und B2 (11). Mit zunehmender Abweichung der Nährstoffzufuhr von den Referenzwerten nimmt das Risiko für eine unzureichende Versorgung zu. Eine solche unzureichende Versorgung kann durch Analysen im Blut kaum frühzeitig erfasst werden, da erst der ausgeprägte Mangel nach längerer Zeit eine sichere Aussage erlaubt (12, 13). Ist die Lebensmittelwahl einseitig, mit einem hohen Anteil an preisgünstigen, aber kalorienreichen Lebensmitteln (z.B. stärkehaltige Lebensmittel, hoch verarbeitete Lebensmittel), so kann es zu einer sogenannten Doppelbelastung kommen: Übergewicht verbunden mit Mangelversorgung an Mikronährstoffen (14, 15). Den stärksten Einfluss auf das kindliche Übergewicht hatte ein niedriger sozialer Status (16, 17).

Durch Defizite an einzelnen Mikronährstoffen können die körperliche wie kognitive Entwicklung eines Kindes beeinträchtigt werden.

## Folgen für die körperliche Entwicklung

Die körperliche Entwicklung bei „verborgenem Hunger“ zeigt sich an einem verringerten Längenwachstum, einem Zustand, den man als Stunting bezeichnet (18). Gemäß WHO Definition spricht man von Stunting, wenn die altersbezogene Körperlänge um mehr als zwei Standardabweichungen unter dem Standardmedian für das jeweilige Land liegt. Stunting ist der Phänotyp einer Mangelernährung und ist weltweit auch in Ländern mit hohem Einkommen verbreitet (27% aller Kinder unter 5 Jahren) (19). Eine Untersuchung an Kindern aus armen Haushalten im Land Brandenburg kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder aus Familien mit geringem Einkommen gegenüber Kindern aus Familien mit höherem Einkommen gegen den Trend signifikant kleiner sind. Kinder aus Haushalten mit zwei Kindern waren um 0,5 cm kleiner, Kinder aus Haushalten mit vier und mehr Kindern sogar um 1,8 cm kleiner als Einzelkinder (20). Mit der Anzahl der Kinder verstärkt sich also der Effekt.

Als eine wesentliche Ursache des Stunting werden eine schlechte Versorgung mit essenziellen Mikronährstoffen (vor allem Zink, Eisen, Vitamine A und D) im sogenannten 1.000-Tage-Fenster (Konzeption bis Ende 2. Lebensjahr) angesehen (21). Das Längenwachstum kann durch eine Verbesserung der Ernährung nach dem 5. Lebensjahr kaum mehr aufgeholt werden und stellt für die Betroffenen eine physische Einschränkung dar, wenn es um die spätere Berufswahl und Belastbarkeit geht.

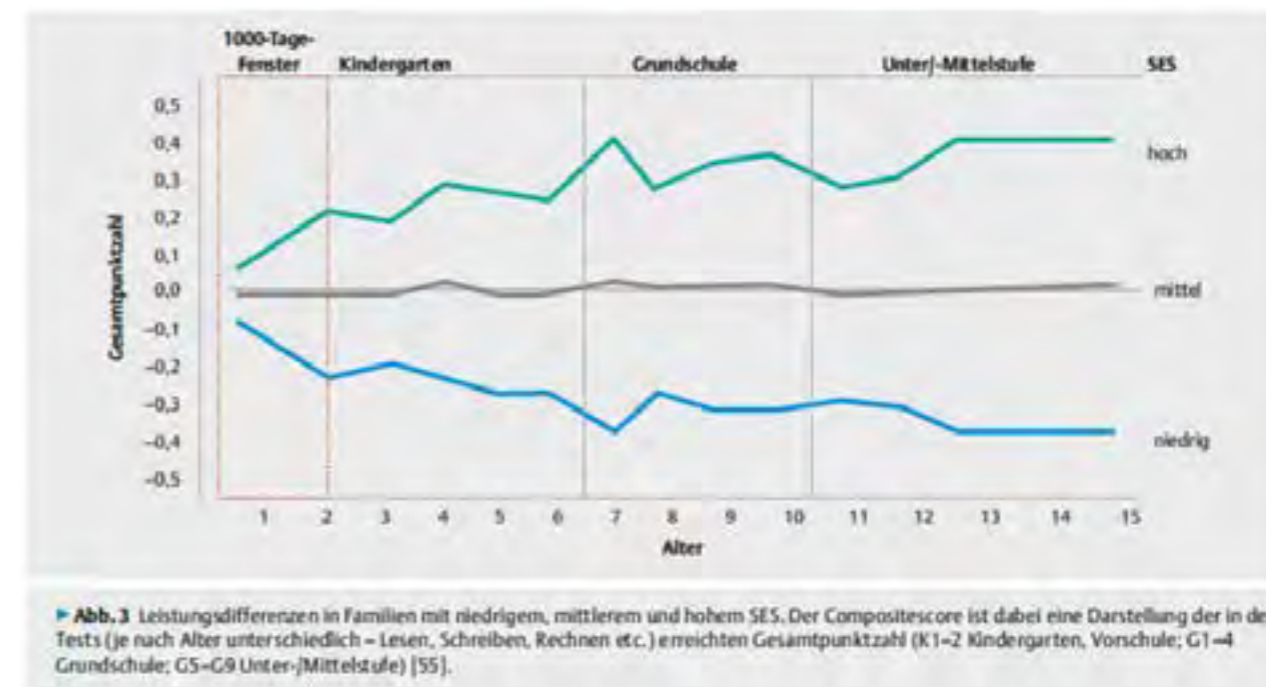
## Kognitive Entwicklung

Jan Skopek und Passaretta Giampiero sind am Beispiel des Deutschen Schulsystems der Frage nachgegangen, wie groß die bekannten Leistungsunterschiede in der kognitiven Entwicklung von Kindern aus Haushalten mit niedrigem sozio-ökonomischem Status (socio-economic status, SES) im Vergleich zu Familien mit höherem SES sind (22). Dabei haben sie untersucht, wie groß diese Leistungsunterschiede vor Schuleintritt sind und ob sich,

wie sie erwarteten, durch die Beschulung wieder eine Annäherung der Leistungsunterschiede beider Gruppen beobachten lässt. Das Ergebnis hat die Autoren überrascht: SES-Unterschiede in der kognitiven Entwicklung sind bereits sieben Monate nach der Geburt feststellbar und persistieren durch die gesamte Schulzeit. Auffällig ist dabei, dass die stärkste Differenz der kognitiven Entwicklung zum zweiten Lebensjahr hin sichtbar wird und nicht, wie vom Autor erwartet, nachdem die Kinder eingeschult wurden. Genau diese Zeit ist aber der Zeitraum, der als 1.000-Tage-Fenster bezeichnet wird und in dem die kognitive Entwicklung besonders stark durch die Ernährung beeinflusst wird (23). Mangelernährung und Stress innerhalb der ersten Lebensjahre könnten die persistierende Entwicklung der kognitiven Differenzen trotz der Entwicklungsmöglichkeiten in der Schule erklären (s. Abbildung).

## Fazit:

Kinder in Armut haben hohe Risiken für körperliche wie kognitive Entwicklungsstörungen, die ihre Erfolgchancen in Schule und Beruf mehr oder weniger stark einschränken können. Unzureichende Ernährung ist dabei ein Faktor, Stress, soziale Deprivation oder auch Traumatisierungen sind daran ebenso beteiligt. Das darf aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass das wachsende Gehirn eine optimale Versorgung mit Energie und Mikronährstoffen braucht. Es mag sein, dass eine vorübergehende inadäquate Versorgung kompensiert werden kann, eine dauerhafte Unterversorgung, wie sie bei Kindern in Armut auftreten kann, ist jedoch kaum kompensierbar.



Eine Vielzahl von Untersuchungen hat inzwischen belegen können, dass bei Kindern, die in Familien mit niedrigem SES leben, das Wachstum des Gehirns gestört sein kann (24). Mangelernährung und Stress hat in Schwangerschaft und früher Kindheit einen negativen Einfluss auf die Hirnentwicklung (25). Kinder aus Familien mit niedrigem SES haben häufiger strukturelle Entwicklungsstörungen des Gehirns als Kinder aus besser gestellten Familien (26–29).

Betrachtet man die Entwicklungsstörungen bzw. Erkrankungen von Kindern in Brandenburg, die im Rahmen von Einschulungsuntersuchungen diagnostiziert wurden, in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern, so zeigt sich vor allem im Bereich der kognitiven Entwicklungsstörungen ein auffälliger Zusammenhang. Während 18,2% der Kinder aus Familien mit niedrigem SES von Sprach- und Sprechstörungen betroffen sind, trifft dies nur für 4,3% der Kinder aus Familien mit hohem SES zu. Dies auf den geringeren Gebrauch von Sprache und geringen Wortschatz in den betroffenen Familien zu reduzieren, greift zu kurz. Hier zeigen sich, wie in Studien mit bildgebenden Verfahren des Gehirns dokumentiert, Entwicklungsstörungen des Hippocampus (30). Beeinträchtigungen der geistigen Entwicklung wurden bei 13,2% der Kinder mit niedrigem Sozialstatus, aber nur bei 0,9% der Kinder mit hohem Sozialstatus beobachtet (31).

## Was kann getan werden?

Im Ergebnis befinden wir uns in einer Situation, in der als gut belegt gilt, dass der Ernährungs- und Gesundheitszustand eng mit dem sozio-ökonomischen Status zusammenhängt und dass materielle und soziale Faktoren einen maßgeblichen Einfluss haben. Selbst wenn das Bürgergeld für Kinder einen Zuschlag von 1.10 Euro/Tag für Kinder (0–13 Jahre) bzw. 1.50 Euro (>13 Jahre) vorsieht, so reicht das für eine dauerhaft gesunde Ernährung, vor allem vor dem Hintergrund der Preissteigerungen, nicht aus.

## Die Forderungen des WBAE decken sich mit denen vieler anderer Organisationen:

- Kosten einer gesundheitsfördernden Ernährung in der Berechnung staatlicher Grundsicherungsleistungen adäquat berücksichtigen.
- Qualitativ hochwertige, beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung schrittweise und evidenzbasiert einführen.
- Monitoring zur Ernährungsarmut verbessern.

## Themenblock\_Ein Blick auf die Förderrechte

### Was getan wird!

Es fehlt in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern bisher nicht nur der politische Wille, sondern die Sensibilität, das Problem wahrzunehmen und die Ursachen soweit möglich zu beseitigen. Nicht zuletzt, weil Studien, die das Problem beschreiben könnten, nicht gezielt gefördert werden. Ein: „...weil nicht sein kann was nicht sein darf“, heißt weiterhin Augen zu und durch. Die Kinder bleiben dabei mit ihrer Gesundheit und einer Perspektive für ein besseres, d.h. gesünderes, Leben und Chancengleichheit auf einem unsicheren Terrain zurück.

### Literatur:

Fußnoten 1–31: s.: Biesalski, H.K.: Ernährungsarmut bei Kindern – Ursachen, Folgen, COVID 19. Aktuelle Ernährungsmedizin 2021; 46: 317–332 (Im Internet frei zugänglich unter <https://www.thieme-connect.com/products/ejournals/html/10.1055/a-1553-3202>).

Rücker, Martin: Ernährungsarmut wegschweigen. In: TAZ 26.01.2023



Der Autor

Prof. (em.) Dr. med. Hans Konrad Biesalski  
Institut für Ernährungswissenschaften  
Universität Hohenheim



Verantwortungsvoll  
produziert und  
sicher.

[www.okeo-tex.com](http://www.okeo-tex.com)



NACHHALTIG  
SPIELEN + LERNEN



Kuscheln, spielen, Spaß haben – das alles bietet die flauschige **Musik-Kuschelbiene**. Die leuchtende Herztaste löst niedliche Sätze und lustige Musik aus. Verschiedene Stoffe, Muster und die Knisterflügel schulen die Sinne der Kinder. Zudem besitzen die Flügelchen Öffnungen, sodass sich das Bienchen auch als Handpuppe nutzen lässt.



# Nachhaltig spielen & lernen

Kuschel- und Lernspaß für kleine Meeresforscher\*innen: Die zahlreichen Spielelemente von **Mama Meeresschildkröte** wie Muschelspiegel oder knisternder Seestern regen zum Tasten, Fühlen und Entdecken an. Drei Lern-tasten sorgen mit toller Musik, lustigen Sätzen und Geräuschen für Spielfreude. Besonders witzig: Die ausziehbare Babyschildkröte, die sich immer wieder wackelnd zurück zu ihrer Mama bewegt.



Die Materialien sind auf Basis recycelter PET-Flaschen hergestellt. Für eine Musik-Kuschelbiene werden sechs Flaschen wiederverwertet, bei Mama Meeresschildkröte sind es zehn. So werden die Ressourcen der Erde geschont und Müll vermieden.



Mehr aus unserem Play-Green-Sortiment

Noch mehr entdecken unter [www.vtech.de](http://www.vtech.de)

# Schul-AG „Klimagesunde Mensa“

## Einleitung

Kinder haben ein Recht auf eine intakte Umwelt, in der sie gesund aufwachsen können. Dazu gehört auch ein stabiles Klima, das durch den von Menschen verursachten Treibhauseffekt akut bedroht wird. Ursächlich sind unter anderem die Treibhausgase Kohlendioxid, Lachgas und Methan, die auch im Ernährungssektor entstehen: So trägt unsere Ernährung mit etwa 15% zum durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck eines Deutschen bei<sup>1</sup>. Die Institution Schule spielt eine wichtige Rolle dabei, junge Menschen auf den Klimawandel vorzubereiten und aufzuzeigen, welche Handlungsmöglichkeiten sie haben, das Klima zu schützen – auch im Bereich der eigenen Ernährung. Da viele Schüler\*innen im Rahmen des Ganztagsunterrichts in der Mensa essen, liegt darin eine große Chance, sie in ihrer eigenen Erlebniswelt für ein klimafreundliches und gesundheitsförderndes (= klimagesundes) Ernährungsverhalten zu sensibilisieren. Genau hier setzt die Schul-AG „Klimagesunde Mensa“ an. Denn nur wer die Hintergründe versteht, kann nachhaltig handeln und ist auch überzeugt von seinem Tun.

## Verstehen, beobachten, handeln

In der Schul-AG „Klimagesunde Mensa“ erfahren Schüler\*innen, welchen Einfluss die Ernährung konkret auf das Klima hat und was sie selbst zu einer klimagesünderen Schulverpflegung beitragen können. Dazu analysieren sie die Mensa, stoßen Veränderungen an und organisieren eine Informationskampagne für die Schulgemeinschaft. Auf diese Weise erleben sie sich als selbstwirksam und entwickeln ein Verständnis für die globalen Folgen ihres Konsumverhaltens. Eine wichtige fachliche Grundlage bildet dabei der „DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schulen“<sup>2</sup>, dessen Empfehlungen auf eine für Schüler\*innen verständliche Weise in die Thematik einfließen. Zielgruppe sind Schüler\*innen ab Klasse 7. Optimalerweise wird die AG je nach Möglichkeiten in der Schule und Dauer des AG-Angebotes (halbes oder ganzes Schuljahr) mit praktischen Lehrkücheneinheiten ergänzt.

## Ablauf in 4 Phasen

Die AG ist in vier Phasen gegliedert, die sich auch in abgewandelter Reihenfolge bearbeiten lassen. Nach einer kurzen einführenden Wissenserweiterung sollten die Schüler\*innen zügig zu den handlungsorientierten Phasen übergehen, auftretende Wissenslücken können sie im Verlauf der AG schließen. So lassen sich beispielsweise die handlungsorientierten Aktionsbausteine wie die Tellerreste-Challenge oder die vegetarische Woche aus der Phase „Veränderungen anstoßen“ auch mit weniger Faktenwissen umsetzen.

## Aktionsbausteine

Den vier AG-Phasen sind insgesamt 17 Aktionsbausteine zugeordnet (siehe Tabelle). Die Aktionsbausteine bilden einen Ideenpool, aus dem die Lehrkräfte und Schüler\*innen je nach Interesse und Situation in der Mensa Themen auswählen können, oder sie entwickeln gemäß dem partizipativen Ansatz der AG ganz eigene Ideen. Besonders leistungsstarke Gruppen können Aktionen auch parallel bearbeiten. Realistisch umsetzbar in einem Schulhalbjahr sind – neben drei empfohlenen Basisbausteinen – ein bis maximal drei weitere Aktionen in der Mensa.

Wissen erweitern	<b>Essen und Klima</b> Exkurs: Treibhauseffekt Vom Acker auf den Teller Pflanzenpower – Fleischkonsum
Anschauen	Mensa-Rallye CO <sub>2</sub> -Speiseplancheck Wie ticken wir? Tellerreste-Challenge
Veränderungen anstoßen	Probieraktion in der Lehrküche Probieraktion in der Mensa Vegetarische-Woche-Challenge Nudge me! Die Werbeprofis kommen! Ausstellung: CO <sub>2</sub> -Fußabdruck Ausstellung: Vom Acker auf den Teller Tierwohl – Stallgrößencheck Rezeptkarten
Kommunizieren	



Foto Mensa: Maja Schültingkemper

## Schulischer Rahmen:

Die AG ist als halb- oder ganzjähriges Angebot denkbar. Bei einem ganzjährigen Angebot (unbedingt empfohlen!) haben die Schüler\*innen mehr kreativen Freiraum, können mehrere Aktionen organisieren und die Schulgemeinschaft noch intensiver einbeziehen. Neben dem klassischen AG-Angebot am Nachmittag stellen auch Wahlpflichtkurse (z.B. in Sportbiologie, Gesundheit und Soziales, Wirtschaft) oder Projektwochen einen geeigneten Rahmen dar. Einzelne Aktionsbausteine lassen sich zudem an den Fachunterricht anknüpfen.

## Einblicke in das AG-Geschehen:

Die Aktionsbausteine „Tellerreste-Challenge“, „Vegetarische-Woche-Challenge“ und „Nudge me“ sind besonders hervorzuheben, da sie sich an jeder Schule ohne viel Aufwand durchführen lassen und alle Mensagäste einbeziehen. Durch begleitende kommunikative Elemente werden die Aktivitäten der AG-Teilnehmenden so in der Schulgemeinschaft sichtbar und erlebbar.

In Schulen landet sehr viel Essen im Müll. Bei der **Tellerreste-Challenge** werben die AG-Teilnehmenden für mehr Lebensmittelwertschätzung bei ihren Mitschüler\*innen und organisieren einen Wettbewerb. Durch das Wegwerfen von Lebensmitteln werden viele Ressourcen verbraucht und unnötig Treibhausgase erzeugt. Die Schüler\*innen beschließen gemeinsam mit dem Mensateam Maßnahmen, wie zum Beispiel die Möglichkeit, Portionsgrößen und Essenskomponenten bei der Ausgabe selbst zu bestimmen, um Tellerreste zu reduzieren. Zur Einstimmung und als Hintergrund können die AG-Teilnehmenden den Gästen den

Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Erzeugung, industrieller Verarbeitung und Klimawandel erklären, welche Ressourcen durch das Wegwerfen verschwendet werden und wo auf dem Weg vom Acker auf den Teller unnötig Treibhausgase entstehen (Aktionsbaustein Ausstellung: „Vom Acker auf den Teller“).

Die **Vegetarische-Woche-Challenge** fordert die Schüler\*innen dazu auf, sich mit ihrem Fleischkonsum zu beschäftigen. Informationen für die Mensagäste über den hohen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von tierischen Lebensmitteln wie Fleisch gegenüber pflanzlichen können als Motivation und Argumentationshilfe dienen, die Umsetzung als Wettbewerb spornt die Gäste zusätzlich an, ihren Konsum zu überdenken. Dazu können die AG-Teilnehmenden die Gäste beispielweise mit einer Ausstellung zum hohen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Fleisch aufklären (Aktionsbaustein „Ausstellung: CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Lebensmittel“) und weitere Aspekte wie mehr Tierwohl einbeziehen (Aktionsbaustein „Mach den Stallgrößencheck“).

Um ein erwünschtes Verhalten zu befördern, ist eine geeignete Ernährungsumgebung hilfreich. Der Aktionsbaustein „Nudge me!“ (englisch: to nudge = anstupsen) wendet dazu ein aus der Verhaltensökonomie stammendes Konzept an: So lassen sich die Mensagäste mit sogenannten Nudges, beispielsweise der Platzierung des klimagesünderen Menüs oben auf dem Speiseplan, Probierhappen oder farbenfroher Präsentation der klimafreundlichen Menüvariante motivieren, eine klimagesündere Wahl zu treffen.



#### Zusammenarbeit mit dem Mensateam

Ganz wichtig für das Gelingen der Aktionen und für die Verstärkung neuer Ideen der Schüler\*innen ist ein enger Austausch mit dem Mensateam. Lehrkräfte an den Projektschulen aus der Erprobungsphase berichteten von einer intensiveren Zusammenarbeit mit dem Mensateam. An einer Schule ist sogar der Wunsch entstanden, das Mensaangebot nach dem DGE-Qualitätsstandard zertifizieren zu lassen, an einer anderen sind Schüler\*innen aus der AG einem Arbeitskreis zur Qualitätssicherung des Mensaangebotes beigetreten.

Alle Anleitungen zu den Aktionsbausteinen und die dazugehörigen Arbeitsmaterialien und Umsetzungsbeispiele der Projektschulen aus der Erprobungsphase stehen auf der Internetseite der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Niedersachsen zum Download bereit. ([www.dgevesch-ni.de/projekte/schul-ag-klimagesunde-mensa/](http://www.dgevesch-ni.de/projekte/schul-ag-klimagesunde-mensa/)).



#### Fazit:

Auf dem Weg zu einer klimafreundlicheren Verpflegung ist jede Verringerung von Emissionen hilfreich – beispielweise durch mehr pflanzliche Kost oder weniger Lebensmittelverschwendung. Es ist Aufgabe von Eltern und Lehrkräften, Kinder auf den Klimawandel vorzubereiten und ihnen ihre Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Schul-AG „Klimagesunde Mensa“ leistet einen Beitrag dazu.

Das IN FORM-Projekt mit dem Kurztitel Schul-AG „Klimagesunde Mensa“ wurde vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Projektzeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2022, Förderkennzeichen 2821VNS009) gefördert. Das Vorhaben orientierte sich am DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schulen, in dem eine nachhaltige, klimabewusste und dabei gesundheitsfördernde Verpflegung empfohlen wird.

Bei Fragen rund um die Schulverpflegung können sich Schulträger, Schulen, Verpflegungsanbieter und Eltern an die Vernetzungsstellen im jeweiligen Bundesland wenden. Weitere Informationen und Kontaktadressen der Vernetzungsstellen bietet das Nationale Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule ([www.nqz.de](http://www.nqz.de)).

#### Quellen

<sup>1</sup> Umweltbundesamt: CO<sub>2</sub>-Rechner (Stand 2020) [https://uba.co2-rechner.de/de\\_DE/](https://uba.co2-rechner.de/de_DE/)

<sup>2</sup> Deutsche Gesellschaft für Ernährung (Hrsg.): DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schulen. Bonn, 5. Auflage (2020): [https://www.schuleplusessen.de/fileadmin/user\\_upload/medien/DGE-QST/DGE\\_Qualitaetsstandard\\_Schule.pdf](https://www.schuleplusessen.de/fileadmin/user_upload/medien/DGE-QST/DGE_Qualitaetsstandard_Schule.pdf).



#### Die Autorin

##### Antje Jonas

Projektmitarbeiterin bei der DGE e.V.  
Vernetzungsstelle Schulverpflegung  
Niedersachsen  
Diplom-Ökotrophologin



„Mein Traum:  
eine Meerjungfrauen-  
Schule.“

Lass dich nicht unterkriegen.

Damit Katrin mit ihren Schülerinnen entspannt in ihre Unterwasserwelt abtauchen kann, braucht sie einen freien Kopf. Aufwendige Rechnungsabwicklung würde sie nur runterziehen. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. [www.lexware.de](http://www.lexware.de)

**LEXWARE**

Einfach machen

# Gesundheitsförderliche Ernährungs- politik: nach Corona wichtiger denn je!



Die Corona-Pandemie wirkte sich massiv auf die Kindergesundheit und den Familienalltag aus. Nicht nur das Bewegungs-, sondern auch das Ernährungsverhalten von Kindern und Jugendlichen verschlechterte sich. Eingeschränkte öffentliche Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten, übermäßiger Medienkonsum in Kombination mit einer tendenziell ernährungsphysiologisch ungünstigeren Ernährungsweise und verschärften Belastungssituation führten zu einer alarmierenden Zunahme von Übergewicht und eines allgemein verminderten Fitnesszustands bei den Jüngsten. Kinder aus einkommenschwächeren Familien und die Altersgruppe der Zehn- bis Zwölfjährigen waren besonders häufig von dieser problematischen Entwicklung betroffen.

Jedes 6. Kind nahm an Gewicht zu, etwa die Hälfte der Kinder bewegte sich weniger als vor der Pandemie, bei 70% stieg die Mediennutzung an, ein Viertel aß mehr Süßigkeiten. Hinzu kommt die während der Pandemie gestiegene Inflation. Wie der Trendreport Ernährung 2023 zeigt, bei dem 170 Expert\*innen aus dem Ernährungsbereich die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Ernährung in Deutschland untersuchten, greifen die Menschen seitdem eher zu Produkten, die satt machen als

zu jenen, die gesund sind. Sie ernähren sich vorwiegend durch günstige und kohlenhydrathaltige Lebensmittel, essen weniger Frisches und Gesundes. Problematisch an dieser zunehmend einseitigen Ernährungsweise ist, dass das Risiko einer Mangelernährung steigt. Gerade Familien mit geringen Einkommen sind bei den massiv gestiegenen Preisen für Energie und Lebensmittel oftmals zumindest zeitweise gezwungen, sich einseitig zu ernähren, sodass ihnen mitunter wichtige Nährstoffe fehlen. Eine solche Mangelernährung kann jedoch schwere Krankheiten zur Folge haben, eine Unterversorgung kann sich bei Kindern beispielsweise negativ auf den Bildungserfolg auswirken. Noch weitaus schlechter geht es den Familien, bei denen das Geld so knapp geworden ist, dass sie gar nicht mehr allein zurechtkommen und auf Unterstützung durch Einrichtungen wie die Tafel oder die Arche angewiesen sind. Die Tendenz ist hier eindeutig steigend.

Mehr denn je ist die aktuelle Bundesregierung gefordert, Maßnahmen für eine gesundheitsförderliche Ernährungspolitik auf den Weg zu bringen. Dabei gilt es jedoch dringend zu beachten, dass eine gesunde, ausgewogene und nachhaltige Ernährung für

jedermann bezahlbar ist. Die Deutsche Kinderhilfe begrüßt daher das Vorhaben der Ampelregierung, eine Ernährungsstrategie zu beschließen, die in diesem Jahr unter Federführung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in einem partizipativen Prozess erarbeitet wird. Diese soll bis 2050 ausgerichtet sein und dem Kernziel dienen, eine gesündere, ressourcenschonende und stärker pflanzenbasierte Ernährung zu fördern. Kinder sollen dabei besonders berücksichtigt werden, weshalb unsere Erwartungen an eine kindgerechte Ernährungspolitik mit der neuen Bundesregierung zu Recht gestiegen sind. Doch den guten Vorsätzen müssen Taten folgen.

Wir Kindervertreter\*innen freuen uns, dass wir an der Erarbeitung der Bundes-Ernährungsstrategie beteiligt sind und uns bereits mit gezielten Ideen und Forderungen in den Prozess einbringen konnten. Wir unterstützen beispielsweise den Vorschlag von Bundesernährungsminister Cem Özdemir, Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte von der Mehrwertsteuer zu befreien. Parallel dazu fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine Zuckersteuer für Süßgetränke nach britischem Vorbild einzuführen. So würden diverse Lebensmittel mit ernährungsphysiologisch gesünderer Zusammensetzung günstiger, zuckerhaltige und damit ungesündere Produkte teurer. Dabei sollte die Zuckersteuer mit Zweckbindung erfolgen, d.h. die Finanzmittel, die durch die Zuckersteuer eingenommen werden, sollten in konkrete Präventionsprogramme gegen Adipositas im Kindes- und Jugendalter oder für den Ausbau von Sportförderprogrammen verwendet werden. Mit diesen steuerlichen Maßnahmen würden zum einen Anreize dafür geschaffen, dass sich Kinder und ihre Familien gesünder ernähren. Zum anderen würden damit gerade jetzt, wo in Folge des Ukraine-Krieges Lebensmittel deutlich teuer geworden sind, Familien mit geringem Einkommen spürbar entlastet. Dem Ziel, die „gesunde Wahl zur einfachen Wahl“ zu machen, könnte die Politik somit einen großen Schritt näherkommen.

Gerade mit Blick auf die Kinder, die im Rahmen der Ernährungsstrategie besonders berücksichtigt werden sollen, wären die genannten steuerlichen Maßnahmen zwar ein sehr wichtiger Schritt, aber diese reichen bei Weitem noch nicht aus.

## Folgende Forderungen müssten aus unserer Sicht darüber hinaus umgesetzt werden:

- An Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung für Produkte mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt sollten gemäß dem Nährwertprofilmodell der Weltgesundheitsorganisation beschränkt werden. Dieses Modell wurde bereits 2015 entwickelt und dient dazu, an Kinder gerichtetes Marketing für adipogene Lebensmittel einzudämmen. Etwa 85% der an Kinder beworbenen Lebensmittel sind unausgewogen. Das muss sich ändern! Kindergesundheit sollte Vorrang vor den Wirtschaftsinteressen der Lebensmittelindustrie haben. 900 Millionen Euro fließen in Deutschland jährlich in die Süßwarenwerbung, aber nur 15–20 Millionen in Werbung für Obst und Gemüse. Es ist daher kaum verwunderlich, dass Kinder doppelt so viel Süßes essen wie empfohlen, aber nur halb so viel Gemüse und Obst. Die Werbung hat einen ganz entscheidenden Anteil an der Fehlernährung der Kinder und Jugendlichen. Hier gilt es endlich gezielt entgegenzuwirken.

- Die Kita- und Schulverpflegung müsste in Deutschland verbessert werden. Das Essensangebot sollte flächendeckend den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechen. In den meisten Bildungseinrichtungen werden diese Standards leider immer noch nicht umgesetzt.

- Bei der Reduktion von Zucker, Fetten und Salz in Fertigprodukten gilt es die Lebensmittelwirtschaft endlich stärker in die Pflicht zu nehmen. Schon in der Vorgängerregierung war die Freiwilligkeit im Rahmen der sogenannten „Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie“ das zentrale Problem, weil Reduktionen lediglich auf freiwilliger Basis stattfanden. Damit war die Strategie nicht effektiv! Auch die Reduktionsziele waren zu niedrig gesetzt. Denn absehbar war, dass auch nach Erreichen der angestrebten Ziele viele Lebensmittel, insbesondere Produkte für Kinder, nicht den WHO-Kriterien für gesunde Lebensmittel entsprechen würden. Dabei war es unter anderem Ziel der Strategie, einen besonderen Fokus auf Kinderlebensmittel zu legen. Wir meinen die Lebensmittelwirtschaft sollte verbindlich auf festgelegte Reduktionsziele für Zucker, Fette und Salz verpflichtet werden. Bei Nichteinhaltung sollten Sanktionsmaßnahmen vorgesehen werden.

- An Kitas und Schulen müssten dringend mehr Sport- und Bewegungsmöglichkeiten etabliert sowie öffentliche Spiel- und Sportanlagen, gerade in Quartieren mit einem hohen Anteil von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Familien, verstärkt ausgebaut werden. Denn auch die Förderung von mehr Bewegung ist Ziel der Bundes-Ernährungsstrategie.

- In Zeiten multidimensionaler Krisen erleben wir derzeit auch den Klimawandel. Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Ernährung, die vorwiegend aus pflanzlichen, ökologisch, regional, saisonal und fair produzierten Lebensmitteln bestehen sollte, sind daher unerlässlich.

Selbstverständlich ist nicht nur die Politik gefordert, Maßnahmen für ein gesundheitsförderliches Ernährungsumfeld für ALLE auf den Weg zu bringen. Gesunde, nachhaltige und klimafreundliche Ernährung muss nicht nur für ALLE bezahlbar sein, sie muss auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden, für die jede\*r Einzelne seinen\*ihren Beitrag leisten sollte.

Bei unserem Besuch auf der Internationalen Grünen Woche – eigentlich die internationale Leitmesse u.a. für gesunde Ernährung – im Januar diesen Jahres waren wir diesbezüglich enttäuscht. Dass große Lebensmittelkonzerne wie Mars, McDonald's, Nestlé, Mondelez oder Vereine wie die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker sich auf dem „ErlebnisBauernhof“ präsentieren, wo u.a. Kindern die Landwirtschaft nähergebracht werden soll, dass an die Kleinen dort Schokolade verteilt wird und sie mit Werbung für McDonald's geködert werden, geht entschieden in die falsche Richtung.

## Die Autorin

### Yade Lütz

Projektmanagerin bei der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V. Diplom-Politologin

# Kinderrechte in Krisenzeiten – der sportliche Blick

Viele haben sicherlich noch die Bilder im Kopf, von abgesperrten Spiel- und Sportplätzen, geschlossenen Hallen und Schwimmbädern. Das Recht auf Spiel und Freizeit – massiv eingeschränkt, und auch die Kinderrechte auf Bildung sowie Gesundheit konnten nicht durch gemeinsame Bewegung, Spiel und Sport ausgeübt werden. Zudem ein Regelschub, der Kinder und Jugendliche zwar betraf, ihnen meist aber durch staatliche Stellen nicht kindgerecht erklärt wurde, wie es die Kinderrechte vorsähen. Kurzum: Kinderrechte in der Krise.

Güterabwägung war das Zauberwort und aus heutiger Sicht kann man sagen, die Vorsicht, die an einigen Stellen an den Tag gelegt wurde, war auch im Sinne der Kinder und deren Recht auf gesundes Aufwachsen. Sportvereine selbst waren dabei als Krisenmanager gefragt und wurden kreativ, denn das Wahre der Kinderrechte ist den Werten des Sports inhärent und die Kreativität des Engagements eine Triebfeder des organisierten Sports. So wurden digitale Bewegungsangebote geschaffen, Judomatten aus Sporthallen in Wohnzimmer geschleppt und Ideen für Familiensport im Kinderzimmer verteilt. Trotzdem blieben wichtige Bildungsmomente im Sport aus, wie zum Beispiel das erste Gewinnen oder gemeinsame Verlieren in der Mannschaft, der Austausch mit den Freund\*innen beim gemeinsamen Umziehen vor und nach dem Training oder das Aushandeln von Konflikten auf dem Platz nach einem Foulspiel. Besonders in der Frühförderung von Kindern waren digitale Angebote (trotz aller Kreativität) nur schwer umsetzbar und stark vom Umfeld der Kinder abhängig. Ein Problem für Familien, die im Sport oft neue Kontakte knüpfen können. Insgesamt wurde Kindern der selbstorganisierte Freiraum und mit ihm die Freizeitgestaltung genommen, während sie zeitgleich in Schulen sitzen mussten – ein Offenbarungseid von Entscheidungsträger\*innen über ihr Bildungsverständnis. Dabei ist der Bildungsbegriff in der Kinderrechtskonvention ein umfassenderer: „Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muss, [...] die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen“ (so heißt es in Artikel 29). Achtung der Kinderrechte bedeutet hier auch die unbedingte Ermöglichung von Bewegung, Spiel und Sport im Verein. Denn Bildung braucht Bewegung! Eine Reduzierung von Kindern auf ihre Funktion in der Gesellschaft als Kitakinder oder Schüler\*innen, also Verwahrobjecte, die formale Bildung zu genießen haben, ist nicht vereinbar mit einer ernsthaften Auseinandersetzung der vielfältigen Lebenswelten von jungen Menschen. Diese Auseinandersetzung benötigt es aber, wenn Kindern Gehör geschenkt werden soll, und diese braucht es umso mehr in Krisenzeiten. Denn Kinderrechte sind nicht verhandelbar.

Der Rückzug ins Private sorgte zudem dafür, dass der Gleichheitsgrundsatz aus dem ersten Artikel der Kinderrechte nicht eingehalten wurde. Für das digitale Sportangebot braucht es ein Endgerät, für das Toben im Kinderzimmer oder Wohnzimmer Platz, und zudem ein Elternhaus, was dabei unterstützen kann. Die Ungleichheit hat sich schon ab hier verschärft. Etwas, das im Sport eher unbekannt ist, denn in der Mannschaft im Sport sind alle auf einer Ebene, egal wie groß das Kinderzimmer ist, mit wem es geteilt wird oder was die Eltern arbeiten. Wichtig ist die gemeinsame Freude an Bewegung, Spiel und Sport sowie, wenn gewünscht, die erbrachte sportliche Leistung.

Institutionalisierte Kinderrechtewahrer\*innen, wie den Sportvereinen, ist es zu verdanken, dass viele Kinder nach der Öffnung der Sporträume schnell wieder zurück in die Vereine gefunden haben, um dort ihre Rechte ausleben zu können. Diese sind durch die parallelen Krisen jedoch nur bedingt in der Lage zu reagieren. Neben fehlenden Übungsleitenden wächst beispielsweise auch der finanzielle Druck auf Sportvereine. Damit diese „Kinderrechte-Orte“ weiterhin bestehen bleiben können, braucht es klare Zusagen und starke Unterstützung aller politischer Ebenen.

Nach vorsichtiger Öffnung der Angebote (Sportler\*innen können sich nun mal gut an Regeln halten) war klar: Es braucht einen Neustart für Bewegung, Spiel und Sport im Verein. Die Deutsche Sportjugend (dsj) ging hier mit einer groß angelegten „MOVE“-Kampagne voran und verteilte 3.000 Aktionspakete, um Bewegung, Spiel und Sport vor Ort zu unterstützen. Gekoppelt mit dem Medium Musik wurden junge Menschen bundesweit zu über 1.000 Aktionstagen zum gemeinsamen Spielen, Bewegen und Sportmachen eingeladen und natürlich auch zu den zahlreichen und vielfältigen regelmäßigen Angeboten der Sportvereine. Also ein ganz praktisches Erleben vom Recht auf Spiel und Freizeit. Eigens eingerichtete Stellen kümmerten sich um ein weiteres Programm, das Aufholpaket, um die Umsetzung von über 3.000 bundesweiten Bewegungsprojekten in einzelnen Sportarten und sorgten gemeinsam mit der dsj dafür, dass über 350.000 Kinder und Jugendliche nur mit Hilfe dieser Aktivitäten Bewegung, Spiel und Sport erfahren durften.

Doch die nächste Krise, in dieser Zeit der Polykrisen für junge Menschen, ließ nicht lange auf sich warten. Nachdem, in Folge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, die Energieversorgung öffentlich diskutiert wurde, kam es auch zu lauten Stimmen, dass Sporthallen und vor allem Schwimmbäder geschlossen werden sollten, um Kommunen zu entlasten. Zeitgleich wurden sie häufig für Flüchtlingsunterkünfte benötigt. Ein erneuter

Sportlockdown stand im Raum. Wieder zu Lasten von Kindern und wieder unter Einschränkung der Kinderrechte. Obwohl es gerade auch Bewegungsangebote waren und sind, die geflüchtete Kinder und Jugendliche für eine kurze Zeit von dem Erlebten Ablenkung bieten und dazu beitragen, in der neuen Lebenswelt anzukommen sowie neue Freund\*innen zu finden. Auch das Herunterregeln der Temperatur in Schwimmbädern hat eine sichere Wassergewöhnung und das Schwimmenlernen mindestens stark erschwert, wenn nicht teilweise unmöglich gemacht. Zurück bleibt ein nie dagewesener Rückstau an jungen Menschen, die nicht sicher oder gar nicht schwimmen können und ein Einbruch an abgenommenen Schwimmabzeichen – mit verheerenden Folgen für die Sicherheit von Kindern in und an Gewässern.

Festzustellen ist, dass die genannten Beschränkungen von Kinderrechten immer einhergingen mit einer Verletzung des Rechts auf Gehör und der kindgerechten Erklärung. Dieser Punkt lässt sich nur strukturell und nicht mit Projektmitteln allein lösen: Durch eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung der Garanten der Kinderrechte, von Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen, wie der dsj oder dem DBJR und den dort organisierten Verbänden.

In all diesen Polykrisen hat die Deutsche Sportjugend schon früh an die Politik appelliert, einen Bewegungsgipfel zu veranstalten. Im Frühjahr 2022 dann die Zusage: Der Bewegungsgipfel kommt! Noch in diesem Jahr.

Auf Einladung von Sportministerin Faeser kamen Gesundheitsminister Lauterbach, sieben weitere Bundesressorts (u.a. Jugend) sowie Vertreter\*innen der Länder und Kommunen und des organisierten Sports in Berlin zusammen, um in einer gemeinsamen Erklärung dafür zu sorgen, dass Bewegung und Sport einfacher zugänglich werden. Viele noble Vorhaben und Beschreibungen des Status Quo haben es in die Gipfelerklärung geschafft. Das Wort Kinderrechte sucht man dort aber vergeblich. Dabei sind sie Dreh- und Angelpunkt der Querschnittsthemen der teilnehmenden Ministerien. Ein wichtiger Aufschlag bleibt es dennoch. Denn einen Gipfel in dieser Form gab es bisher noch nicht. Sport als Querschnittsthema wurde greifbar und im anschließenden Auftakttreffen zum Entwicklungsplan Sport des Bundesministeriums des Innern wurden zudem weitere Grundpfeiler der Sportentwicklung festgemacht. Doch wie immer im Sport heißt es auch hier: Was zählt ist auf dem Platz. Die Umsetzung des Gipfelpapiers und die Weiterführung des Entwicklungsplans Sport stehen im Jahr 2023 an. Die Deutsche Sportjugend legt hier ein besonderes Augenmerk auf Bewegung, Spiel und Sport in allen Settings der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen und führt dazu auch ihre Bewegungskampagne MOVE weiter. Ein Baustein dieser Kampagne ist ein Forschungsvorhaben zu Beteiligung von Kindern im Sport. Gelebte Kinderrechtspraxis also, mit klar überprüfbaren Kriterien.

Natürlich hat auch der organisierte Sport das Potenzial, Kinderrechte noch stärker zu fördern. Zum Beispiel durch die Durchlässigkeit zwischen Sportangeboten, gerade im Kindesalter. Denn das Kindeswohl und das Recht gehört zu werden, schließt auch ein, sich zu entscheiden, ab wann und welcher Sport getrieben werden soll. Mehr Wettbewerb und weniger Wettkampf schreiben sich zudem einige Spitzenverbände auf die Fahnen, da sich freiwillig messen durchaus eine erfüllende Form der Freizeitbeschäftigung sein kann, aber (so auch im generellen Kommentar

zum Artikel 31) eine erzwungene Ausübung von Sport nicht mit den Kinderrechten vereinbar ist<sup>1</sup>.

Sicheres Aufwachsen bedeutet auch aktiven Kinderschutz. Hier ist in den letzten Jahren einiges passiert, selbst wenn das Thema im Sport an einigen Stellen vielleicht zu spät und zu zaghaft angegangen wurde. Zurzeit wird daher umso mehr mit hohem Verantwortungsbewusstsein und einem klaren Kompass sowie einer Zeitschiene, die bis Oktober 2023 das Thema Safe Sport deutlich in den Vordergrund rückt, gearbeitet. Immer mit dem Verweis auf die Kinderrechte und immer mit dem Wissen, dass die Befähigung zur Beteiligung und Umsetzung selbiger Teil eines umfassenden Konzeptes zum Kinderschutz (besser: zur Wahrung der Kinderrechte) sein muss.

Krisenfest sind Kinderrechte dann, wenn sie, wie im Sport, starke Befürworter\*innen und Umsetzer\*innen haben. Ein echtes Pfund, auf das Kinder hier zurückgreifen können. Noch krisenfester würden die Kinderrechte, fänden sie endlich Beachtung im Grundgesetz. Nicht als Randnotiz, nicht im Verhältnis zu anderen Rechten, sondern mit Vorrangstellung. Nach all den Einschränkungen wäre z. B. das Recht auf Spiel und Freizeit, verankert in der Verfassung, ein wichtiges Zeichen dafür, dass Kinder und Jugendliche nicht egal sind, sondern ihre Lebenswelten gesamtgesellschaftlich anerkannt werden.

Die Deutsche Sportjugend (dsj) ist die Jugendorganisation im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB). Mit ihren Mitgliedsorganisationen und deren Untergliederungen gestaltet die dsj im gesamten Bundesgebiet flächendeckend Angebote mit dem Medium Sport mit der Zielsetzung, junge Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Sie bündelt die Interessen von über neun Millionen Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen im Alter bis 26 Jahren, die in rund 87.000 Sportvereinen organisiert sind.

## Quellen

<sup>1</sup> General comment No. 17 (2013) on the right of the child to rest, leisure, play, recreational activities, cultural life and the arts (art. 31)\*



## Der Autor

**Julian Lagemann**

Vorstandsmitglied der Deutschen Sportjugend im DOSB

# Die Wahrung der Kinderrechte in Krisen

Krisen – in den letzten Jahren wurden es immer mehr. Die Klimakrise war schon länger da, dazu kamen Corona, der Angriffskrieg auf die Ukraine und infolgedessen die Energiekrise und die starke Inflation. Krisen häufen sich und es sieht nicht so aus, als ob es in Zukunft weniger Krisen werden würden. Ganz im Gegenteil: Die Klimakrise wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch sehr viele Sorgen bereiten. Wir, das sind die Kinder und Jugendlichen dieser Generation. Denn was bei den meisten Krisen kaum mitgedacht wird ist, wer die ganzen Kredite abbezahlen muss, wer von den Folgen der heutigen Politik stark beeinflusst wird, wer den Großteil der Folgen des Klimawandels bewältigen muss und wer kaum eine Stimme in der Politik hat und dort kaum Gehör findet. Denn die Antwort auf diese Fragen ist: die kommenden Generationen.

Während der Corona-Krise gingen viele Partizipationsstrukturen für Kinder und Jugendliche verloren. Analoge Treffen waren nicht mehr möglich, Demonstrationen, wie die von Fridays for Future, wurden stark eingeschränkt. Aus legitimen Gründen – das steht außer Frage. Aber was nicht bedacht wurde ist, dass man dadurch den Kindern und Jugendlichen auch die letzte Möglichkeit genommen hat, ihre Sorgen zu äußern und ihre Meinung darzustellen. Kinder und Jugendliche leiden am meisten darunter, wenn soziale Strukturen zerstört oder angegriffen werden. Die Identität und der Charakter der Kinder und Jugendlichen befindet sich noch im Reifeprozess und entwickelt sich aus den verschiedenen Eindrücken, die gesammelt werden. Problematisch wird es hier eben dann, wenn es nur noch einen Eindruck gibt. Während der Corona-Krise war dieser eine Eindruck Corona. Wo immer man auch hinsah. In jeder Zeitung, jeder Nachrichtensendung – einfach überall. Andere Krisen, andere Probleme wurden in den Hintergrund gerückt. Die Berichterstattung über die Klimakrise und die damit verbundene existenzielle Bedrohung der Menschheit schrumpfte quasi gegen null. Die gesamte mediale Aufmerksamkeit, die von Jugendlichen erarbeitet wurde, ging kaputt und versank in einer vermeintlich wichtigeren Krise.

Hier wurden zwar keine Kinder- und Jugendrechte verletzt, aber trotzdem ist gut erkenntlich, wie die Politik und die Gesellschaft mit den Meinungen und Anliegen der Jugend umgehen. Klimaschutz wird nur halbherzig betrieben und statt der Interessen der nächsten Generation(en) werden die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt und vertreten. Auf die Stimme und das Geld der Wirtschafts-Lobbyisten wird gehört und ihre Anliegen werden umgesetzt, aber wenn sich Jugendliche auf seit Jahrzehnten bekannte wissenschaftliche Fakten berufen, wird hier wissentlich nur unzureichend gehandelt.

Natürlich gibt es aber nicht nur schlechte Seiten, sondern wie immer auch positive Entwicklungen. Trotz Corona – beziehungsweise am Anfang der Pandemie – gab es vom Bezirksamt meines Berliner Heimatbezirks Marzahn-Hellersdorf das Bestreben, mit Fridays for Future zu kommunizieren und dadurch Pläne für besseren Klimaschutz zu erarbeiten. Das Ergebnis der Gespräche war

zwar streitbar, aber zumindest gab es das Interesse, Kinder und Jugendliche zu beteiligen und es besteht auch weiterhin ein guter Draht zwischen der Bezirksgruppe und dem Bezirksamt und eine enge Zusammenarbeit in Gremien wie dem Klimarat.

Doch in der Zeit von Homeschooling und Homeoffice sind auch noch andere positive Dinge für die Partizipation entstanden: Zwischen Schul- und Unistress hat sich in Marzahn-Hellersdorf eine Gruppe gebildet, die sich das Ziel gesetzt hat, ein Kinder- und Jugendparlament zu gründen und damit eine Institution von Kindern und Jugendlichen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, die deren Interessen vertritt. Schon 2020 hat die Bezirksverordnetenversammlung die rechtliche Grundlage dafür geschaffen und nach zwei Jahren mit vielen Debatten, Gesprächen und auch Fehlanläufen war es am 30. September 2022 endlich so weit: Die konstituierende Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments fand statt. Anwesend war auch politische Prominenz, wie die Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau oder der Bezirksbürgermeister, Gordon Lemm. Beide und auch andere Vertreter\*innen aus der Politik haben dem Kinder- und Jugendparlament versprochen, die hier getroffenen Beschlüsse bei ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen und stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Kinder und Jugendlichen zu haben. Ich sehe darin einen wichtigen Schritt für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen und damit auch eine Wahrung und Verbesserung des Beteiligungsrechtes. Auch wenn es nur ein kleiner Schritt ist, führt es vielleicht dazu, dass sich in anderen Bezirken, Städten, Kommunen oder Gemeinden, Kinder und Jugendliche zusammenschließen und an der Gründung eines Kinder- und Jugendparlaments arbeiten.

Doch es blieb nicht beim Guten, denn als die Corona-Krise überwunden schien, reihte sich schon die nächste Krise in diese nicht endende Kette von Krisen ein: Am 24. Februar 2022 überfiel Russland sein Nachbarland – die Ukraine. Und auch wenn die Auswirkungen davon auf die Kinderrechte in Deutschland nicht so groß sind, sind sie dort vor Ort und unter den Geflüchteten trotzdem vorhanden. Ein Krieg verursacht immer Leid, Elend und Ungerechtigkeit und dabei ist die Bildung der Kinder meistens das, was hinter den anderen Interessen zurückbleibt. Natürlich ist in einer komplett zerstörten Infrastruktur der Wiederaufbau derselbigen am wichtigsten, aber trotzdem sollte dabei auch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht vergessen werden, denn Zerstörung bietet neben ihrer nicht abstreitbaren Grausamkeit immer auch eine Chance: den besseren Wiederaufbau. Damit dieser gerecht gelingt, ist es wichtig, die Interessen der gesamten Gesellschaft zu berücksichtigen. Doch auch die geflüchteten Kinder und Jugendlichen dürfen unter keinen Umständen vergessen werden. Es gilt, sie zu integrieren, wenn sie bleiben möchten, oder ihre Heimat sicher zu machen, wenn sie dorthin zurückkehren möchten. In jedem Falle sollte man aber nicht über die Köpfe der Betroffenen (also der Kinder) hinweg entscheiden, sondern ihnen die Entscheidung über ihre Zukunft überlassen, denn es ist ihr Leben und nicht das der Erwachsenen.

Ein unter dem unendlichen Leid, das ein Krieg verursacht, zwar eher nebensächlich wirkender, aber trotzdem vorhandener Faktor, sind natürlich auch hier die Auswirkungen auf Natur und Klima. Durch die Armeen werden große Gebiete versiegelt, durch Raketen Infrastruktur zerstört, die wiederaufgebaut werden muss und natürlich müssen Raketen, Panzer und andere Fahrzeuge auch angetrieben werden und die hierfür eingesetzten fossilen Energieträger verursachen CO<sub>2</sub>-Emissionen, die den Klimawandel weiter beschleunigen und damit zukünftigen Generationen das Recht und die Chance auf ein gutes Leben auf diesem Planeten nehmen. Gleiches gilt auch für die anderen Kriege, die auf dieser Welt herrschen. Jeder Krieg ist einer zu viel und verursacht unnötiges Leid, Sterben und traumatisierte Menschen – junge wie alte.

Doch nicht nur Krieg verursacht Elend. In vielen Regionen bestimmen die Folgen des Klimawandels immer mehr den Alltag. Die Klimakrise zeigt sich dabei mit verschiedenen Auswirkungen. In manchen Teilen der Welt sind es extreme Dürren und Waldbrände, in anderen Teilen sind es nicht mehr aufgehörender Regen oder das Meer, das über die Ufer tritt und damit für Überschwemmungen sorgt. In welcher Form auch immer: Klimafolgen schaden Kindern und Jugendlichen. Nicht nur, dass ihnen die Zukunft genommen wird, sondern es sind auch die Strukturen, die zerstört werden. Bildung, aber auch Freizeitaktivitäten werden langfristig beeinträchtigt. Besonders fatal ist das in Regionen, in denen entsprechende Strukturen sowieso schon nur mangelhaft vorhanden und ausgeprägt sind. Leider sind das häufig die sogenannten MAPA (Most Affected People and Areas), also die am stärksten vom Klimawandel betroffenen Regionen und Menschen. Diesen zu helfen sollte oberste Prämisse der Außen- und Entwicklungspolitik sein, während innenpolitisch an konsequentem Klimaschutz und möglichst schneller Klimaneutralität gearbeitet wird. Denn Klimaschutz sichert langfristig die Lebensgrundlagen und verhindert weitere Krisen und Kriege – beispielsweise um Nahrung, Energie, Lebensraum und Wasser.

Und damit bin ich beim letzten Absatz angekommen, denn bei aller Kritik darf man niemals vergessen, wie wichtig es ist, konstruktiv zu sein und zusammenzuarbeiten. Durch die Kooperation von Interessenvertreter\*innen und Jugendgruppen mit den Ämtern kann ein guter Beitrag zur Wahrung der Kinderrechte geleistet werden, denn hier kann direkt über Projekte gesprochen werden, mit denen man die Situation um die Kinderrechte, die es endlich auch ins Grundgesetz schaffen sollten, verbessern kann. Aber die Verantwortung hierfür sollte nicht bei den Kindern und Jugendlichen bleiben. Das liegt darin begründet, dass diese sich oft ihrer Rechte – vor allem auf Beteiligung – nicht bewusst sind und somit auch nicht wirklich für diese Rechte eintreten können. Neben einer Beibehaltung sämtlicher Programme zur Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollte es also auch weitere Programme geben. Ich sehe hier Potenzial in einer besseren Unterstützung von Kinder- und Jugendparlamenten und mehr Rechten für diese, zum Beispiel ein Antragsrecht in den kommunalen Parlamenten oder eine Ausweitung auf die Landesebene. Das ist dringend notwendig, denn die gesetzlichen Vorschriften geben oftmals wirklich nur ein Minimum vor und zu gute Partizipation kann es nicht geben. Dazu gehört auch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Aber natürlich kann bessere Partizipation auch auf unterschiedlichen anderen Wegen

geschehen. Sei es im Rahmen von Sensibilisierungsmaßnahmen oder auch über die Einrichtung neuer Fördertöpfe zur Finanzierung solcher Maßnahmen.



Der Autor

**Jonas Knorr**  
17 Jahre alt, Klimaaktivist aus Berlin, seit 2019 bei Fridays for Future – vor allem lokalpolitisch – aktiv, engagiert sich für das Kinder- und Jugendparlament, welches er derzeit mit organisiert.

## Über den Autor: So bin ich zu meinem Engagement gekommen...

Im Jahr 2019 war ich auf meiner ersten Fridays for Future Demonstration im Invalidenpark in Berlin. Es herrschte eine super Stimmung und es war ein großartiges Gefühl, mit so vielen anderen Jugendlichen gemeinsam für das gleiche Ziel einzutreten. Weil Fridays for Future Berlin anfangs noch von einer kleinen Gruppe organisiert wurde, war es einfach, in der „Orga“ Fuß zu fassen und mitzuorganisieren, Strukturen aufzubauen und die Bewegung voranzubringen. Und auch heute ist es noch relativ einfach, sich bei Fridays for Future zu engagieren. In der Berliner Orga wird jede\*r mit offenen Armen aufgenommen.

Weiter ging es für mich vor allem auf der kommunalen Ebene, in meinem Heimatbezirk Marzahn-Hellersdorf. Hier habe ich eine Bezirksgruppe aufgebaut und begonnen, Fridays for Future zu einem wichtigen politischen Akteur zu machen und in den Köpfen der Bezirkspolitiker\*innen zu verankern. Und das habe ich auch geschafft. Wir haben als erste Berliner Bezirksgruppe einen Forderungskatalog an die Bezirkspolitik gerichtet. Das war im April 2020. Danach habe ich viele Gespräche mit Bezirkspolitiker\*innen geführt, wir haben im Wahlkampf 2021 viel Lobbyarbeit für den Klimaschutz betrieben und im Februar 2022 habe ich dann schließlich vor der Bezirksverordnetenversammlung, unserem Bezirksparlament, eine Rede gehalten und dafür plädiert, den Klimaschutz zu dem wichtigsten Thema der kommenden Legislaturperiode zu machen. Denn genau das ist der Klimaschutz, weil die Klimakrise eine Bedrohung für die Menschheit ist, der wir begegnen müssen und gegen die wir ankämpfen müssen.

# „Wir müssen den Kindern zuhören – gerade in Krisenzeiten“

...sagte Lisa Paus, Bundesfamilienministern bei der letzten Bundesjugendkonferenz in Berlin. Wie wichtig es gewesen wäre, Kinder und Jugendliche einzubeziehen, zeigte sich während der Corona-Pandemie. Viele Kinder und Jugendliche leiden noch heute an den Folgen des Lockdowns, wurden aber bei den Entscheidungen über Schulschließungen gar nicht mit einbezogen. 65% der Jugendlichen beklagten in einer Studie „Jugend und Corona“ der Bertelsmann-Stiftung, dass während der Corona-Krise ihre Sorgen zu wenig oder gar nicht gehört worden wären. Dass Kinder sich nicht ausreichend gehört fühlen, zeigt sich auch an der Fridays for Future-Bewegung, die Kinder deutschlandweit für Demonstrationen mobilisieren konnte. Wo Kinder in ihren Rechten betroffen sind, müssen sie gehört werden, das gilt für den Lockdown genauso wie für Umweltthemen oder den Ukraine-Krieg.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung möchte mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung junge Menschen besser in den Demokratieprozess einbinden. Die Deutsche Kinderhilfe begrüßt diesen Schritt. Auch wenn es deutschlandweit etwa 500 Kinder- und Jugendparlamente sowie 300 Jugendforen gibt, wo sich ca. 30.000 Kinder und Jugendliche engagieren, werden Kinder in Krisenzeiten viel zu häufig nicht gehört. Die Strukturen reichen nicht aus, um Beteiligung sicherzustellen.

Auch der UN-Ausschuss stellte der Bundesrepublik ein gemischtes Zeugnis aus, wenn es um Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland geht. Lob gab es zuvorderst für die Regierungsstrategie der „geteilten Verantwortung“. Eine Politik für, mit und von jungen Menschen und für die Herabsetzung des Wahlalters für Kommunalwahlen auf 16 Jahre in einigen Bundesländern.

Besorgt zeigt sich der UN-Ausschuss dagegen im Bereich Kinder und Justiz. Die Sichtweise von Kindern vor Gericht und in verwaltungstechnischen Abläufen wird viel zu selten einbezogen. Deshalb fordert er, dass sichergestellt werden muss, dass alle Kinder unter 14 Jahren ihre Meinung ausdrücken können, vor Gericht gehört werden und dass rechtliche Standards implementiert werden, die absichern, dass solche Abläufe kinderfreundlich gestaltet werden.

Ein weiterer Kritikpunkt dreht sich um die Beteiligung von Kindern in benachteiligten Situationen. Hier sollen Maßnahmen unterstützt werden, die ihre Beteiligung in der Familie, in der Gemeinde, in der Schule sowie auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene fördern. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Sichtweise von Kindern in den verschiedenen Institutionen wahrgenommen wird. Als dritten Punkt fordert der UN-

Ausschuss, dass alle, die mit Kindern und für Kinder arbeiten, ein Training im Hinblick darauf erhalten, dass Kinder ein Recht haben, gehört zu werden und ihre Meinungen – entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife – einbezogen werden müssen.

## Wie können wir Kindern gerade in Krisenzeiten besser Gehör verschaffen? – Kinderrechte ins Grundgesetz

Ein erster wichtiger Schritt wäre die ausdrückliche Benennung der Kinderrechte im Grundgesetz. Die Formulierung darf nicht hinter den Forderungen der auch für Deutschland verbindlichen UN-Kinderrechtskonvention zurückbleiben. Dazu gehören vor allem die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls und das Recht auf eine echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen!

### Folgende Elemente soll die Formulierung enthalten:

- Das Recht des Kindes auf Anerkennung als eigenständige Persönlichkeit
- Die Berücksichtigung des Kindeswohls als ein vorrangiger Gesichtspunkt bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen
- Das Recht des Kindes auf Beteiligung, insbesondere die Berücksichtigung seiner Meinung entsprechend Alter und Reifegrad
- Das Recht des Kindes auf Entwicklung und Entfaltung
- Das Recht des Kindes auf Schutz, Förderung und einen angemessenen Lebensstandard
- Die Verpflichtung des Staates, für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge zu tragen

Wir erwarten, dass die neue Bundesregierung am Ball bleibt und eine starke und eindeutige Formulierung für die Kinderrechte erarbeitet, die kindgerechte Lebensverhältnisse und bessere Entwicklungschancen für alle Kinder in Deutschland schafft. Wir bleiben dran und fordern weiterhin: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz – aber richtig!

## Wahlen ab 16 Jahre

Die Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V. fordert die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre – sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene. Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein haben das aktive Wahlalter bereits auf Landes- und Kommunalebene auf 16 herabgesenkt. Insgesamt können Jugendliche bereits in zehn Bundesländern auf Kommunalebene mitwählen. Die restli-

chen Bundesländer müssen jetzt nachziehen, um Jugendlichen wirklich eine Chance auf Beteiligung zu geben. Gleiches gilt für die Bundesebene.

## Planspiele ab der 3. Klasse in den Lehrplan

Kinder und Jugendliche sollten aber nicht nur durch Wahlen besser beteiligt werden. Ebenso wichtig ist es für ihre Selbstwahrnehmung auch gehört zu werden. Es gibt Beteiligungsmöglichkeiten in der Kita, der Schule und in Jugendverbänden als primäre Orte, in denen Kinder sich bewegen. Kinder können durch Klassensprecher-, Schulsprecherwahlen und Klassenräte erste Erfahrungen mit Wahlen machen und eigene Themen zur Entscheidung präsentieren. Um Politik in einem größeren Rahmen zu verstehen, politisches Interesse und eine politische Eigenwahrnehmung zu erfahren, sollten Kinder aber auch möglichst früh an Politik und politische Institutionen herangeführt werden. Gerade weil Kinder aus benachteiligten Situationen häufig ein Informationsdefizit haben. Dabei geht es nicht allein um Fachwissen, sondern um konzeptuelles Lernen. Dazu eignen sich vor allem Planspiele. Untersuchungen zeigen, dass Kinder in der 3. oder 4. Klasse politische Institutionen deutlich besser verstehen, wenn sie über ein Planspiel an das Thema herangeführt werden. Die so erlangten Informationen werden zudem länger gespeichert. So konnten sich z.B. acht Wochen nachdem eine 4. Klasse ein Planspiel zum Europaparlament durchgeführt hatte, die Kinder noch an ihre Positionen und auch die wesentlichen Institutionen erinnern. Eine Kontrollgruppe einer 4. Klasse ohne Planspiel hatte deutlich mehr Schwierigkeiten noch etwas über das EU-Parlament zu erzählen.<sup>1</sup> Wer versteht wie ein Parlament funktioniert, kann auch nachvollziehen, warum Entscheidungen oft langwierig sind und letztlich immer auch einen Kompromiss bedeuten. Auch das hilft Kindern Krisen besser zu verstehen und zu begreifen, wie sie sich Gehör verschaffen können.

## Mehr Kinder- und Jugendparlamente auf Landes- und Bundesebene

Neben den Möglichkeiten, in der Schule oder in Jugendverbänden mitzuwirken, ist die Beteiligung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene noch ausbaubar. Während die Beteiligung in Kita, Schule und auf kommunaler Ebene längst unbestritten ist, gibt es auf Landes- und Bundesebene einige Vorbehalte. Nun sind aber gerade durch die beiden letztgenannten Ebenen Kinderrechte in der Corona-Krise stark eingeschränkt worden, so z.B. das Recht auf Bildung, auf Schutz vor Gewalt oder Beteiligung. Das muss sich ändern! Deshalb ist es wichtig, Jugendlichen nicht nur über das Wahlalter Zugang zu demokratischer Mitbestimmung zu verschaffen, sondern ihnen auch inhaltlich Mitwirkungsmöglichkeiten zu eröffnen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Etablierung von Kinder- und Jugendparlamenten auf Landes- und Bundesebene. Wenn Kinder in eigener Sache mitwirken und mitreden dürfen, werden sie deutlich besser durch Krisen kommen, sei es die Klimakrise, die Corona-Pandemie oder der Ukraine-Krieg. Es gibt zwar bereits auf Landesebene Jugendparlamente, allerdings ist eine tatsächliche Beteiligung, etwa in Ausschüssen, bisher nicht vorgesehen. Der Einwand, dass eine Beteiligung problematisch sei, da sie eine Verzerrung des Wählerwillens bedeute, können wir hier nicht gelten lassen, da Kinder und Jugendliche sonst keine Chance haben, bei wesentlichen sie betreffenden Entscheidungen gehört und einbezogen zu werden.

## Kinderbeauftragte\*r auf Bundes- und Landesebene

Um Kinder und Jugendliche auch von erwachsener Seite zu unterstützen, fordern wir schon lange die Einsetzung eines\*r Kinderbeauftragten auf Bundesebene, die\*der sich für Kinderrechte einsetzt. Den Bedürfnissen von Kindern muss bei allem staatlichen Handeln endlich mehr Gewicht verliehen werden, und zwar nicht nur im Ressort Kinder, Jugend und Familie, sondern in allen Politikfeldern. Dazu bedarf es einer\*s Bundeskinderbeauftragten, die\*der sich dauerhaft und als übergeordnete Stelle für die Rechte und Belange der Kinder einsetzt. Das gleiche gilt für die Bundesländer. Bisher haben nur Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Hessen eine\*n Kinderbeauftragte\*n. Das Saarland und NRW haben zeitnah geplant, eine\*n Kinderbeauftragte\*n einzuführen.

## Einrichtung eines Kinderprinzips und ständigen Kinder- und Jugendbeirats der Bundesregierung

Um zu gewährleisten, dass Kinder gehört werden, braucht es auch eine rechtliche Absicherung. Ähnlich dem Vorsorgeprinzip sollte bei der Gesetzgebung ein „Kinderprinzip“ Anwendung finden. Das bedeutet, dass die Auswirkungen eines Gesetzes auf Kinder und Jugendliche im Vorfeld geprüft werden müssen, um Schaden abzuwenden.

Darüber hinaus sollten mit der Einrichtung eines ständigen Kinder- und Jugendbeirats der Bundesregierung Kinder und Jugendliche bei Bundesgesetzen, die sie betreffen, beteiligt werden. Die Deutsche Kinderhilfe setzt sich daher für einen derartigen Beirat ein. Das Recht der Kinder auf Beteiligung muss auch von der Bundesregierung endlich ressortübergreifend als Selbstverständlichkeit und Bereicherung betrachtet und umgesetzt werden. Ein derartiger Beirat wäre eine wichtige Ergänzung zur Arbeit eines\*r Bundeskinderbeauftragten, um auf Bundesebene Kindern und Jugendlichen bei Angelegenheiten, die sie betreffen, dauerhaft Gehör zu verschaffen.

Um Kinder zu hören, gerade in Krisenzeiten, bedarf es verschiedener Instrumente, die zusammengenommen helfen, die Rechte von Kindern zu schützen und sie in ihren Bedürfnissen wahrzunehmen. Der Nationale Aktionsplan bietet dazu einen guten Ansatzpunkt, dessen Umsetzung wir als ständige Kindervertretung genaustens beobachten. Ziel muss es sein, die Selbstwahrnehmung von Kindern im politischen Prozess auf allen Ebenen zu stärken und Kindern eine wirkliche Beteiligung zu sichern.

## Quellen

<sup>1</sup> Podcast mit Monika Oberle: *Jugend und Europa*: <https://www.uni-goettingen.de/de/638160.html>, 17.11.2021.

## Die Autorin

**Dr. Luisa Becker-Ritterspach**

Referentin bei der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.,

Dipl.-Politologin

# Fazit

In den letzten zwei Jahren haben wir in Deutschland eine Beschleunigung und Gleichzeitigkeit von Krisen erfahren müssen, die tiefe Spuren in unserer Gesellschaft, aber vor allem tiefe Spuren bei unseren Kindern hinterlassen haben. Die Kinderrechtskonvention der UN, die auch Deutschland vor 30 Jahren ratifiziert hat, ist nicht nur schwer in Mitleidenschaft gezogen worden, sie wurde schlichtweg ignoriert. Während der Corona-Krise wurden die Rechte von Kindern einfach ausgeblendet. Viele Kinder leiden noch heute seelisch wie intellektuell unter den langen Schließungen von Schulen und Kindergärten. Die Gewalt und vor allem die sexuelle Gewalt gegen Kinder wuchs massiv an. Die Suizidrate stieg bei Kindern während der Corona-Pandemie dramatisch an. Zugleich liegen die Wartezeiten für einen Therapieplatz bei einem Kinder- und Jugendpsychiater bis heute in manchen Regionen bei über einem Jahr. Freizeitangebote und Spielplätze wurden geschlossen. Wer keinen Garten hatte, konnte Sport maximal online betreiben. Wer während der Pandemie noch nicht schwimmen konnte, muss das nun in heruntergekühlten Schwimmbädern nachholen. Wir alle müssen uns fragen: Haben wir unsere Kinder in ihren Rechten ausreichend geschützt und wie schützen wir sie in Zukunft besser?

Mittlerweile liegen der Lockdown und die Pandemie hinter uns, doch neue Krisen erhalten und verstärken den Dauerzustand einer tief empfundenen Unsicherheit. Der Krieg in der Ukraine, die steigende Inflation und der Klimawandel, der mittlerweile auch in Deutschland seine Spuren hinterlässt, wie jüngst im Ahrtal geschehen, bedrohen das sichere Aufwachsen von Kindern.

### Was brauchen unsere Kinder?

Zuallererst dürfen Kinderrechte nicht mehr vernachlässigt werden. Dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz, eine Enquetekommission Kindergesundheit einzurichten, muss Folge geleistet werden. Die Fehler, die während der Corona-Krise gemacht wurden, müssen dazu dienen, in Zukunft die Rechte der Kinder besser zu schützen.

Damit Kinder in ihren Bedürfnissen und Rechten wirklich ernst genommen werden ist es entscheidend, endlich die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen – aber richtig. Wir – die Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Kinderhilfe – fordern, dass Bund und Länder die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankern und dafür Sorge tragen, dass die Formulierung nicht hinter den Forderungen der auch für Deutschland verbindlichen UN-Kinderrechtskonvention zurückbleibt. Darüber hinaus braucht es eine rechtliche Absicherung von Kindern ähnlich dem Vorsorgeprinzip – eine Art Kinderprinzip. Wo immer Kinder in ihren Rechten betroffen sind, muss zunächst überprüft werden, welche Auswirkungen das Gesetz auf Kinder hat.


Kinder müssen in unserer Gesellschaft mehr Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. Ob bei den Wahlen ab 16 oder Kinderparlamenten auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene. Es gibt in fast allen Bereichen noch Beteiligungsdefizite, die überwunden

werden müssen. Die Bundesfamilienministerin Paus plant ein Jugendbündnis, das mehr Beteiligung sicherstellen soll. Wichtig ist dabei eins: Wir müssen unseren Kindern und Jugendlichen besser zuhören. Wir brauchen ein Alarmsystem, das seismographisch sensibel reagiert, wenn sich der seelische und intellektuelle Allgemeinzustand unserer Kinder so stark verschlechtert, wie es während der Corona-Pandemie der Fall war. Dazu braucht es wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung, die sicherstellt, wie es unseren Kindern geht und was sie brauchen. Wir benötigen Schutzkonzepte für Kinder, um sie vor Gewalt und vor allem vor sexueller Gewalt konsequent zu schützen. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir eine ganze Generation verlieren.

Die Corona-Pandemie hat aber nicht nur die Psyche sowie die geistige und körperliche Entwicklung unserer Kinder belastet, sie hat vor allem die, die besonders schwach sind, weiter abgehängt. Die Ungleichheit ist während Corona deutlich angewachsen. Jedes fünfte Kind ist in Deutschland von Armut betroffen. In manchen Großstädten sogar jedes dritte Kind. Die Häufung von Krisen trifft arme Kinder besonders hart und verschlechtert ihre bereits schlechte Ausgangssituation noch einmal erheblich. Deshalb ist es wichtig, armutsbetroffene Kinder besonders in den Fokus zu nehmen. Die geplante Kindergrundsicherung der Bundesregierung ist hier eine wichtige Maßnahme, um allen Kindern fairere Chancen der Teilhabe zu ermöglichen. Der Beginn der Auszahlungen ist aber erst für Anfang 2025 geplant und kommt deutlich zu spät.

Multiple Krisen erfordern ein schnelleres Krisenmanagement. Zwei Jahre sind in einem Kinderleben, das von Armut geprägt ist, viel zu viel und die Zahlen von Armut betroffener Kinder steigen dabei weiter kontinuierlich an. Da kann nicht bis 2025 gewartet werden. Investitionen müssen jetzt kommen, vor allem in die Bildung und Teilhabe unserer Kinder. Der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen ist unabdingbar. Ebenso brauchen und müssen alle Kinder Zugang zu Freizeiteinrichtungen haben. Wenn wir soziale Ungleichheit abbauen wollen, kostet es den Sozialstaat sehr viel Geld, aber es wird ihn noch mehr Geld kosten, wenn wir jetzt nicht in die Kinder investieren. Die pandemiebedingten Aufholprogramme reichen bei weitem nicht aus, um Lerndefizite krisenbedingt auszugleichen. Lerndefizite mit und ohne Corona beginnen bereits früh – im Kindergartenalter. Bereits mit vier Jahren geht die Kompetenzschere deutlich auseinander. Kinder aus armutsgefährdeten Familien verfügen über 50% weniger motorische und sprachliche Fähigkeiten als Kinder aus stabilen Familienverhältnissen. Hier muss angesetzt werden, denn Kinder in Armut befinden sich in einer Dauerkrise, die durch äußere Krisen weiter verstärkt wird. Die Weiterführung des Sprachkita-Programms, kleinere Kitagruppen und kleinere Schulklassen, mehr Sozialarbeiter\*innen in Kitas und Schule, armutssensibel ausgebildete Lehrkräfte und echte Teilhabe an Freizeitgestaltung sind der Schlüssel für eine gerechtere Zukunft für unsere Kinder. Nur so wird niemand in Krisen abgehängt.

# Kinder haben Rechte



**Zum Buch**



Aurélie Fronty  
Alain Serres  
**Ich bin ein Kind und ich habe Rechte**  
ISBN: 978-3-314-10174-8

© 2013 NordSüd Verlag, Illustration von Aurélie Fronty

## »ICH HABE GELERNT, DASS MAN NIE ZU KLEIN IST, UM DEN UNTERSCHIED ZU MACHEN« Greta Thunberg



Rebecca June; Ximo Abadia  
**Gemeinsam sind wir stark! Wie friedliche Proteste die Welt verändern**  
64 Seiten, durchgehend farbig illustriert, 23,5 x 28 cm  
18.- (D) / 18,50 (A) / 24,90 CHF\*  
ISBN 978-3-7913-7539-7  
\*empl. VK

Im Lauf der Geschichte haben schon viele friedliche Proteste und Demonstrationen die Welt ein Stück weit besser gemacht. Menschen sind in Neuseeland auf Bäume geklettert, um einen Wald zu retten. In England sind Frauen durch den Schlamm marschiert, um das Frauenwahlrecht zu fordern. Und überall auf der Welt organisieren Kinder und Jugendliche wöchentliche Schulstreiks, um gegen die Klimakatastrophe zu kämpfen.

Mit kraftvollen Illustrationen und fesselnden Texten erzählt dieses Buch von friedlichen Protesten auf der ganzen Welt und vermittelt dabei eine wichtige Botschaft: **Gemeinsam sind wir stark!**



# AquaPlay Neuheiten 2023:

Der neue **Wassertisch** von AquaPlay bringt an heißen Sommertagen nicht nur die notwendige Abkühlung in den Garten. Jede Menge lustige Spielfunktionen erwarten Entdecker: innen von 3-7 Jahren!



Neben dem großen Pilz ist die kräftige Pumpe, mit der Wasser aus dem Becken noch oben gepumpt werden kann, das absolute Highlight. Diese ist leicht zu betätigen und auch hier kann schnell ein Wasserfall entstehen oder Wasser in den Eimer oder die Gießkanne gepumpt werden.

Ebenfalls im Set inkludiert sind Haken, die am Rand des Wasserbeckens fixiert werden können. Hier kann das enthaltene Zubehör wie Gießkanne, Eimer und Schöpfkelle platzsparend verstaut werden.

Hier geht's zum Video



SCAN ME

Die Wasserbahn AquaPlay **MegaWaterWheel** bringt die notwendige Abkühlung in den heimischen Garten. Und das auf zwei Ebenen!



Das große Spielset bietet zum ersten Mal die Möglichkeit eine Wasserbahn in die Höhe zu bauen. Neben viel Zubehör und Liebe zum Detail ist das große Wasserrad das Highlight des Spielsets. Dieses kann mit einer Kurbel langsam und auch superschnell gedreht werden und die kleinen Entdecker: innen veranstalten damit lustige Wasserspritz-Partys. Das Wasser wird durch die kleinen Behältnisse am Rad durch das Drehen nach oben befördert und dann in alle Richtungen verspritzt!

Ein Wasserfall und eine lange Rutsche runden das vielseitige Wassererlebnis ab.

Hier geht's zum Video



SCAN ME

*Die  
Würde des  
Kindes  
ist  
unantastbar*



# Danke, Herr Innenminister Herbert Reul!

Wir nehmen Ihren Brief zum Anlass, weiterhin engagiert für die Kinderrechte in Deutschland zu kämpfen.

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Der Minister



Ministerium des Innern NRW, 40160 Düsseldorf

Herrn  
Rainer Becker  
Deutsche Kinderhilfe  
Haus der Bundespressekonferenz  
Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin

Telefon: 0211 871-  
Telefax: 0211 871-

Ihr Fachartikel „Schutz von Kindern und zu versorgenden  
Personen“

Sehr geehrter Herr Becker,

zunächst einmal möchte ich Ihnen an dieser Stelle einmal grundsätzlich  
sehr herzlich für Ihre Hinweise, Anregungen und Informationen danken,  
mit denen Sie mir immer wieder wertvolle Impulse geben.

Ich danke Ihnen auch noch einmal ausdrücklich für Ihren unermüdlichen  
und wichtigen Einsatz als Vertreter und Fürsprecher der Kinder. In  
meinem Zuständigkeitsbereich als Minister des Innern in Nordrhein-  
Westfalen ist es mir - wie Sie ja wissen - ein ganz persönliches und  
zentrales Anliegen, den Schutz von Kindern vor Übergriffen, vor Gewalt  
und Missbrauch bestmöglich zu verwirklichen.

Ihren Fachartikel in der Fachzeitschrift „Die Polizei“ habe ich mit Interesse  
gelesen und veranlasst, dass er an das entsprechende Fachreferat  
meinem Haus weitergeleitet wird.

Mit besten Grüßen

[www.kindervertretung.de](http://www.kindervertretung.de)



Copyright © 2023 Paramount - All Rights Reserved.

Scannen  
und Produktweg  
kennnenlernen

www.dm.de/  
produktweg  
Kennziffer  
eingeben:  
**1921E1A**  
Oder Code  
scannen:  
  
Produktweg

# Klein, aber oho!

## QR-Code scannen und Produktweg kennenlernen

Vom Rohstoff bis hin zum fertigen Produkt: Die Einnähetiketten unserer Kindertextilien bringen Transparenz in den Produktweg. Wo genau kommt das Textil her? Wer hat es produziert? Welchen Weg hat es zurückgelegt? Für alle, denen Herkunft und Produktionsbedingungen wichtig sind: einfach QR-Code scannen oder Kennziffer auf [dm.de/produktweg](http://dm.de/produktweg) eingeben.



Hier scannen und  
Kindertextilien  
zurückverfolgen



[dm.de/produktweg](http://dm.de/produktweg)



HIER BIN ICH MENSCH  
HIER KAUF ICH EIN